

Kein **KIND**
zurücklassen!
Kommunen in NRW beugen vor



Fachmagazin 2015

zum Landesmodellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“
für das Jahr 2015

INHALT

04	Vorwort	
04	Dr. Heinz-Jürgen Stolz, Leiter der Landeskoordinierungsstelle „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“	
06	Politik der Vorbeugung	
08	Ein Modellvorhaben für gelingendes Aufwachsen	
10	Politik der Vorbeugung hat viele Gesichter	
13	Vorbeugende Politik in den europäischen Strukturfonds	
17	Lernnetzwerk und Wissenstransfer	
18	Wie funktioniert das Lernnetzwerk?	
20	Prävention als strategische Entscheidung	
23	Leitbild und Beteiligungsorientierung	
25	Transparenz	
26	Integrierte Sozialplanung	
28	Martin Debener: „Wir wollen mitgestalten und mitentscheiden“	
30	Zwischenbilanz: Vorbeugung funktioniert	
31	Gesunde Lebenswelten gemeinsam gestalten	
33	Gute Praxis: Übergänge vom Kind her gedacht	
35	Eltern werden: Von der Partnerschaft zur Elternschaft	
36	Einleitung	
37	Moers: Unterstützung von Anfang an	
40	Witten: Frühe Hilfen für junge Familien	
42	Kreis Düren: Wichtige Anlaufstelle in der Stadt	
44	Von der Familie in die Kita	
46	Einleitung	
47	Düsseldorf: „Gesundheit ist ein guter Türöffner“	
50	Münster: Informierte Eltern, gesunde Babys	
52	Mönchengladbach: Patin für ein Jahr	
54	Von der Kita in die Grundschule	
		56 Einleitung
		57 Gelsenkirchen: Die Entwicklung der Kinder begleiten
		60 Hamm: „Sinnvolle Kooperationen zwischen Kita und Grundschule“
		62 Gladbeck: Sprache als Schlüssel zur Integration
		65 Von der Grundschule in die weiterführende Schule
		66 Einleitung
		67 Dormagen: Gebündeltes Wissen hilft allen
		70 Oberhausen: Schüler profitieren von Netzwerkarbeit
		72 Wuppertal: „Kinder sprachlich fit machen“
		75 Von der Jugendphase in den Beruf
		76 Einleitung
		77 Kreis Unna: „Allen Kindern eine Perspektive bieten“
		80 Arnsberg: Kompass im Ausbildungsdschungel
		82 Bielefeld: Erfolgreicher Start in den Beruf
		85 Zielgruppenbezogene Übergänge
		86 Einleitung
		87 Dortmund: Hilfen in ein neues Leben
		90 Duisburg: Spielend in der Gesellschaft ankommen
		92 Kreis Warendorf: Prävention zahlt sich aus
		95 Evaluation
		96 Dr. Kirsten Witte: „Beim Kitazugang ist am meisten zu bewegen“
		97 Die Module im Überblick
		98 Kommunale Prävention – fiskalisch fokussiert
		100 Ein Blick in die Verwaltung
		102 Die Perspektive(n) der Eltern
		104 Auch auf die Einrichtung kommt es an
		105 Gemeinsam analysieren, gemeinsam handeln
		106 Impressum

INFO

Alle wichtigen Informationen zum Modellvorhaben gibt es auf der Website www.kein-kind-zuruecklassen.de. Sie ist das zentrale Kommunikations- und Informationsinstrument.

VORWORT



Sehr geehrte Damen und Herren,

alle Kinder und Jugendlichen sollen beste Chancen auf ein gelingendes Aufwachsen, gesellschaftliche Teilhabe und gute Bildung haben – und das unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Das ist das Ziel des Landesmodellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“. Seit 2012 arbeiten mit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und der Bertelsmann Stiftung zwei starke Partner zusammen, um diesen Anspruch in die Tat umzusetzen.

Vorbeugung betrifft viele Lebensbereiche von Kindern und Familien. Es geht darum, vorhandene Angebote der Gesundheitsförderung, der frühkindlichen, schulischen und beruflichen Bildung, der Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe sowie die Bereiche Sport und Kultur besser miteinander zu verknüpfen, sodass eine kommunale Präventionskette entsteht – lückenlos von vor der Schwangerschaft bis zum Eintritt in das Berufsleben.

Im vergangenen Jahr erschien das Fachmagazin als Beitrag zur Zwischenbilanz des Modellvorhabens, die bei einer Veranstaltung im August 2014 in Oberhausen gezogen wurde. Dabei wurde deutlich, dass die 18 teilnehmenden Modellkommunen bereits viel erreicht haben. Unumstritten ist: Vorbeugung wirkt – und sie lohnt sich!

Mit dieser Ausgabe des Fachmagazins richten wir den Blick nach vorne. Das Modellvorhaben befindet sich auf der Zielge-

raden und wird bis zum Jahresende 2015 abgeschlossen sein. Für eine Abschlussbilanz ist es zwar noch zu früh, aber wir können schon jetzt damit beginnen, die im Modellvorhaben gewonnenen Erkenntnisse zusammenzufassen und so aufzubereiten, dass sie allen Kommunen in Nordrhein-Westfalen zugutekommen können.

Im Schwerpunkt dieses Fachmagazins stellen wir anhand ausgewählter Praxisbeispiele aus den Modellkommunen wieder eine Präventionskette vor, diesmal zum Thema Übergänge: von der Schwangerschaft in die Elternschaft, in die Kita, in die Schule, in den Beruf. Dabei betrachten wir auch nicht-klassische Übergänge im Leben, wie sie beispielsweise von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien zu meistern sind.

Nach drei Jahren intensiver kommunaler Begleitung im Lernnetzwerk, in dem die 18 Modellkommunen regelmäßig zusammenkommen und sich austauschen, lassen sich fachlich tragfähige Leitlinien für den Aufbau kommunal koordinierter Präventionsketten benennen. In der diesjährigen Ausgabe des Fachmagazins werden diese Leitlinien erstmals als Präventionsstandards formuliert. Sie dienen als Grundlage für künftige Qualitätskriterien und konkrete Handlungsempfehlungen.

Die weitere Präzisierung von Präventionsstandards wird auch die Ergebnisse der laufenden Evaluation des Modellvorhabens

einbeziehen. Das Team der wissenschaftlichen Begleitforschung untersucht im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, wie und unter welchen Rahmenbedingungen kommunale Präventionsketten wirken. Ergänzt werden die Erhebungen in den 18 Modellkommunen durch Befragungsergebnisse aus ganz Nordrhein-Westfalen. Auch hier machen erste Auswertungen deutlich: Wenn Kinder frühzeitig unterstützt werden, wird späteren Problemen vorgebeugt.

Aber nicht nur in den Modellkommunen spielt Prävention mittlerweile eine große Rolle. Die Erfahrung aus der Zusammenarbeit mit dem Landschaftsverband Rheinland, der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und vielen anderen Akteuren zeigt, dass landesweit ein Umdenken eingesetzt hat. Das stärkt die Politik der Vorbeugung, die im ersten Teil dieses Hefts vorgestellt wird. Besonders hingewiesen sei auf den Beitrag über die drei großen Struktur- und Regionalfonds der Europäischen Union, die erstmals alle das Thema Prävention aufgegriffen haben. Hier stehen auch für NRW-Kommunen finanzielle Mittel bereit, um passende Maßnahmen vor Ort zu fördern.

Unser nächster großer Schritt im Landesmodellvorhaben ist, das Wissen, das wir gemeinsam erarbeitet haben, nun allen interessierten Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung zu stellen. Wir sind davon überzeugt, dass auch

die Kommunen, die nicht an „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ teilgenommen haben, von den Erfahrungen und Erkenntnissen des Landesmodellvorhabens profitieren.

Wenn Sie sich über das Fachmagazin hinaus über aktuelle Entwicklungen im Modellvorhaben informieren wollen, schauen Sie auf unserer Website vorbei. Unter www.kein-kind-zuruecklassen.de finden Sie aktuelle Beiträge aus den Modellkommunen, eine Präventionsdatenbank mit Beispielen Guter Praxis und wichtige Informationen über das Landesmodellvorhaben.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Dr. Heinz-Jürgen Stolz

Leiter der Landeskoordinierungsstelle „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“

A young child with long brown hair, wearing a brown and white striped shirt and denim overalls, is seen from behind, holding a white ball to their mouth. They are in a ball pit filled with many colorful balls (red, blue, yellow, green, white). Another child's head and shoulder are visible in the bottom right corner, also playing with the balls.

POLITIK DER VORBEUGUNG

Vorbeugende Politik steht im Mittelpunkt der Politik der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Dabei hat Prävention viele Gesichter: in den Modellkommunen und auf der Landesebene. Aber auch auf europäischer Ebene spielt Vorbeugung eine große Rolle. Die drei Strukturfonds der Europäischen Union haben das Thema Prävention in der aktuellen Förderperiode aufgenommen und unterstützen Maßnahmen und Angebote für Kinder, Jugendliche und deren Familien.

EIN MODELLVORHABEN FÜR GELINGENDES AUFWACHSEN

Seit 2012 arbeiten 18 Modellkommunen bei „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ daran, kommunale Präventionsketten auf- und auszubauen. Das Ziel: allen Kindern ein gelingendes Aufwachsen, gesellschaftliche Teilhabe und gute Bildung ermöglichen.

Träger des Landesmodellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ sind das Land Nordrhein-Westfalen und die Bertelsmann Stiftung. Zwei starke Partner, die dabei helfen, vorhandene Kräfte und Angebote in Modellkommunen zu bündeln und Angebote der Bereiche Gesundheit, Bildung, Kinder- und Jugendhilfe oder auch Soziales, Sport und Kultur miteinander zu verknüpfen. Dadurch werden Kinder, Jugendliche und ihre Familien unterstützt – lückenlos von vor der Schwangerschaft bis zum Eintritt in das Berufsleben.

Das Modellvorhaben umfasst drei Bausteine:

1. Im Lernnetzwerk kommen die teilnehmenden Kommunen zusammen, um sich über ihre unterschiedlichen Erfahrungen auszutauschen und Lösungen für gemeinsame Herausforderungen zu finden.

2. Unter dem Stichwort „Transfer“ werden die im Modellvorhaben gewonnenen Erkenntnisse aufbereitet und in die Fläche getragen, damit alle Kommunen in NRW – und darüber hinaus – von „Kein Kind zurücklassen!“ profitieren.

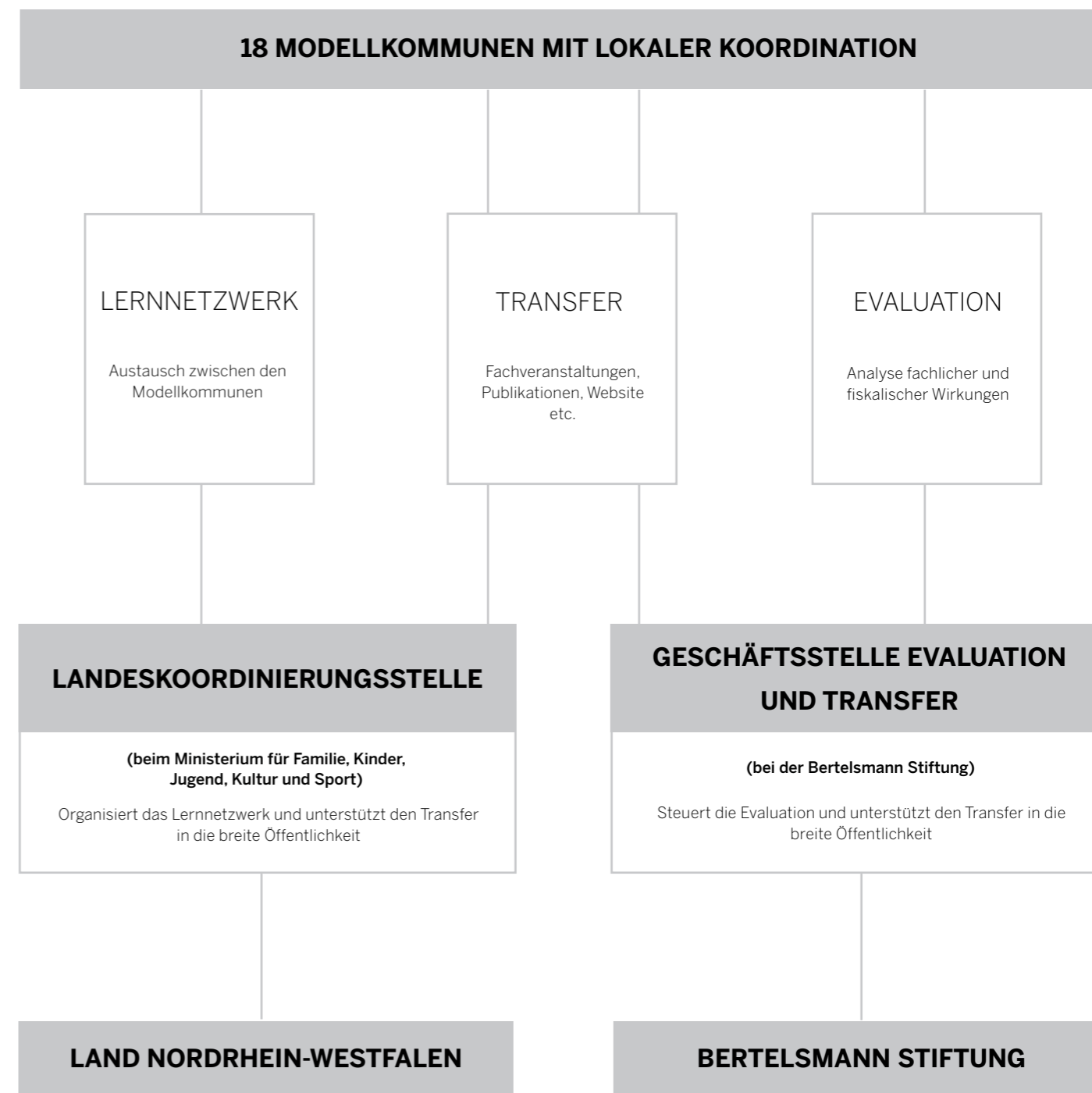
3. Mit der Evaluation wird in fachlicher und finanzieller Hinsicht untersucht, welche Wirkungen kommunale Präventionsketten entfalten. Eine Steuerungsgruppe trifft die strategischen Entscheidungen im Landesmodellvorhaben. Ihr gehören neben der Staatskanzlei auch das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport sowie die Bertelsmann Stiftung an. Beratend zur Seite

steht eine Lenkungsgruppe, in der alle Ministerien der Landesregierung vertreten sind.

Die fachliche Zuständigkeit für die Umsetzung des Modellvorhabens liegt beim Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport. Innerhalb des Ministeriums wurde dazu die abteilungsübergreifende Projektgruppe „Prävention“ gebildet, die direkt dem Staatssekretär untersteht. Im Ministerium ist auch die Landeskoordinierungsstelle angesiedelt. Sie organisiert das Lernnetzwerk und berät die Modellkommunen. Träger der Koordinierungsstelle ist das Institut für soziale Arbeit e.V.

Im Rahmen der Evaluation arbeitet die Bertelsmann Stiftung mit einer Reihe renommierter Forschungsorganisationen zusammen. Beteiligt sind unter anderem Forscherinnen und Forscher des Zentrums für interdisziplinäre Regionalforschung an der Ruhr-Universität Bochum, von der Faktor Familie GmbH sowie von der Forschungsgesellschaft für Raumfinanzpolitik mbH. Die wissenschaftliche Leitung des Forschungsteams zur fachlichen Evaluation obliegt Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier vom Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung in Bochum. Die fiskalische Evaluation leitet Gerhard Micosatt (Forschungsgesellschaft für Raumfinanzpolitik mbH).

Die drei Bausteine bei „Kein Kind zurücklassen!“:
1) Lernnetzwerk
2) Transfer
3) Evaluation
18 Kommunen nehmen am Landesmodellvorhaben teil.



POLITIK DER VORBEUGUNG HAT VIELE GESICHTER

Vorbeugende Politik steht im Mittelpunkt der Politik der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Der Ausbau und die Qualitätsentwicklung der Kindertagesbetreuung sind dabei seit 2010 zwei politische Schwerpunkte. Der Grundgedanke: Jedes Kind muss die Chance auf bestmögliches Aufwachsen haben.

Neben einer guten Bildung meint das auch gesellschaftliche Teilhabe und den Erwerb hoher kultureller, sozialer und emotionaler Kompetenzen. Sollten dabei Unterstützungsbedarfe auftauchen, müssen Eltern und Kinder frühzeitig die notwendige Hilfe erhalten, um die Herausforderungen zu meistern.

In Nordrhein-Westfalen arbeiten daher erfolgreich zahlreiche Landesministerien gemeinsam daran, Maßnahmen zu entwickeln und auszubauen, die für (werdende) Eltern, Kinder und Jugendliche möglichst frühzeitige Unterstüt-

zung bieten. Aber diese Politik der Vorbeugung kann nur gemeinsam mit den Kommunen und den vielen Menschen gelingen, die mit Kindern und Jugendlichen regelmäßig arbeiten oder sich ehrenamtlich einbringen. Dies schließt auch die freien Träger der Wohlfahrtspflege mit ein. Gemeinsam bauen alle täglich an Brücken des Vertrauens, um alle Kinder, Jugendliche und Familien zu erreichen.

Vorbeugung ist eine Querschnittsaufgabe. Sie umfasst viele Lebensbereiche: von der Schule über den Sport bis hin zu Kultur oder Gesundheit.

Neue Familienzentren und plusKITAs

Ein wichtiger Grundsatz von Prävention ist, „Ungleiches ungleich zu behandeln“. Das bedeutet in Zusammenhang mit der Politik der Vorbeugung: Wo hohe Belastungslagen und Unterstützungsbedarfe bestehen, müssen mehr Ressourcen eingesetzt werden, um den Anspruch von Chancengleichheit für alle Kinder zu erfüllen. Deshalb erhalten Kommunen für Kindertageseinrichtungen, die in ihrem sozialen Umfeld viele Kinder besonders intensiv bei ihrer Entwicklung unterstützen müssen, zusätzliche Mittel für zusätzliches Personal (mindestens 25.000 Euro pro Jahr). Für diese „plusKITAs“ stellt das Land jährlich insgesamt rund 45 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung.

Daneben können Kitas, die einen hohen Anteil an Kindern mit Unterstützungsbedarf in ihrer

Sprachbildung betreuen, zusätzliche Mittel für Sprachförderung erhalten (mindestens 5.000 Euro pro Jahr). Auch der weitere Ausbau der Familienzentren seit 2010 folgt dem Grundsatz „Ungleiches ungleich behandeln“. Ziel des Landes ist, dass Familienzentren vorrangig in solchen Sozialräumen entstehen, in denen mit besonders hohen Unterstützungsbedarfen zu rechnen ist. Daher werden die jährlich hundert neuen Familienzentren auf die Jugendamtbezirke verteilt, in denen aufgrund der Armuts- und Schulabbrecherquoten die höchsten Bedarfe abzusehen sind. Familienzentren bieten den großen Vorteil, dass durch die Wahrnehmung der Kinderbetreuung ein niedrigschwelliger Zugang zu allen Eltern entsteht, die hier Beratungs- und Unterstützungsangebote erhalten können.

Weitere Informationen unter:

www.familienzentren.nrw.de



Flüchtlingskinder haben Potenziale

Der starke Zuzug von Flüchtlingen mit ihren Kindern stellt die Kommunen gegenwärtig vor große Herausforderungen. Wichtig ist aber, die Potenziale der Zuwanderer zu erkennen und besonders den Kindern frühzeitig eine positive Zukunftsperspektive zu geben. Besonders durch Spracherwerb und Bildung gelingt Integration. Deshalb ist eine Kindertagesbetreuung vor dem Schuleintritt besonders wichtig. Oft ist dieses Angebot den zugewanderten Eltern fremd und wird zunächst nicht in Anspruch genommen. Deswegen fördert das Land NRW sogenannte Brückenprojekte. Dazu zählen unter anderem mobile Kitas und weitere niedrigschwellige, wohnungsnah Angebote, in denen Kinder bereits während dieser Zeit gezielt und nach ihren spezifischen Bedürfnissen gefördert werden. Dadurch sollen Familien und Kinder an institutionalisierte Formen der Kindertagesbetreuung herangeführt werden. Darüber hinaus werden auch fachliche Angebote zur Unterstüt-

zung des Betreuungspersonals gefördert, zum Beispiel Beratung im Umgang mit traumatisierten Kindern und kultursensibler Dialog mit Eltern.

Im Jahr 2015 hat das Land daneben weitere 674 Lehrerstellen geschaffen, um die Schülerinnen und Schüler unter den Flüchtlingen angemessen unterrichten zu können. Auch die Zahl der Plätze im Offenen Ganztage an Grundschulen wird aufgrund der starken Zuwanderung um 10.000 erweitert.

Durch die Einführung kommunaler Integrationszentren hat das Land außerdem dafür gesorgt, dass eine flächendeckende Infrastruktur zur Förderung aller Kinder und Jugendlicher aus Zuwandererfamilien besteht. Dabei stehen die Sprachförderung, Fortbildung des pädagogischen Personals und Vernetzungsarbeit mit den Akteuren der Integrationsarbeit im Vordergrund.

INFO

In Nordrhein-Westfalen leben mehr als 17,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Knapp drei Millionen von ihnen sind unter 18 Jahre alt. Die Landesregierung widmet sich mit ihrer Politik besonders den Kindern und Jugendlichen.

Landesinitiative „NRW hält zusammen ... für ein Leben ohne Armut und Ausgrenzung“

Für die Armutsprävention sind Kindheit und Jugend entscheidende Lebensphasen. Armutsprävention muss daher bereits bei den Familien ansetzen, um somit die erforderlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen in der Phase des Aufwachsens zu schaffen. Flankierend zu den Maßnahmen aus den EU-Strukturfonds (siehe S. 13-15) und der Primärprävention durch Regelinrichtungen fördert das Land seit diesem Jahr Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabechancen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in benachteiligten Quartieren mit 4 Millionen Euro. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit der Fachstelle für sozialraumorientierte Armutsbekämpfung (FSA) und der Landeskoordinierungsstelle „Kein Kind zurücklassen!“. Gefördert werden Projekte zur Verbesserung von Teilhabechancen, von Kooperationen in benachteiligten Quartieren, Konzepte zum armutssensiblen Handeln oder präventive Nutzung des Instruments der Sozialplanung.

Nordrhein-Westfalen sichert Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit hat sich in den letzten Jahren in Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets als eine äußerst wichtige Stütze der Präventionsarbeit an Schulen etabliert. Deswegen ist es umso bedauerlicher, dass der Bund die Schulsozialarbeit nicht mehr weiterfinanziert hat. Hier ist das Land eingesprungen und stellt mit rund 48 Millionen Euro 70 Prozent der Kosten von Schulsozialarbeit sicher. Die verbleibenden 30 Prozent finanzieren die Kommunen gestaffelt je nach finanzieller Leistungskraft selbst. Das ist gelebte Politik der Vorbeugung.

Neben den in diesem Jahr dazugekommenen Ausgaben für die Schulsozialarbeit finanzieren das Land NRW und die Kommunen bereits seit vielen Jahren Schulsozialarbeit als Teil einer integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung.

Weitere Maßnahmen – vom Kind her gedacht

Das Land setzt stets auf niedrigschwellige Unterstützungsangebote und Maßnahmen, die möglichst alle Kinder, Jugendlichen und Familien erreichen. Es ist wichtig, dass die besonders zu erreichenden Zielgruppen einen nicht stigmatisierenden und unkomplizierten Zugang zu Bildungs- und Teilhabeangeboten erhalten. Dazu gehört auch, dass die finanzielle Lage einer Familie nicht dazu führen darf, dass Angebote nicht in Anspruch genommen werden können.

Zusätzlich zu den bereits genannten Anstrengungen wurde in den letzten Jahren eine Vielzahl weiterer präventiver Angebote gemeinsam mit den Kommunen und Trägern auf den Weg gebracht oder quantitativ ausgebaut. Sie haben das Ziel, die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern:

1. Der flächendeckende Ausbau Früher Hilfen u. a. mit Willkommensbesuchen nach der Geburt, Familienhebammen und einer engen Vernetzung mit dem Gesundheitssystem
2. Die Schaffung kostenfreier offener Angebote für junge Eltern, wie z. B. „Elternstart“
3. Der quantitative Ausbau der Kindertagesbetreuung, seit 2010 auch mit Landesmitteln, sowie rund 240 Millionen Euro (inklusive „plusKITA“) aus Landesmitteln für zusätzliches Personal in Kindertagesstätten
4. Stärkung des Bildungserwerbs jenseits von Kitas und Schulen durch die Aufstockung des Kinder- und Jugendförderplans des Landes um 20 Millionen Euro mit Schaffung des neuen Förderschwerpunkts Prävention
5. Weitere Maßnahmen im Bereich Sport (z. B. KommSport NRW), Kultur (z. B. Kulturrucksack) und ehrenamtliches Engagement für Familien in Belastungssituationen (z. B. „welcome“)

Weitere Informationen unter:

www.nrw-haelt-zusammen.nrw.de

„Kein Kind zurücklassen!“ hat Zukunft

Der Ansatz der vorbeugenden Politik hat Erfolg. Es zeigt sich, dass Prävention gelingt, wenn kommunale Präventionsketten vom Kind her gedacht werden und mit dieser Perspektive auf- und ausgebaut werden. Eine datenbasierte Steuerung hilft dabei, Angebote passgenau auf Sozialräume zuzuschneiden. Der bisherige Erfolg des Modellvorhabens hat sich herumgesprochen. Viele Kommunen, die nicht an „Kein Kind zurücklassen!“ teilnehmen, wollen von den bisherigen Ergebnissen und Erfahrungen profitieren. Auch die engen Kooperationen mit den Landesjugendämtern, den aktiven Stiftungen im Bereich Prävention sowie den freien und kirchlichen Trägern bestätigen, dass Nordrhein-Westfalen mit „Kein Kind zurücklassen!“ einen sehr guten Weg eingeschlagen hat. Daher wird die Landesregierung diesen Weg

fortsetzen und die bisher schon gewonnenen Erkenntnisse auf ganz Nordrhein-Westfalen ausdehnen. Dabei werden bewährte Instrumente der Landeskoordinierungsstelle, wie die kommunale Begleitung und der interkommunale Austausch auf Fachveranstaltungen, fortgesetzt. Auch die Bertelsmann Stiftung ist als starker Partner weiter an Bord. Sie wird im Bereich der Evaluation noch bestehende Lücken schließen. Gemeinsam mit dem Land NRW werden im nächsten Schritt auch die bisherigen Erkenntnisse der Evaluation in einem Transfer allen Kommunen zur Verfügung gestellt. Damit wird eines der zentralen Versprechen der Landesregierung NRW eingelöst: vorbeugende Politik für alle Kinder, Jugendliche und Familien in Nordrhein-Westfalen.

VORBEUGENDE POLITIK IN DEN EUROPÄISCHEN STRUKTURFONDS

2014 hat die neue Förderperiode aus den Europäischen Strukturfonds begonnen, die bis ins Jahr 2020 reicht. In diesem Zeitraum unterstützt die EU mit Fördergeldern in Höhe von europaweit 325 Milliarden Euro Maßnahmen, die den sozialen Zusammenhalt stärken und das wirtschaftliche Gefälle innerhalb der Union vermindern sollen.

Das Land Nordrhein-Westfalen erhält knapp zweieinhalb Milliarden Euro. Mit diesen Mitteln verfolgt die Landesregierung neben der Stärkung des Wirtschaftsstandorts, der Beschäftigungsförderung und des Klimaschutzes einen sozialinklusiven Politikansatz, der Kindern und Jugendlichen vor allem gleiche Chancen auf gelingendes Aufwachsen und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen soll.

Bei den drei EU-Strukturfonds handelt es sich um den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und den Europäischen Sozialfonds (ESF). Während Themen der Armutsbekämpfung, der Jugend- und Familienhilfe oder der Integration in der Vergangenheit fast ausschließlich aus dem ESF finanziert wurden,

werden künftig präventive Maßnahmen zugunsten von Kindern und Jugendlichen aus allen drei Fonds mitfinanziert. Zu jedem einzelnen Fonds wurde vom Land ein operationelles Programm entwickelt und von der EU-Kommission genehmigt. Die Landesregierung fordert seitdem Kommunen, Träger, Unternehmen oder auch Stiftungen auf, Anträge an die unterschiedlichen Fonds zu stellen, um von den Fördermaßnahmen zu profitieren. Auch für Vorhaben, Programme oder Maßnahmen des Landes werden Strukturfondsmittel in Anspruch genommen, z. B. für „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“.

Aufruf „Starke Quartiere – Starke Menschen“

Der Aufruf „Starke Quartiere – Starke Menschen“ vereint die städtebauliche Aufwertung von Quartieren mit den sozialpolitischen Zielen der Europa-Strategie 2020 (z. B. Senkung von Kinderarmut) und der Präventionsstrategie des Landes NRW. Künftig wird die städtebauliche Entwicklung in problembelasteten Quartieren mit dem Aufbau kommunaler Präventionsketten eng verknüpft. Dies geschieht durch die Kombination aus zwei Strukturfonds – EFRE und ESF – aus denen seitens der Kommunen Mittel in nur einem integrierten Handlungskonzept beantragt werden können. Dies verlangt von den Kommunen ämterübergreifende Zusammenarbeit, aber auch eine enge Abstimmung mit den im Stadtviertel tätigen freien Trägern, Vereinen und Schulen.

Der Aufruf wird durch einen Leitfaden ergänzt, der Kommunen und Trägern einen Überblick über die Fördermöglichkeiten für Angebote gibt, die in Quartieren mit besonderem Handlungsbedarf konzentriert werden sollen. Dazu zählen die Familienzentren, die in den Quartieren eine Schlüsselfunktion bei der Prävention und einer familienunterstützenden Infrastruktur einnehmen können.

Wie bereits in den Modellkommunen von „Kein Kind zurücklassen!“ praktiziert, wird seitens des Landes NRW in den integrierten Handlungskonzepten der Kommunen die Darstellung einer datenbasierten, wirkungsorientierten Steuerung von präventiven Maßnahmen in den jeweiligen Sozialräumen erwartet.

„Kein Abschluss ohne Anschluss“: Übergangssystem Schule-Beruf

Das Ende kommunaler Präventionsketten bildet der Übergang Schule-Beruf.

Das Land NRW hat zusammen mit den Partnern im Ausbildungskonsens NRW (Kammern, Sozialpartner, Bundesagentur für Arbeit, Kommunen) Ende 2011 den Beschluss gefasst, sich dafür einzusetzen, das jungen Menschen der Übergang von der Schule in den Beruf besser gelingen soll. Dadurch ist die Initiative „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule-Beruf in NRW“ entstanden.

Nordrhein-Westfalen war das erste Flächenland, das damit begonnen hat, ein neues landesweit verbindliches Übergangssystem Schule-Beruf einzuführen, das für alle Schülerinnen und Schülern ab der 8. Klasse, unabhängig von Wohnort und Schulform, die gleichen Angebote umfasst. Die Ziele von „Kein Abschluss ohne Anschluss“ lauten:

- In allen Schulen in NRW werden die gleichen Elemente zur Studien- und Berufsorientierung eingesetzt, so dass alle jungen Menschen gleichermaßen in ihrem Prozess der Berufswahlentscheidung unterstützt werden (Feststellen der eigenen Stärken und Fähigkeiten, Kennenlernen von vielen verschiedenen Berufen, Sammeln von praktischen Erfahrungen) und sie die richtige Entscheidung für ihre berufliche Zukunft treffen können.

- Alle Jugendlichen sollen passgenaue und klare Angebote, vor allem Ausbildungsangebote, erhalten, um den Übergang von der Schule in den Beruf direkt und erfolgreich gestalten zu können, ohne unnötige Warteschleifen durchlaufen zu müssen. Die Jugendlichen sollen erkennen, welche Vorteile und Chancen darin liegen, eine duale Ausbildung zu absolvieren.

In der Konsequenz werden die Ausbildungs- und Studienabbrüche zurückgehen und Unternehmen gut orientierte Jugendliche als Bewerberinnen und Bewerber um Ausbildungsplätze und Jobs erleben.

In allen Kreisen und kreisfreien Städten wird an der Umsetzung gearbeitet. Verantwortlich dafür sind sogenannte Kommunale Koordinierungsstellen,

Weitere Informationen zum Landesvorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss“ und Materialien unter:

www.keinabschluss-ohneanschluss.nrw.de

www.arbeit.nrw.de

www.berufsorientierung-nrw.de

Weitere Informationen in der Rubrik „Stadtentwicklung/Förderung“ unter:

www.mbwsv.nrw.de

deren Einrichtung mit ESF- und Landesmitteln unterstützt wird und die mittlerweile in allen 53 Gebietskörperschaften ihre Arbeit aufgenommen haben.

Mit den Mitteln des Bundes, des Landes und des ESF werden zudem Elemente der Berufs- und Studienorientierung gefördert. So zum Beispiel die Durchführung von Potenzialanalysen, die Einführung von Portfolioinstrumenten und das Sammeln von Praxiserfahrung, auch für spezielle Zielgruppen wie Jugendliche mit (schwerer) Behinderung, z.B. STAR – Schule trifft Arbeitswelt. Gefördert werden ebenso Angebote für besondere Zielgruppen im Übergang, unter anderem „Produktionsschule.NRW“ als auch „Jugend in Arbeit plus“ und die Teilzeitberufsausbildung für junge Eltern.

Vorbeugung und Unterstützung für Familien im ländlichen Raum

Eine ganz neue Fördermöglichkeit für kleinere Kommunen bzw. Jugendamtsbezirke bietet künftig ELER. Gefördert werden Handlungskonzepte, die auf vernetzte offene Angebote für Kinder und Familien setzen. Die Vernetzung bezieht sich in erster Linie auf die Bereiche Jugendhilfe, Bildung und Gesundheit. Weitere Akteure können eingebunden werden. Ein praktisches Beispiel für ein solches Angebot ist das Café „Kinderwagen“ in der Modellkommune Kreis Warendorf, in dem Jugendhilfe und der Gesundheitsbereich erfolgreich miteinander kooperieren. Ein Aufruf mit Förderrichtlinien soll im Herbst 2015 veröffentlicht werden (www.nrw-programm.nrw.de). Bewerben können sich Kommunen und Träger aus ländlich geprägten Räumen. Eine Kombination mit ESF-finanzierten Maßnahmen ist auch hier grundsätzlich möglich.

LEADER

In den LEADER-Regionen unterstützt das Land über das NRW-Programm „Ländlicher Raum 2014-2020“ mit Mitteln der Europäischen Union regionale Aktionsgruppen bei der Umsetzung ihrer Ziele. Grundlage vor Ort sind ideenreiche Entwicklungskonzepte zu Themen, wie regenerative Energien, ländlicher Tourismus, die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, die Erhaltung des kulturellen Erbes oder auch erstmals sozialprä-

ventive Ansätze. Anforderung bei den LEADER Konzepten ist außerdem eine altersgerechte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Im Rahmen eines Wettbewerbs wurden für die Förderperiode 2014-2020 insgesamt 28 Regionen anhand ihrer Konzepte ausgewählt. Darunter sind einige, die einen sozialpräventiven Ansatz verfolgen. Die Gesamthöhe der Fördersumme bis 2020 beträgt insgesamt rund 75 Millionen Euro.

Präventive Maßnahmen des Landes

Das Land finanziert mit Mitteln der Strukturfonds und Kofinanzierung aus Landesmitteln mehrere Programme und Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur wissenschaftlichen Begleitforschung im Bereich Prävention und zur Schaffung ehrenamtlicher Unterstützungsstrukturen für Kinder, Jugendliche und Familien.

Dazu gehört unter anderem der Aufbau einer Koordinierungsstelle für das Netzwerk der AusbildungsPatenProjekte NRW. Die Koordinierungsstelle soll dazu beitragen, die bestehenden AusbildungsPatenprojekte zu verstetigen, neue zu initiieren und Qualitätsstandards für diese Projekte zu generieren. Die ehrenamtliche Unterstützung von Jugendlichen im Übergang von Schule in den Beruf in Form von AusbildungsPatenenschaften verstärkt die Maßnahmen, die im Zusammenhang von „Kein Abschluss ohne Anschluss“ stattfinden und ergänzt die Aktivitäten im Rahmen der Präventionskette, um Kindern und Jugendlichen den bestmöglichen Start zu ermöglichen.

Ein anderes Beispiel: Das „Landesbüro für soziale Innovation“ setzt sich zum Ziel, durch die schon weit verbreiteten ehrenamtlichen Patenstrukturen vor allem über den frühkindlichen Bereich hinaus weitere funktionierende Patenstrukturen im Kindheitsverlauf dort anzustoßen, wo Lücken sind, die durch ehrenamtliche Unterstützung sinnvoll geschlossen werden können. Beispielhaft sollen Projekte an einzelnen Übergangsphasen entwickelt werden.

Nicht zuletzt gehört das Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ selbst zu den Präventionsmaßnahmen des Landes, die anteilig aus dem Europäischen Sozialfonds und Landesmitteln finanziert werden.

Nähere Informationen und eine regionale Übersicht über die ausgewählten LEADER-Regionen unter:

www.umwelt.nrw.de

Weitere Informationen unter:

www.ausbildungspaten-nrw.de

INFO

LEADER (= Liaison entre actions de développement de l'économie rurale) ist ein Programm der EU, das von lokalen Aktionsgruppen erarbeitete innovative Entwicklungskonzepte im ländlichen Raum fördert.

LERNNETZWERK UND WISSENS- TRANSFER

Die 18 Modellkommunen arbeiten in einem Lernnetzwerk zusammen, um sich durch regelmäßigen Erfahrungsaustausch beim Auf- und Ausbau kommunaler Präventionsketten gegenseitig zu unterstützen. Die Landeskoordinierungsstelle organisiert und moderiert diesen Austausch im Sinne einer fachlichen Begleitung. Gemeinsam arbeiten alle darauf hin, dass die bisherigen Erfahrungen und Erkenntnisse nun auch Kommunen in Nordrhein-Westfalen über das Landmodellvorhaben hinaus zur Verfügung gestellt werden können. Klar ist: Damit kommunale Präventionsketten erfolgreich sind, braucht es gemeinsame Präventionsstandards.

WIE FUNKTIONIERT DAS LERNNETZWERK?

Seit 2012 arbeiten 18 Modellkommunen im Rahmen des Lernnetzwerks von

„Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ zusammen.

In bislang 12 Lernnetzwerktreffen fand ein jeweils ganztägiger Austausch zu

Gestaltungsfeldern statt, die für den Auf- und Ausbau kommunaler

Präventionsketten wichtig sind.

In der Regel beginnen die Lernnetzwerktreffen mit einem Überblicksvortrag zum jeweiligen Schwerpunktthema. Anschließend folgen zumeist Vorträge von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Politik sowie eine Plenumsdiskussion. Am Nachmittag können sich die Modellkommunen in verschiedenen Arbeitsgruppen austauschen. Hier besteht auch die Möglichkeit, Perspektiven und Handlungsbedarfe aus kommunaler Sicht herauszuarbeiten und für die praxisnahe Weiterentwicklung des Modellvorhabens nutzbar zu machen. Die Landeskoordinierungsstelle bündelt die Ergebnisse und spiegelt die daraus gezogenen Schlussfolgerungen im nächsten Lernnetzwerktreffen an die Kommunen zurück. Darüber hinaus werden Ergebnisse auch auf der Webseite des Landesmodellvorhabens dokumentiert. In einem internen Bereich, in dem sich die Modellkommunen untereinander austauschen können, werden hier auch regelmäßig Dokumentationen der Lernnetzwerktreffen und programminterne Arbeitspapiere bereitgestellt. Diese aus der Qualitätsentwicklungsdebatte abgeleitete Form der Prozessgestaltung sorgt dafür, dass kommunale Perspektiven in die Arbeit der Landeskoordinierungsstelle einfließen. Damit wird gleichzeitig auch die wissenschaftliche Autonomie der Prozessbegleitung durch die Landeskoordinierungsstelle gegenüber der Landespolitik sichergestellt. In diesem Reflexionsprozess entsteht für alle Akteure ein fachlicher Mehrwert.

Zum Lernnetzwerk gehörten in den vergangenen Jahren auch vier sogenannte Themencluster, in denen interessierte Modellkommunen in vierteljährlichen Treffen ganztägig selbst gewählte Schwerpunktthemen aus den Bereichen „Innova-

tive Finanzierungsmodelle“, „Sozialraummanagement“, „Übergangsmanagement“ und „Einbindung der Zivilgesellschaft“ diskutierten. Im Vergleich zu den Lernnetzwerktreffen stand hier der interkommunale Austausch noch stärker im Vordergrund. Auch in diesem Arbeitsformat wurden externe Expertinnen und Experten aus Politik und Wissenschaft beteiligt und Konzeptentwicklung betrieben.

Dieser vergleichsweise zeitaufwändige und dichte fachliche Austausch im Lernnetzwerk bildet eine wesentliche Basis für die von der Landeskoordinierungsstelle betriebene einzelkommunale Begleitung. Diese basiert auf strategischen Zielfindungs-Workshops in den einzelnen Kommunen, die zu Beginn des Modellvorhabens durchgeführt wurden. Der Fortschritt in der jeweiligen Zielumsetzung wurde fortlaufend in Quartalsgesprächen diskutiert und dokumentiert.

Um Kommunen künftig noch strukturierter und effizienter unterstützen zu können, erarbeitet die Landeskoordinierungsstelle derzeit auf Grundlage der vorliegenden Erfahrungen und Ergebnisse verschiedene Methoden und Verfahren (Tools) zur Unterstützung

- des Austauschs zwischen den Kommunen (Interkommunaler Wissenstransfer),
- der onlinegestützten kleinräumigen Bestandsaufnahme (z. B. zur Erfassung der Präventionsangebote und -netzwerke in einem Stadtteil), und
- der Selbstevaluation der kommunalen Koordinatoren und Koordinatorinnen.

Lernnetzwerk

Alle Modellkommunen tauschen sich im Lernnetzwerk regelmäßig über ihre Erfahrungen beim Auf- und Ausbau von kommunalen Präventionsketten aus und unterstützen sich gegenseitig. Der Prozess wird von der Landeskoordinierungsstelle moderiert und durch Expertenanhörungen und Fortbildungen qualifiziert begleitet. Die Ergebnisse fließen in das Konzept des Landesmodellvorhabens ein.

Schließlich finden bis zum Abschluss des Modellvorhabens Ende 2015 in etwa der Hälfte der Kommunen kommunale Entwicklungskonferenzen unter Anleitung der Landeskoordinierungsstelle statt. Diese Tagungen werden auf Leitungsebene träger- und ämterübergreifend mit dem Ziel durchgeführt, vorbeugende Politik auch über das Ende des Landesmodellvorhabens hinaus zu verankern. In diesen extern und professionell moderierten Managerkonferenzen geht es vor allem darum, dass der Funke überspringt und auch bislang zögerliche oder eher wenig eingebundene Akteure für das gemeinsame Ziel einer vom Kind her gedachten, ämter- und trägerübergreifenden kommunalen Zusammenarbeit gewonnen werden können. Dieses freiwillige Angebot wird nicht von allen Kommunen genutzt, da man zum Teil vor Ort schon eigene vergleichbare Formate nutzt oder ganz einfach nicht an einem Punkt der Entwicklung steht, an dem eine solche Konferenz als konsequenter nächster Schritt notwendig und sinnvoll erschiene.

Wie der Aufbau kommunal koordinierter Präventionsketten gelingt

Nach drei Jahren intensiver kommunaler Begleitung im Lernnetzwerk lassen sich fachlich tragfähige Leitlinien für den Aufbau kommunal koordinierter Präventionsketten benennen.¹ Um künftig als „Präventionsstandards“ gelten zu dürfen, muss in diesen Leitlinien reflektiert werden, dass jede Kommune anders ist und es in der Netzwerkbildung daher ganz generell keinen übergreifenden Masterplan geben kann. Die Vorteile kommunal koordinierter Netzwerke gegenüber den herkömmlichen Verwaltungs- und Trägerstrukturen rühren daher, dass Netzwerke im Vergleich zum Verwaltungshandeln ein höheres Maß an Flexibilität und Passgenauigkeit von Lösungen versprechen. Mit der Vorlage einer kommunal übergreifend standardisierten Aufbau- und Ablauforganisation würde aber genau dieser Vorteil wieder verspielt. Wichtig ist auch: Bei der Gestaltung kommunal koordinierter Präventionsketten muss nicht jede Kommune das Rad neu erfinden. Mit der Formulierung der hier vorgestellten Präventionsstandards wird der Anspruch erhoben, die Vorteile flexibler Netzwerklösungen mit der Erfüllung übergreifender und verbindlicher Rahmenbedingungen zu verbinden.

Die Präventionsstandards

Die hier vorgestellten Standards resultieren (neben der Fachliteratur) aus der mehrjährigen Begleitung des Landesmodellvorhabens und sind fachlich belastbar. Es wird aber kein Anspruch auf Vollständigkeit oder endgültige Ausformulierung gestellt.² In einem künftigen Konkretisierungsschritt können dann Qualitätskriterien und Handlungsempfehlungen für konkrete Bereiche erarbeitet werden. Es geht dabei im Kern immer um die Qualität der Präventionskette, nicht um die konkrete Angebotsebene. Für die Angebots- und Maßnahmenebene gelten jeweils eigene – größtenteils themenspezifische – Qualitätsstandards, die hier nicht näher beleuchtet werden sollen. Allerdings müssen auch diese Maßnahmen und Angebote Anforderungen erfüllen, um mit den auf Netzwerkebene formulierten Präventionsstandards im Einklang zu stehen. Es geht also um die optimale Einpassung dieser Maßnahmen und Angebote in das Puzzle „kommunal koordinierte Präventionskette“. Aus dieser Sicht ergeben sich unter anderem folgende Erfordernisse:

- transparente, bereichs- und einrichtungsübergreifende Vernetzung und multiprofessionelle Zusammenarbeit, z. B. im Sinne eines abgestimmten und idealerweise integrierten Fallmanagements und einer bruchlosen Gestaltung wichtiger biografischer Übergänge,
- umfassende Beteiligungsorientierung und Elternstärkung und
- Einbettung von Maßnahmen in übergreifende Formen wirkungsorientierter Steuerung und Qualitätsentwicklung, z.B. im Rahmen kommunaler Qualitätszirkel und Wirksamkeitsdialoge.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe eigenständiger Qualitätsstandards in den einzelnen präventiven Handlungsfeldern, die einerseits weit über das hier skizzierte hinausgehen, andererseits aber auch lediglich bereichsspezifische Geltung (etwa für die Gestaltung Früher Hilfen, des schulischen und schulbezogenen Ganztags oder der Quartiersarbeit) beanspruchen.

¹ Werkbuch Präventionskette, LVG & AFS (2014), Hannover

² Insbesondere sind in einem weiteren Schritt noch die ausstehenden Ergebnisse der Evaluation des Landesmodellvorhabens einzu-beziehen.

PRÄVENTIONSSTANDARDS

Prävention wird als kommunale strategische Entscheidung verstanden

- Das Netzwerk wird durch einen Ratsbeschluss zum Präventionsleitbild normativ verantwortet
- Die kommunale Spitze bekennt sich aktiv zu den Leitzielen des Netzwerks
- Es wird eine hochrangig besetzte Steuerungsgruppe eingerichtet
- Es wird eine hauptamtliche Netzwerkkoordination eingerichtet



PRÄVENTION ALS STRATEGISCHE ENTSCHEIDUNG

Der Aufbau kommunal koordinierter Präventionsketten braucht einen langen Atem. Viele Versuche, ein solches System von der Ebene des mittleren Managements – etwa von der Jugendhilfeplanung oder vom öffentlichen Gesundheitsdienst – aufzubauen, scheitern häufig an unzureichender Kooperationsbereitschaft wichtiger Ämter, Dienste, Träger und Einrichtungen.

Dies darf nicht verwundern: Wer vernetzt arbeiten will, muss Routinen verändern, den eigenen Ressourceneinsatz mit anderen koordinieren und ganz allgemein den Schritt von getrennten Zuständigkeiten zur gemeinsamen Verantwortungsübernahme gehen. Vor allem zu Beginn des Aufbaus kommunal koordinierter Präventionsketten erscheint dies für einige Akteure als Autonomie- und Machtverlust, für den es wenig Akzeptanz gibt. Neben den eigenen Organisationsinteressen verlangt dieser Sichtwechsel, gemeinsam ‚vom Kind her zu denken‘, aber auch häufig eine ganz andere Organisations- und Professionskultur, die ebenfalls nicht vom Himmel fällt. So kann die zwischenbehördliche Zuständigkeitsklärung im Sozialrecht – durchaus von allen

Beteiligten ungewollte – Zugangsbarrieren zu Leistungen gerade für jene Zielgruppen aufschichten, die den mutmaßlich höchsten Unterstützungsbedarf haben. Darüber hinaus kontrastiert die Rolle der sozialrechtlichen Leistungsträger als Sachwalter für die ihnen anvertrauten Steuer- oder Beitragsgelder mit einer bürger- und serviceorientierten Organisations- und Verwaltungskultur, die Leistungen eher zielgenau platzieren als zurückhalten will. Einer Neubestimmung dieses Spannungsfelds ist eine große Herausforderung.

Verwaltungsorganisationen begeben sich zumeist nur dann auf diesen Weg, wenn ihnen dieser zum einen durch ihre Leitung in verwaltungsgängiger Form verordnet und vorgegeben

wird und ihnen zum anderen der Sinn einer entsprechend zu ändernden Praxis umfassend nahegebracht wird. Die Leitung muss sich klar in Richtung präventionsorientierter Umsteuerung positionieren und ihre Gründe und Motive dabei transparent machen.

Das gleiche Bild spiegelt sich im kommunalen Raum. Einzelne Ämter, Dezernate oder auch freie Träger tendieren zu Beginn zuweilen dazu, die ‚Karawane weiterziehen‘ zu lassen, anstatt bewährte Routinen in Frage zu stellen. Erst wenn das Management den Eindruck gewinnt, dass der Zug ohne es abfährt, ist eine Nichtbeteiligung am Auf- und Ausbau der Präventionskette irgendwann keine Option mehr. Man kann also einen Wertewandel und eine vom Kind her gedachte Präventionsarbeit nicht einseitig von oben verordnen, wird aber ohne entsprechendes Führungsverhalten auch niemanden für die gemeinsame Gestaltung hinzugewinnen. Die Folgen einer nicht von der Führungsebene getragenen Anstrengung sind oft vielfältige und tiefgreifende Frustrationserfahrungen bei denen, die sich ohne politische Rückendeckung auf den Weg gemacht haben. Solche Netzwerke bleiben in der Regel personenabhängig und fallen mit dem Weggang oder dem Rückzug ihrer Initiatoren und Initiatorinnen schnell in sich zusammen.

Die Glaubwürdigkeit einer Steuerungsstruktur, die von der kommunalen Spitze her legitimiert und aktiv unterstützt wird, stellt sich selbstverständlich nicht ohne den Bezug auf konkrete Inhalte her. Erforderlich ist daher ein beteiligungsorientiert zu erstellendes und auf die einzelkommunalen Bedingungen zugeschnittenes Leitbild zur Prävention (vgl. S.23). Der Test für eine kommunale Gesamtstrategie ist also ein (möglichst konsensueller) Ratsbeschluss zum übergreifenden Präventionsleitbild und eines davon abgeleiteten, konkret befristeten Aktions-

plans in den zuständigen Ausschüssen. Dabei sollten

- visionäre und operationelle Ziele,
- einzusetzende Ressourcen, und
- Indikatoren zur Messung des Zielerreichungsgrads

verbindlich beschrieben werden. Es ist von Bedeutung, dass die Leitbilderarbeitung als Basis des Ganzen möglichst unter breiter Beteiligung aller für die Umsetzung benötigten Akteure erfolgt. Von Vorteil ist dabei, direkt einen strategischen Zielfindungsprozess anzukoppeln, um gemeinsame Visionsziele, eine Meilensteinplanung zur Umsetzung sowie Kenngrößen zur Messung des Zielerreichungsgrads zu vereinbaren (z. B. nach dem SMART-Modell³).

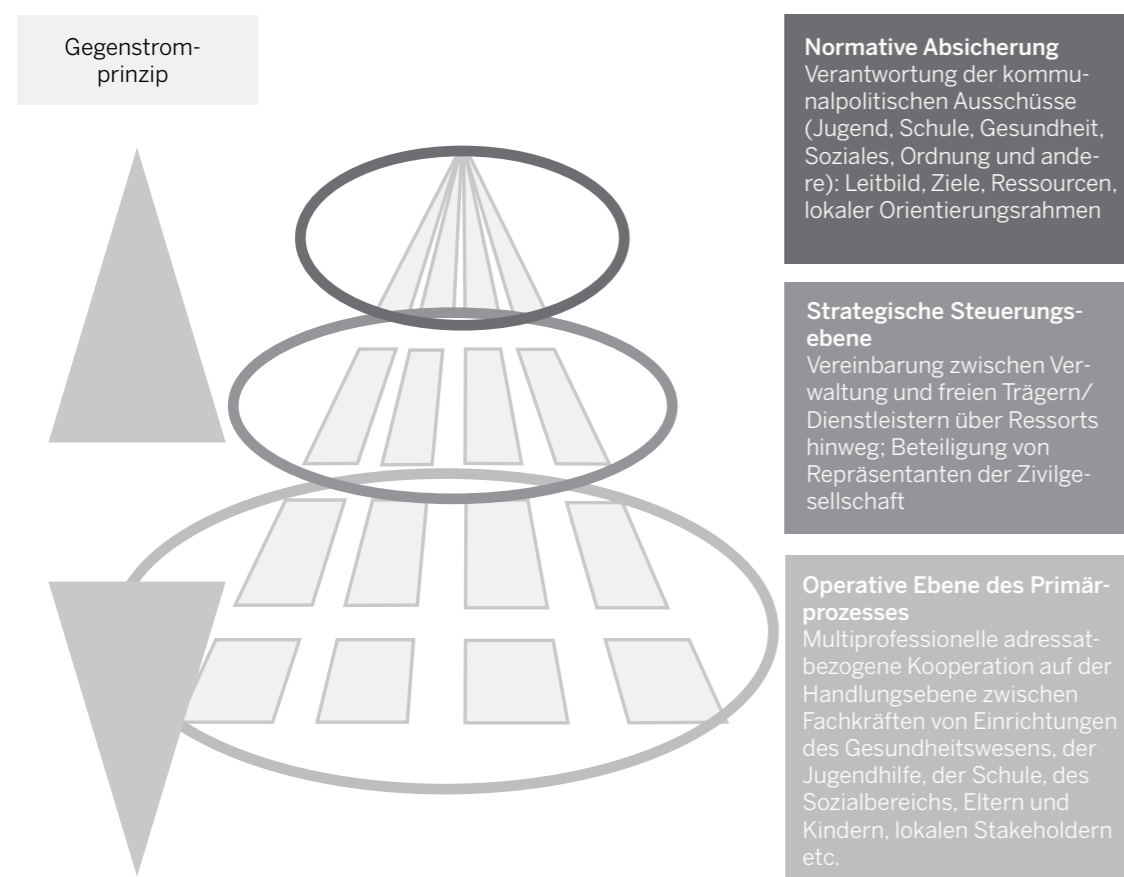
Neben einem eindeutigen Führungsverhalten der kommunalen Spitze ist die Einrichtung einer arbeitsfähigen, möglichst hochrangig sowie träger- und ämterübergreifend zusammengesetzten Steuerungsgruppe von besonderer Bedeutung. In ihr sollten die Bereiche Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Soziales und Gesundheitsförderung auf Leitungsebene vertreten sein. Die Fragen, inwiefern hier weitere Bereiche (z. B. Sport, Kultur) zu repräsentieren sind und inwiefern auch freie Träger eingebunden werden, wird einzelkommunal unterschiedlich beantwortet. Die Mindesthierarchieebene lässt sich in doppelter Weise begründen: Zum einen müssen die Mitglieder genügend Amtskompetenz mitbringen, um ohne ständige Rückversicherung bei ihren Vorgesetzten steuern zu können. Zum anderen müssen sie in sich als Person jeweils genügend Amtskompetenz bündeln, um die Präventionskette lebensphasenübergreifend gestalten zu können – dies ist dann z. B. durch die Jugendamtsleitung gewährleistet, nicht aber durch die Fachbereichsleitung Kindertagesstätten, insofern diese das Jugendamt in der Steuerungsgruppe vertreten soll. Die Landeskoordinierungsstelle empfiehlt daher eine möglichst breite und hochrangige Aufstellung der Steuerungsgruppe, natürlich unter Wahrung der Arbeitsfähigkeit des Gremiums.

Erst mit diesem Schritt der Etablierung einer Steuerungsgruppe wird die Basis dafür

³ Doran, G. T. (1981): There's a S.M.A.R.T. way to write management's goals and objectives, Management Review, Vol. 70, Issue 11, S. 35-36.

Steuerungs- und Handlungsebenen von Präventionsketten nach Schubert⁴

Einbettung in die kommunale Verantwortungskaskade



gelegt, fachliche Impulse aus dem Präventionsnetzwerk in die beteiligten Institutionen und Einrichtungen einspeisen zu können und dort dann für eine nachhaltige Umsetzung des kommunalen Aktionsplans Sorge zu tragen. Gleichzeitig bündelt die Steuerungsgruppe Rückmeldungen der beteiligten Partner – insbesondere aus der Praxisebene – in Richtung einer praxistauglichen Konkretisierung und Weiterentwicklung (Gegenstromprinzip; s. Abb. auf dieser Seite).

Die **hauptamtlich besetzte Netzwerkkoordination** stellt eine wesentliche Gelingensbedingung bei der Umsetzung der von der Steuerungsgruppe beschlossenen Aktivitäten dar und sollte unabhängig von Sonderförderprogrammen als institutionelle Regelstruktur

verankert werden. Dabei ist von Bedeutung, dass diese Stelle hochrangig besetzt und mit entsprechenden Amtsbefugnissen ausgestattet wird. Zudem empfiehlt es sich, bei der Stellenbesetzung auf verwaltungserfahrene Fachkräfte zurückzugreifen. Die Landeskoordinierungsstelle empfiehlt hierzu ein Hierarchie- und Besoldungsniveau auf der Höhe von Jugendhilfeplanerinnen und -planern, da man nur so entsprechend qualifiziertes Personal gewinnen und mit hinreichenden Amtsbefugnissen ausstatten kann. Insbesondere muss die Netzwerkkordinatorin oder der Netzwerkkordinator dazu befugt sein, eigenständige Außenkontakte zu anderen Ämtern und Trägern zu pflegen.

⁴ Schubert, H. (2012): Netzwerke der Wohlfahrtsproduktion im Präventionsbereich. 3. Lernnetzwerktreffen des NRW-Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen!“ am 20. November 2012 in Münster/Westfalen.

LEITBILD UND BETEILIGUNGSORIENTIERUNG

Prävention soll nicht einfach nur Defizite ausgleichen, sondern die Handlungsbefähigung von Menschen fördern. Dies kann nur durch passgenaue Angebote gelingen, die den Menschen auch bekannt sind, von ihnen angenommen werden und sich in ihre alltägliche Lebensführung einfügen.

Dies gelingt am besten, indem man sie schon in die Angebotsplanung einbezieht, ihnen also Vorschlags- und Mitgestaltungsrechte einräumt. Dabei sind mehrere Gelingensbedingungen zu beachten:

- Kinder und Jugendliche sind als Träger eigener, unveräußerlicher **Kinderrechte** zu sehen und müssen in altersangemessener Weise an der Planung und Ausgestaltung präventiver Maßnahmen und Strukturen beteiligt werden.
- Eine frühzeitige und umfassende **Elternbeteiligung** – auch in institutionell schwer erreichbaren Milieus – sichert die Anschlussfähigkeit präventiven Handelns an die alltägliche

Lebensführung in der Familie und entschärft, ganz nebenbei, viele der immer wieder beklagten Datenschutzprobleme (z. B. beim Übergangsmangement Kita-Grundschule und Grundschuleweiterführende Schule).

- **Elternstärkende Maßnahmen** erweisen sich häufig als Königsweg zur nachhaltigen Stärkung von Kindern und werden auch in vielen Modellkommunen als noch ausbaufähig erachtet. Auch hier lässt sich die Einpassung von Elternbildungsangeboten in den alltagsweltlichen Erfahrungskontext der Eltern oft besser über deren umfassende und frühzeitige Beteiligung sicherstellen. Während sich diese Form der Beteiligungsorientierung in jedem Angebot und in jeder

PRÄVENTIONSSTANDARDS

Kommunale Passgenauigkeit erfordert Beteiligungsorientierung

- Neben der altersangemessenen direkten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, deren eigenständige Rechte zu beachten sind, ist auch die Beteiligung und Stärkung von Eltern eine zentrale Gelingensbedingung der Gestaltung von Präventionsketten.
- Die Partner verpflichten sich auf abgestimmte Formen der Qualitätsentwicklung/-sicherung.
- Ein Leitbild zur Gestaltung der kommunalen Präventionskette wurde mit allen relevanten Akteuren vereinbart und im Rahmen eines gemeinsamen strategischen Zielfindungsprozesses in einem kommunalen Aktionsplan konkretisiert.
- Die Partner verpflichten sich auf abgestimmte Formen der Qualitätsentwicklung/-sicherung.

Maßnahme anders darstellt – und daher hier nur im Allgemeinen angesprochen werden kann – ist **Beteiligungsorientierung** auch auf der Ebene der **Präventionsnetzwerke/-ketten** eine entscheidende Gelingensbedingung. Und dies in mehrfacher Hinsicht:

Die ämter-, träger- und themenbereichsübergreifende Erarbeitung eines kommunalen **Leitbildes** zur Prävention ist von entscheidender Bedeutung, um die Unterstützung der wichtigen Akteure vor Ort zu gewinnen.

Der Prozess der Leitbildentwicklung lässt sich dabei nicht dadurch abkürzen, dass man entsprechende Formulierungen anderer

kommunalen öffentlichen Akteuren abhängig machen und erarbeitet daher bewusst ein zunächst nur von der Kommunalverwaltung und von den demokratisch gewählten Amts- und Funktionsträgern getragenes Leitbild. Diese Unterschiede im Steuerungsverständnis findet man generell so vor. Es handelt sich nicht um eine Besonderheit der 18 Modellkommunen. In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird dies unter dem Begriff „local governance“ diskutiert.⁵

Wie auch immer diese Frage der Beteiligung nicht-kommunaler Akteure vor Ort entschieden wird: Es ist weiterhin von Bedeutung, dass der Leitbildprozess nicht auf der Ebene allgemeiner Formulierungen verbleibt, sondern im Sinne einer **strategischen Zielfindung** mit operationalisierbaren Teilzielen, Meilensteinplanungen und Kenngrößen zur Wirkungsmessung unterlegt wird. Dabei tun sich viele Kommunen derzeit noch schwer, Kenngrößen zur Wirkungsmessung konkret zu benennen und diese dann auch tatsächlich mit einer regelmäßigen Datenberichterstattung (Monitoring) zu unterlegen. Diese für jegliche Form von wirkungsorientierter Steuerung zu nehmende Hürde liegt im Moment für Viele noch zu hoch. Das Land unterstützt die Kommunen seit dem Sommer mit der Einrichtung

einer Fachstelle für sozialraumorientierte Armutsbekämpfung⁶, die nicht zuletzt auch beim Aufbau einer integrierten kommunalen Sozialplanung behilflich sein soll. Unabhängig davon wird die Evaluation von „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ hier weitere Grundlagen aufzeigen. Auch für diesen Kontext wirkungsorientierter Steuerung gilt die Gelingensbedingung der Beteiligungsorientierung und übersetzt sich in **„Qualitätsentwicklung“**: Verlässliche Zahlen erhält man nur in einem Prozess mit dem Ziel, gemeinsam besser zu werden – nur so können auch Misserfolge im Sinne unwirksamer Maßnahmen angstfrei kommuniziert werden.

Kommunen neu miteinander kombiniert und Hochglanzbroschüren herausbringt. Entscheidend ist vielmehr das bindende Verpflichtungsgefühl (commitment) der Beteiligten im Hinblick auf die Umsetzung des im Konsens vereinbarten Leitbildes. Aus diesem Grund empfiehlt die Landeskoordinierungsstelle, das kommunale Leitbild von vorneherein so breit wie möglich zu verankern und dabei unter anderem auch die freien Träger und ihre Organisationen mit einzubeziehen. Daneben müssen auch die Schulaufsicht, die Wirtschaft, das Gesundheitswesen und – wo es sinnvoll ist – die Arbeitsagentur eingebunden werden. Aber nicht alle Kommunen sehen das so: Mancherorts will man sich auch als gewählte kommunalpolitische Spitze nicht von der Konsensbildung mit verschiedenen Interessengruppen und außer-

⁵ Vgl. hierzu mit kritischem Blick: Papadopoulos, Y. (2010): Governance und Demokratie. In: Benz, A. (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 225-244.

⁶ <http://nrw-projektsoziales.de/sozialplanung/fachstelle-fuer-sozialraumorientierte-armutsbekämpfung-fsa.html>

TRANSPARENZ

Die Sicherstellung der Transparenz kommunaler Präventionsketten für Adressatinnen und Adressaten, Institutionen sowie für die steuerungs- und koordinierungsrelevanten Gremien ist eine nicht zu unterschätzende Aufgabe und Herausforderung.

Ein ämter- und trägerübergreifend aufgestelltes Netzwerk aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Gesundheitsförderung und Soziales sowie weiterer Institutionen und Handlungsfelder (z. B. Kultur, Sport und Bewegung) sozialräumlich (z. B. nach Stadtteilen gegliedert) aufzustellen, erweist sich schon in mittelgroßen kreisangehörigen Gemeinden als Herkulesaufgabe, die ohne geeignete Datenerfassungs- und Planungsinstrumente nicht zu bewältigen ist. Im Rahmen dieses Texts können die sich dabei stellenden Gelingensbedingungen nicht im Einzelnen argumentativ hergeleitet, sondern nur zusammenfassend benannt werden:

Transparenz kann – gerade in den in der Regel bevölkerungsreichen Städten, Kreisen und Gemeinden in NRW – nur noch durch professionell betriebene Datenerfassung und deren indikatorgestützter Aufbereitung in kommunalen

Berichtssystemen (Monitoring) gewährleistet werden. Die klassische Variante eines Jugendhilfeplaners oder einer Jugendhilfeplanerin, der oder die beteuert, alle zu kennen und den Überblick über die kommunale Angebotslandschaft zu haben, reicht hier nicht mehr aus.

Wichtig ist im Hinblick auf das zu entwickelnde Datenkonzept, dass dabei

1. nur tatsächlich steuerungsrelevante Kenngrößen und Indikatoren entwickelt werden und
2. auch prozessbezogene Daten aus dem Kontext einer ämter- und trägerübergreifend aufgestellten Qualitätsentwicklung (z. B. kommunale Qualitätszirkel und Wirksamkeitsdialoge, Fach- und Finanzcontrolling) einbezogen werden.

PRÄVENTIONSSTANDARDS

Die Transparenz der Präventionsinfrastruktur ist gesichert

- Das kommunale Datenkonzept bildet die Grundlage einer integrierten Sozialplanung.
- Die Kommune verfügt über ein bereichsübergreifend kohärentes Datenkonzept.
- Eine kommunale Bestandsanalyse präventionsrelevanter Angebote und Netzwerke wurde durchgeführt und wird regelmäßig aktualisiert. Ihre Ergebnisse dienen als Basis einer bereichsübergreifenden kommunalen Fachplanung, etwa in Richtung der Identifikation von Lücken und der Planung entsprechender Ausbauschwerpunkte.
- Wichtige Kernindikatoren des aufzubauenden Monitorings werden in kleinräumiger, wo nötig auch einrichtungsbezogener Auflösungstiefe berechnet.
- Prozessbezogene Daten aus trägerübergreifenden Qualitätsentwicklungsprozessen liegen vor.

Derzeit werden Monitoringsysteme hingegen häufig einseitig von der amtsstatistischen Datenverfügbarkeit her konzipiert: Ausgewertet wird nur das, was man zur Verfügung hat und nach Möglichkeit sozialraum- und einrichtungsscharf oder gar auf Individualda-

tenbasis aufschlüsseln kann. Dieser Ansatz ist pragmatisch sinnvoll, muss aber durch eine **Datengewinnungsstrategie** ergänzt werden, die sich an den oben genannten Kriterien orientiert.

INTEGRIERTE SOZIALPLANUNG

Ein brauchbares Datenkonzept und Berichtssystem bildet die Grundlage jeglicher wirkungsorientierten Steuerungsstruktur.

Bei wirkungsorientierter Steuerung geht es darum,

1. knappe Präventionsressourcen prioritär dort einzusetzen, wo sie mutmaßlich am dringendsten gebraucht werden und die größten Effekte versprechen (quartiers- und zielgruppenbezogene **Zugangssteuerung**), sowie
2. die auf diese Weise zielgenau zugeordneten Maßnahmen auch passgenau, das heißt

effektiv und effizient, einzusetzen (**Wirkungskettenanalyse**).

Dabei besteht die **erste Herausforderung** in der Erstellung eines schlanken und schnell überschaubaren Indikatorensets mit hohem fachplanerischem Orientierungspotenzial. Daten sind nach Möglichkeit kleinräumig (z. B. Wohnquartiere), einrichtungsscharf und zum Teil auch auf Individualdatenbasis (z. B. Anteil der SGB II-Empfänger im Wohnquartier) auszuwerten, um besonders belastete Zielgruppen und Stadtviertel zu identifizieren.

PRÄVENTIONSSTANDARDS

Das kommunale Datenkonzept bildet die Grundlage einer integrierten Sozialplanung

- Kommunale Detailplanungen werden zum Zweck der Optimierung präventiver Angebots- und Netzwerkstrukturen miteinander verknüpft.
- Leitprinzip der Planung ist der Abbau ungleicher (sozialräumlicher und zielgruppenbezogener) Lebenslagen durch entsprechende Bündelung des Ressourceneinsatzes.
- Freie Träger werden in die strategische Zielfindung eingebunden und beteiligt.
- In der Kommune sind im Präventionsbereich flächendeckend trägerübergreifende, wirkungsorientiert gesteuerte Teilnetzwerke eingerichtet; diese können themenspezifischen und/oder sozialräumlichen Zuschnitts sein. Die Wirkungsmessung steht im Kontext von Qualitätsentwicklung: Gemeinsam besser werden!

Das informationelle Selbstbestimmungsrecht bildet die Grenze der sozialstatistischen Analysetiefe bei der Erfassung ungleicher Lebenslagen im kommunalen Raum.

Eine **zweite Herausforderung** besteht darin, die unterschiedlichen Perspektiven der einzelnen kommunalen Detailplanungen – etwa von Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung, Stadtentwicklungs- und herkömmlicher Sozialplanung – in einen gemeinsamen konzeptionellen Rahmen einzubringen. In der Kommunalverwaltung existieren gewachsene, bereichsspezifische Institutions- und Organisationskulturen mit eigener Fachterminologie und einer auch anzu treffenden Abschottungsdynamik. Erste wichtige Schritte zur integrierten Planung bestehen daher häufig in der Schaffung einer gemeinsamen fachlichen und zwischenmenschlichen Verständigungsgrundlage sowie einer Logik der Schnittstellenoptimierung – man sucht also erst einmal nach systematischen Anschlüssen zwischen den einzelnen Fachplanungen und widmet sich erst nach erfolgtem organisationalen Lernprozess der anspruchsvolleren Frage nach deren Integration.

Die **dritte Herausforderung** berührt das Verhältnis zwischen freien und öffentlichen Trägern in den einzelnen Gestaltungsfeldern der Präventionskette. Hier erscheint es aus Sicht der Landeskoordinierungsstelle wichtig, die freien Träger frühzeitig in den Prozess der strategischen kommunalen Zielfindung einzubeziehen und die vom Leitbild bis hin zu konkreten Planungsvorhaben konkretisierte Zielpyramide mit ihnen gemeinsam zu entwickeln. Im Idealfall stützt sich die gesamtkommunale integrierte Sozialplanung dabei auf Prozessdaten aus Teilnetzwerken der Präventionskette, die einen thematischen und/oder sozialräumlichen Fokus haben können. Dies gelingt allerdings nur insoweit, wie auch auf der kommunalen Ebene die Netzwerkwahrung „Vertrauen“ gilt. Ein Beispiel: Wenn ein kommunaler Qualitätszirkel etwa im Bereich schulischer Ganztage zu dem Ergebnis kommt, dass ein kommunal geförderter Maßnahmenkatalog nicht die erforderliche Wirkung erzielt, müssen die Maßnahmenträger darauf vertrauen können, dass es zu einer Verständigung über die fachliche Neuorientierung der Maßnahmen kommt, ohne dass ihnen einfach die Fördermittel entzogen werden. Gerade für freie Träger ist das Thema Planungssicherheit von hoher

Bedeutung, da man ansonsten projektfinanziertes, erfahrenes Fachpersonal im Zweifelsfall nicht halten kann. Integrierte Sozialplanung hat also einen Weg zu finden, die kommunale Angebotslandschaft wirkungsorientiert zu gestalten und dabei das fachliche Potenzial und die Zugänge der Träger zur Zielgruppe bestmöglich zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dies geht weit über die Interpretation sozialstatistischer Kenngrößen und Indikatoren hinaus und verdeutlicht erneut das zentrale Erfordernis einer umfassenden, konsensorientierten Beteiligungskultur.

Diese kurze Skizze verdeutlicht, wie ambitioniert der Aufbau einer integrierten kommunalen Sozialplanung mit Fokus Prävention ist. Die im Sommer 2015 erfolgte Gründung der Fachstelle für sozialraumorientierte Armutsbekämpfung wird sich diesen Aufgaben widmen.

FAZIT

Aus der gut dreijährigen Arbeit der Landeskoordinierungsstelle lassen sich klare Schlussfolgerungen im Hinblick auf eine landesweite Umsetzung vorbeugender Politik ableiten. Diese werden hier als Präventionsstandards bezeichnet und bis Ende des Jahres weiter präzisiert, auch unter Einbeziehung der Ergebnisse der Evaluation. Schon jetzt lässt sich aber festhalten, dass es zwar

1. keinen Masterplan gibt, den man ohne Ansehen der einzelkommunalen Ausgangsbedingungen überall in gleicher Weise umsetzen könnte, sich aber
2. Gelingensbedingungen und Eckpunkte benennen lassen, die beim Auf- und Ausbau kommunal koordinierter Präventionsketten zu beachten sind.

Besonders wichtig sind ein bereichs- und trägerübergreifend konsensuell abgestimmtes und transparentes Handeln, eine ausgeprägte Wirkungsorientierung und eine auf Stärkung der Beteiligungsrechte von Eltern und Kindern ausgerichtete fachliche Orientierung, die nicht vorrangig an Defiziten, Krankheiten oder auch Auffälligkeiten orientiert ist, sondern im Gegenteil die Stärken und Ressourcen der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

„WIR WOLLEN MITGESTALTEN UND MITENTSCHEIDEN“

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen arbeitet eng im Landesmodellvorhaben mit. Martin Debener ist Fachreferent der Freien Wohlfahrtspflege bei „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“. Im Interview spricht er darüber, wie sich die Freie Wohlfahrtspflege konkret einbringt, was seine Kolleginnen und Kollegen in den Kommunen leisten und wie andere Kommunen vom Landesmodellvorhaben profitieren.

Wieso ist die Freie Wohlfahrtspflege von „Kein Kind zurücklassen!“ überzeugt?

Debener: Der Ansatz, soziale Arbeit mit Kindern und Jugendlichen präventiv zu betrachten, ist für uns nicht neu. Dass ihre Arbeit eine präventive Wirkung hat, ist schon immer der Anspruch der Freien Träger in der Kinder- und Jugendhilfe. Insofern haben wir die Idee, die hinter „Kein Kind zurücklassen!“ steht, von Anfang an unterstützt. Laut Sozialbericht NRW sind Kinder und Jugendliche überdurchschnittlich von sozialen Problemen betroffen. Mehr als jedes fünfte Kind gilt als armutsgefährdet.

Welche Rolle spielt die Freie Wohlfahrtspflege im Landesmodellvorhaben?

Debener: Das Angebot der Landesregierung, sich unmittelbar an der Arbeit der Landeskoordinierungsstelle zu beteiligen, ist bisher einmalig. Wir betrachten es immer noch als spannendes Experiment und prüfen jährlich kritisch die Fortsetzung unseres Engagements. Der Aufbau kommunaler Präventionsketten kann aber auch nicht ohne die Infrastruktur und Fachlichkeit der Freien Träger in den jeweiligen Kommunen geschehen. Dabei sehen wir uns nicht bloß als von der Kommune beauftragter Leistungserbringer, wir wollen mitgestalten und mitentscheiden.

Stichwort Mitgestaltung: Wie bringt sich die Freie Wohlfahrtspflege vor Ort ein, um

kommunale Präventionsketten auf- und auszubauen?

Debener: Unsere Angebote sind unmittelbare soziale Dienstleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger. Sie reichen von der Geburtsvorbereitung bis zur Sterbebegleitung. In der Kinder- und Jugendhilfe bringen wir die Erfahrung, Struktur und Fachlichkeit mit, die aus der jahrzehntelangen Arbeit vor Ort gewachsen ist. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind einfach nah dran an den Menschen und kennen deren Nöte und Bedürfnisse. Fast zehntausend Einrichtungen und Träger in NRW mit mehr als 750.000 Beschäftigten belegen das. Im Rahmen des Landesprogramms „Kein Kind zurücklassen!“ gibt es nun eine kontinuierliche Beteiligung der Arbeitsgemeinschaften der Freien Wohlfahrtspflege an den kommunalen Konferenzen und an anderen kommunalen Begleitstrukturen – unter anderem in Beiräten. Dies gilt inzwischen als Standard und ist auch ein Resultat der Mitwirkung der Freien Wohlfahrtspflege in der Landeskoordinierungsstelle. Durch eine landesweite Verbreitung der Erkenntnisse können die Arbeitsgemeinschaften der Freien Wohlfahrtspflege in NRW von diesen bereits erreichten Standards profitieren. So kann in neuen Modellkommunen die Einbindung der freien Träger von Beginn an gelingen. Darauf werden wir als Freie Wohlfahrtspflege auch achten.



Gibt es konkrete Beispiele?

Debener: Im Übergang von der Jugendhilfe zur Grundsicherung für Arbeitssuchende, Hartz IV, geraten viele Jugendliche unter die Räder. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den verschiedenen Einrichtungen weisen Politik und Verwaltung darauf hin, dass diese Investitionen in Jugendliche nur nachhaltig wirken, wenn es keine Brüche in der Begleitung und Betreuung gibt. Übergänge müssen gestaltet werden. Diese Erkenntnis hat vielfach zu einem Umdenken in den Jugendämtern und den Jobcentern geführt.

Sie sind als Fachreferent der Freien Wohlfahrtspflege in der Landeskoordinierungsstelle – welchen Input konnten Sie hier einbringen?

Debener: Hier geht es vor allem darum, die Strukturen, Angebote und Möglichkeiten der Freien Träger in den jeweiligen Modellkommunen deutlich zu machen. So schwierig wie für manche Träger das Verwaltungshandeln zu verstehen ist, so schwer sind für viele Verwaltungen auch die Strukturen der Freien Wohlfahrtspflege nachzuvollziehen. Transparenz in beide Richtungen zu schaffen, ist mein Anspruch. Das gelingt immer besser, ist aber sicher auch ein langjähriger Prozess. Weitere wichtige Themen sind der Ausbau von Vernetzungsstrukturen und Qualifizierung.

Welchen Impuls hat Ihre Mitarbeit bei „Kein Kind zurücklassen!“ für Ihre Arbeit in der Freien Wohlfahrtspflege?

Debener: Mein Wissen und Verständnis für Strukturen und Abläufe innerhalb der verschiedenen Ministerien der Landesregierung ist auf jeden Fall gewachsen. Das versuche ich zu vermitteln. Voneinander zu wissen ist die Voraussetzung für eine gute und ständig besser werdende Zusammenarbeit. Deshalb ist es gut, dass die Freie Wohlfahrtspflege auch an verschiedenen anderen Stellen beteiligt ist. Dazu gehört unter anderem der Sozialbericht des Landes NRW.

Was können Kommunen, die nicht an „Kein Kind zurücklassen!“ teilnehmen, vom Landesmodellvorhaben lernen?

Debener: Die Notwendigkeit, die Versäulung in der eigenen Verwaltung näher zu analysieren und in Richtung Prävention umzubauen. Ein Beispiel: Das Nebeneinander von Jugendamt, Jugendhilfeplanung und Jugendhilfeausschuss auf der einen Seite und Schulamt, Schulentwicklungsplanung und Schulausschuss auf der anderen Seite muss in eine enge Zusammenarbeit überführt werden. Ziel muss es sein, dass Kindern, Jugendlichen und Freien Trägern vor Ort nicht mehr Zuständigkeiten begegnen, sondern dass sie tatsächliche Unterstützung erfahren und konkrete Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner haben.

ZWISCHENBILANZ: VORBEUGUNG FUNKTIONIERT

Knapp zweieinhalb Jahre nach dem Start des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ zogen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, Dr. Brigitte Mohn, am 29. August 2014 im Rahmen einer ganztägigen Veranstaltung Zwischenbilanz.

Im Mittelpunkt standen die Erfahrungen und Entwicklungen der 18 Modellkommunen sowie erste Befunde aus der Begleitforschung. Sie zeigen, dass Vorbeugung funktioniert und dass Vorbeugung sich lohnt. Sie verdeutlichen zugleich, worauf es jetzt ankommt: vorhandene Ressourcen zu

bündeln, damit die gute Arbeit in den Kommunen fortgesetzt und Unterstützung dort geleistet werden kann, wo Kinder und Familien bisher nicht oder nicht ausreichend von vorbeugenden Angeboten erreicht werden.



GESUNDE LEBENSWELTEN GEMEINSAM GESTALTEN

„RUNDUM GESUND“ lautete das Motto der Fachtagung am 19. Februar 2015 in Bielefeld. Ob sich Kinder und Jugendliche gesund entwickeln, ist nicht nur eine Frage individuellen Verhaltens, sondern hängt davon ab, in welchem Lebensumfeld sie aufwachsen.

Raum zum Spielen, Freizeitangebote, gute Bildungseinrichtungen, die Möglichkeit mitzugestalten und vieles mehr sind Schutzfaktoren, die eine gesunde Entwicklung fördern. Auf der Tagung wurde Gesundheit als Querschnittsauf-

gabe diskutiert. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie es gelingen kann, Bedingungen zu gewährleisten, die das Kind und seine dauerhafte Umgebung ganzheitlich in den Blick nehmen.

Die Dokumentationen der Zwischenbilanz und Fachveranstaltungen stehen zum Download bereit unter:

www.kein-kind-zuruecklassen.de/veranstaltungsdocumentationen



GUTE PRAXIS: ÜBERGÄNGE VOM KIND HER GEDACHT

Im Rahmen des Landesmodellvorhabens arbeiten 18 Modellkommunen am Auf- und Ausbau kommunaler Präventionsketten. Besonders an biographischen Übergängen ist Unterstützung wichtig, damit ein gelingendes Aufwachsen – unabhängig von der sozialen Herkunft – möglich wird. Hierfür ist ein Perspektivwechsel notwendig: Die Übergänge müssen vom Kind her gedacht werden. Die Modellkommunen zeigen mit Beispielen guter Praxis, dass Vorbeugung funktioniert.

ELTERN WERDEN: VON DER PART- NERSCHAFT ZUR ELTERNNSCHAFT



ELTERN WERDEN: VON DER PARTNERSCHAFT ZUR ELTERN SCHAFT

Der Übergang in die Elternschaft stellt neben der großen Freude über die Geburt des Kindes häufig auch eine Herausforderung für die jungen Eltern und deren Partnerschaft dar.

Wie junge Frauen und Männer den Übergang in die Elternschaft erleben und bewältigen, hängt von vielfältigen Faktoren ab. So sind unter anderem die persönlichen Voraussetzungen und eigene Kindheitserfahrungen entscheidend dafür, wie sie die neue Situation bewältigen. Wenn diese eher negativ sind und Familien in Armut leben oder bei Überforderung nicht auf die Unterstützung anderer Menschen zurückgreifen können, kann dies schnell zu großen Belastungen für die noch jungen Familien werden. Daher haben Bund, Länder und Kommunen in den vergangenen Jahren besonders solche Angebote ausgebaut, die werdende Eltern bereits vor der Geburt unterstützen und auch nach der Geburt fortgesetzt werden können. Damit Familien nicht mit der Aufgabe überfordert werden, mit unterschiedlichen Fachkräften und Einrichtungen in Kontakt treten zu müssen, sollten Informationen und auch gezielte Vermittlungen zu den Angeboten über eine zentrale Koordinationsstelle im Sozialraum an die Familien gebracht werden. Die Devise lautet hier: Beratung aus einer Hand. Darüber hinaus muss der Zugang zu den Hilfen für die Familien möglichst einfach gestaltet werden. Angebote müssen wohnortnah sein und die unterschiedlichen Bedürfnisse von (werdenden) Familien berücksichtigen. Dabei geht es unter anderem darum, Informationen in verschiedenen Sprachen vorzuhalten und die Öffnungs- und Betreuungszeiten der Angebote an die zeitlichen Bedürfnisse von Familien anzupassen. Der Zugang zu den Familien gelingt besonders gut, wenn die Hilfe aufsuchend erfolgt (z. B. über Willkommensbesuche) und die Fachkräfte direkt auf die Familien

zugehen. Die drei nachfolgenden Praxisansätze aus den Städten Moers und Witten sowie dem Kreis Düren setzen diese Erfolgsfaktoren um und stellen exemplarisch neben vielen weiteren Angeboten in NRW einen gut funktionierenden Ansatz für junge Familien beim Eintritt in die Elternschaft dar.

Im Rahmen des Konzepts **„FaMOs – Familienstadt Moers“** bietet die Stadt in enger Zusammenarbeit mit der Freien Wohlfahrtspflege den Kurs „Eltern Stärken“ an. Bei mindestens sechs Treffen lernen die meist jungen Eltern, wie sie mit Unsicherheiten in der Erziehung umgehen. In einer vertrauensvollen Atmosphäre geben sie sich gegenseitig Tipps und tauschen ihre Erfahrungen aus. Das Besondere: Sie können im Kurs auch selbst Schwerpunktthemen setzen.

KiWi bedeutet **„Kind in Witten“**. Die Frühen Hilfen in Witten setzen sich aus mehreren Bestandteilen zusammen. Zum Baustein 0-3 Jahre gehören unter anderem ein Neugeborenenbesuchsdienst, eine Familienhebammensprechstunde, der Kurs „Eltern sein – Paar bleiben“ sowie KiWi-Gruppenmaßnahmen zur Stärkung der Elternkompetenz.

Das **Schnullercafé** ist ein niedrigschwelliges Angebot, das einmal pro Woche an einem zentralen Ort in der Stadt **Düren** stattfindet. In der Regel sind es junge Mütter, die hier Informationen und Beratung zu Ernährung, Pflege und Erziehung ihrer Babys bekommen. Regelmäßig anwesend sind auch Kinderkrankenschwestern oder Hebammen der Frühen Hilfen, die Tipps zum gesunden Aufwachen der Kinder geben.

UNTERSTÜTZUNG VON ANFANG AN

Der Kurs „Eltern Stärken“ in Moers hilft jungen Eltern mit ihren Babys, Unsicherheiten im Umgang mit ihren Kindern abzubauen und auf den neuen Alltag vorbereitet zu sein. Das kostenlose Angebot ist Teil des Konzepts „FaMOs – Familienstadt Moers“.



Christian und Jeanette sind gerade Eltern geworden. Für die beiden eine neue Situation, ihre Tochter Lea ist ihr erstes Kind. „Als ich von dem Kurs gehört habe, dachte ich, dass wir das gar nicht brauchen“, erzählt Mutter Jeanette. Aber schon beim ersten Besuch hat sie festgestellt, wie sinnvoll der Kurs für sie ist: „Anders als bei anderen Kursen geht es nicht darum, welches Kind als erstes Laufen lernt oder was es schon alles Tolles kann, das die anderen noch nicht können.“ Es gehe vielmehr darum, wie man mit bestimmten Situationen umgehe. Ehemann Christian ergänzt: „Ich war überrascht, wie locker und ungezwungen die Atmosphäre im Kurs war.“ Der Eltern-Kurs findet in der Regel sechs Mal statt. Maximal zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer können den Kurs besuchen. Die kleine Gruppengröße schafft eine vertrauens-

volle Atmosphäre. Das Angebot ist für alle Eltern der Stadt Moers attraktiv. „Es kommen Alleinerziehende, Paare, Menschen mit einem ausgeprägten Bildungshintergrund und solche, die eher bildungsfern sind“, erklärt Stephan Caniels vom Fachdienst Jugend und Soziales der Stadt Moers. Dabei werden im Kurs sechs Themen besprochen, beispielsweise die richtige Begleitung und Erziehung von Anfang an, der Umgang mit Werten und Wertvorstellungen, aber auch Möglichkeiten, wie sich die Eltern im Alltag entlasten können. Eine weitere Rolle spielt das Thema Vorsorgeuntersuchungen. Wenn es Bedarf im Kurs gibt, werden zusätzliche Termine angeboten. Die Gruppe kann darüber hinaus auch eigene Schwerpunktthemen bestimmen, die dann gemeinsam besprochen werden.

MOERS

104.009
EINWOHNER,
15.940 UNTER
18 JAHREN



„Die Vertrauen schaffende Atmosphäre in der Gruppe hat dazu beigetragen, dass der Kurs seinen Namen zu Recht trägt“, schwärmt der frischgebackene Vater Christian. „Die Gespräche mit anderen Eltern haben sehr gut getan und mir gezeigt, dass es nicht ungewöhnlich ist, wenn ich im Alltag mal gestresst bin oder mich überfordert fühle.“ Seine Frau Jeanette ergänzt: „Wir Eltern geben uns untereinander Tipps, wie man in der einen oder anderen Situation reagieren könnte. Oft habe ich mich in den Erzählungen anderer wiedererkannt.“ Ob sie etwas gelernt habe? „Ja, wir haben wirklich viele Dinge im Umgang mit unserer Tochter umsetzen können. Ich erwische mich jetzt oft dabei, dass ich versuche, mich in sie hineinzusetzen.“ Vom Kind her denken – ein Leitgedanke des Landesmodellvorhabens wird dadurch ganz praktisch umgesetzt. Von den teilnehmenden Eltern gibt es nur positive Rückmeldungen.

Dass der Kurs so gut angenommen werde, habe damit zu tun, so Stephan Caniels, dass er im sogenannten dialogischen Verfahren nach Johannes Schopp durchgeführt wird. „Wir wollen die Eltern nicht belehren im Sinne von richtig oder falsch, sondern bei zentralen Themen des ersten Lebensjahres dabei unterstützen, eine eigene Haltung zu entwickeln. Diese sollen sie vertreten können und dadurch Selbstwirksamkeit erleben.“ In der Kurs-Gruppe entstehe so ein gemeinsamer Denkprozess, in dessen Verlauf die Eltern die für sie passenden Antworten finden. Besonders das Jugendamt, das den Kurs initiiert hat, habe häufig ein schlechtes Image. „Völlig ungerechtfertigt, da wir uns als Jugendamt primär als Dienstleister für Eltern und Familien verstehen“, sagt Caniels. „Deswegen ist es umso schöner, wenn Eltern sagen, dass sie etwas im Kurs gelernt haben und ihn weiterempfehlen. Das hat eine besondere Qualität.“

Der Kurs „Eltern Stärken“ der Moerser Elternschule wird seit Herbst 2010 angeboten. Der kostenlose Kurs für Eltern mit Kindern bis zu einem Jahr findet wohnortnah statt – oft in einer Einrichtung der Stadt oder in Räumlichkeiten der Freien Träger. „Eltern Stärken“ ist ein stadtweites Regelangebot der Moerser Familienbildungsstätten im Verbund. Dazu zählen die Arbeiterwohlfahrt, das Neue Evangelische Forum/Familienbildungswerk Moers, das Deutsche Rote

Kreuz sowie das katholische Bildungsforum Duisburg-West. Die Freien Träger kooperieren dabei mit der Volkshochschule und dem Fachbereich Jugend und Soziales der Stadt Moers. Bislang wurden mehr als 50 Kurse angeboten und mehrere hundert Familien erreicht.

Eine Evaluation des Rhein-Ruhr-Instituts für Sozialforschung und Politikberatung aus Duisburg unterstrich noch einmal den sehr guten Einfluss des Kurses auf die Eltern. „Die Teilnahme wurde sehr positiv bewertet und als besonders wichtig wurde der Austausch mit anderen Eltern angesehen“, erklärt Dr. Michael Felder. Der persönliche Austausch helfe dabei, Angst zu nehmen und es bilde sich ein Zusammengehörigkeitsgefühl. „Die Gemeinsamkeit, Eltern zu sein – das verbindet.“ Durch das Angebot gelinge es zugleich, einen sicheren Rahmen zu geben und Anonymität nach außen zu wahren.

Der Kurs „Eltern Stärken“ ist Teil des Programms „FaMOs – Familienstadt Moers“. Unter diesem Titel firmieren die Moerser Hilfs- und Unterstützungsangebote. „Wir konzentrieren uns besonders darauf, wohnortnahe Angebote für Familien zu schaffen, die sie bei der Erziehung ihrer Kinder unterstützen“, erklärt Stephan Caniels. Dazu gehörten unter anderem Müttercafés, aufsuchende Projekte wie Opstapje, Hippy oder Marte Meo. Darüber hinaus sind alle Eltern eingeladen, am Screeningverfahren KinderZUKUNFT NRW der beiden Moerser Geburtskliniken teilzunehmen. Vor dem Jahr 2010 gab es kein Elternbildungsangebot, das sich mit den speziellen Fragestellungen von Eltern mit Kindern im ersten Lebensjahr befasst hat. Nach der Bedarfserkennung war es dem Jugendamt wichtig, in breiter Kooperation mit der Familienbildung vor Ort ein entsprechendes Angebot zu entwickeln.

Die Moerser Elternschule ist einer der ersten Bausteine in der Präventionskette der Stadt mit dem auch Eltern erreicht werden, die sonst nur sehr schwer in Kontakt mit der Stadt gekommen wären. Für das Angebot wird stadtweit mit Flyern geworben. Daneben werden alle Eltern Neugeborener beim Begrüßungsbesuch auf die Möglichkeit der kostenlosen Teilnahme am Elternkurs hingewiesen. Stephan Caniels: „So können wir sicherstellen, dass alle Eltern einen ersten Zugang zum Hilfe- und Unterstützungsangebot in Moers bekommen.“

FRÜHE HILFEN FÜR JUNGE FAMILIEN

„KiWi - Kind in Witten“ ist ein Programm zum präventiven Kinderschutz und ein Beitrag der Frühen Hilfen, mit dem die Stadt Witten Schwangere und Eltern mit Kindern bis zu drei Jahren begleiten, informieren und unterstützen möchte. Die Förderung der Beziehungs- und Erziehungskompetenz von Müttern und Vätern steht bei KiWi im Mittelpunkt. Dafür wurden kosten- und hürdenlose Angebote für Familien mit Kindern geschaffen.

Die Begrüßungsdienste bilden das erste Glied in der KiWi-Kette. Wenige Wochen nach der Geburt besucht eine Familien-Hebamme die jungen Eltern im Auftrag der Stadt Witten. Sie informiert, berät und hilft, von Anfang an die richtigen Antworten auf die Fragen rund um das Kind zu

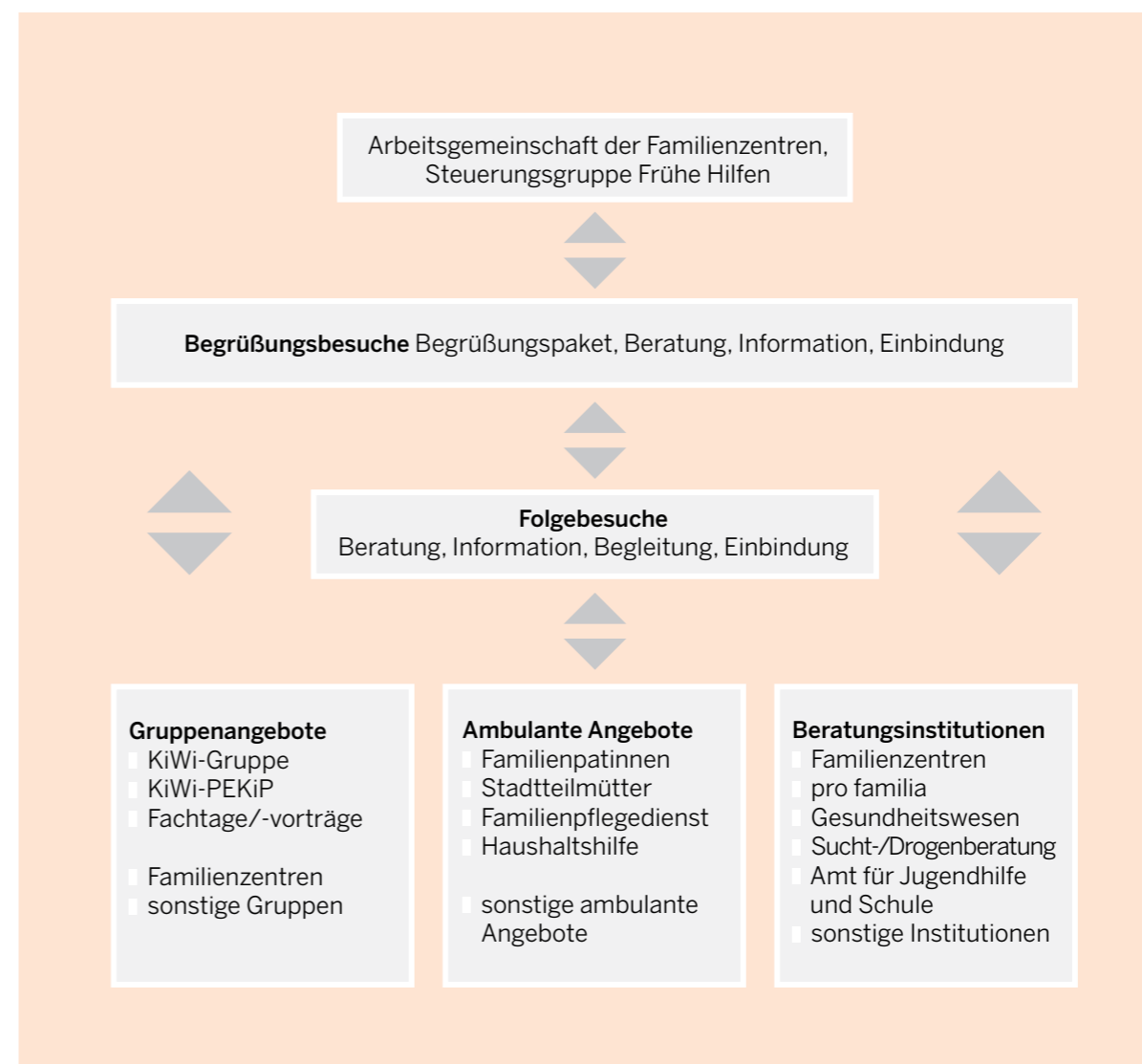
Familien die KiWi-Hebamme nach einer weiteren Geburt wieder einladen. 4.000 Besuche wurden seit 2009 durchgeführt. 80 Prozent der Familien wurden damit erreicht.

Zu den KiWi-Gruppenangeboten gehören die KiWi-Eltern-Kind-Gruppen und die KiWi-PE-KiP-Gruppen. Das Prager-Eltern-Kind-Programm ist ein Konzept für die Gruppenarbeit mit Eltern und ihren Kindern im ersten Lebensjahr. Das Frauenfrühstück und der Paarkurs „Eltern sein – Paar bleiben“ gehören ebenso dazu. Die Kurse werden von erfahrenen Fachkräften geleitet und sind bei den in Witten tätigen freien Trägern der Jugendhilfe angesiedelt. Themen wie Schlafen, Stillen, gemeinsames Spielen, Familie und Freiräume für das Paar werden von den Eltern eingebracht. Die Kursleitungen erweitern dieses Spektrum um Themen wie Bindung zwischen Eltern und Kind, Rollenverständnis, motorische und emotionale Entwicklung oder die Organisation von Kinderbetreuung durch Familie, Freunde oder Babysitter. Die Kursangebote seien sehr gefragt und würden kontinuierlich erweitert, um zum gesunden Aufwachen von Kindern beizutragen und deren Rechte auf Schutz, Förderung und Teilhabe zu sichern.

Wenn Familien weiteren Unterstützungsbedarf haben, können sie im KiWi-Programm relativ hürdenlos ambulante Hilfen erhalten, etwa durch Familienpatinnen oder den Familienpflegedienst. Durch die Niedrigschwelligkeit können Hilfen flexibel eingesetzt werden. Ziel dieser Hilfen ist es,



finden. Bei diesem Besuch überreicht sie ein Begrüßungsgeschenk mit Babyartikeln und dem KiWi-Elternbuch. Das Elternbuch enthält Tipps und Informationen zu wichtigen Angeboten für Eltern mit Neugeborenen in Witten und Umgebung. Die Palette reicht von rechtlichen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Fragen bis hin zu Beratungs-, Freizeit-, Sport- und Spielangeboten. Das freiwillige Begrüßungsangebot wird laut Jugendamt gern in Anspruch genommen. Die Familien sähen es als Serviceleistung, fühlten sich unterstützt und wertgeschätzt. Das sei daran erkennbar, dass bereits besuchte



die Erziehungskompetenz und die Alltagsorganisation der Eltern zu steigern und damit das physische und psychische Wohlbefinden kleiner Kinder zu sichern. Hinter der praktischen Arbeit steht ein Netzwerk aus verschiedenen Institutionen aus der Kinder- und Jugendhilfe und dem Gesundheitswesen. Gemeinsam arbeitet man in Witten daran, frühpräventive Unterstützung zu bieten und richtungswisende Entscheidungen durch Gremien zu steuern. So tauschen sich beispielsweise die Arbeitsgemeinschaft der Familienzentren und die Steuerungsgruppe Frühe Hilfen regelmäßig aus, sichern den Informationsfluss zwischen den Verbänden, Institutionen und Einzelakteuren, erörtern die Anpassung von Maßnahmen an Veränderungen und Entwicklungen, setzen Impulse und planen neue Angebote.

Perspektivisch will das Amt für Jugendhilfe und Schule mit den Frühen Hilfen in Witten das ganzheitliche lokale Unterstützungssystem weiter ausbauen – mit koordinierten Hilfsangeboten für Eltern, Kinder und Jugendliche ab Beginn der Schwangerschaft bis zur Volljährigkeit. Das erste Modul, KiWi – Kind in Witten, hat sich laut der Stadt Witten bereits zu einer Marke entwickelt und erfreut sich großer Beliebtheit. Der Aufbau der Module Frühe Hilfen II für die Drei- bis Sechsjährigen, Frühe Hilfen III für die Sechs- bis Zehnjährigen und Frühe Hilfen IV für die Teenies und Jugendlichen ist noch nicht abgeschlossen. Das Ziel ist, durch die Gestaltung eines familienfreundlichen Umfelds mit einer lückenlosen Präventionskette langfristig alle Kinder, Jugendlichen und Eltern in Witten zu erreichen.

WITTEN

96.382
EINWOHNER,
14.670 UNTER
18 JAHREN

WICHTIGE ANLAUFSTELLE IN DER STADT

Das Schnullercafé am Marktplatz in Düren ist eine zentrale Anlaufstelle für Eltern und ihre Babys. In vertrauter Runde tauschen sie sich mit anderen Eltern aus und kommen bei einem gesunden Frühstück auch mit Fachkräften ins Gespräch. Eine Kinderkrankenschwester beantwortet unter anderem Fragen rund um das gesunde Aufwachsen. Es zeigt sich: Durch die regelmäßigen Besuche werden die Eltern im Umgang mit ihren Kindern sicherer.



Jennifer ist 23 Jahre alt. Zusammen mit ihrem einjährigen Sohn Fynn trifft sie sich seit einem halben Jahr jeden Montagmorgen mit anderen Eltern. Sie spielen zusammen, sprechen miteinander über Erziehungsfragen und erleben gemeinsam eine schöne Zeit. Möglich wird das im Schnullercafé des Katholischen Forums für Erwachsenen- und Familienbildung Düren-Eifel. Die Zielgruppe: Eltern mit Kindern im ersten Lebensjahr. Einmal in der Woche findet das kostenlose Angebot in den Räumlichkeiten des Bürgerbüros direkt am Markt in Düren statt. Das Interesse ist groß – in der Spitze kommen bis zu 30 Eltern und Kinder.

„Ich fühle mich hier sehr wohl“, erzählt Mutter Jennifer. „Der Austausch mit den

anderen Eltern hilft mir dabei, im Umgang mit meinem Sohn noch sicherer zu werden.“ Sie selbst ist über eine Nachbarin auf das Schnullercafé aufmerksam geworden. Aus den regelmäßigen Besuchen sind viele Freundschaften mit anderen Eltern entstanden. „Wir treffen uns auch außerhalb des Schnullercafés und unternehmen gemeinsam etwas.“ Ihr Sohn Fynn lerne durch den Kontakt zu anderen Kindern sehr viel. Fynns Kinderarzt habe ihr sogar bescheinigt, dass ihr Sohn sehr gut entwickelt sei.

Die Eltern und Kinder profitieren auch von den Fachkräften, die das Schnullercafé vor Ort begleiten und das gesunde Frühstück vorbereiten. Ilona Schroeder steht als Pädagogin des Bildungsforums bei Erziehungs-

fragen zur Seite. „Es ist wichtig, dass die Eltern und Kinder lernen, bestimmte Regeln einzuhalten. Dazu gehört auch, dass nur am Tisch gegessen wird.“ Aber sie müsse sich manchmal auch um ganz praktische Probleme kümmern. „Wenn es Stress mit dem Freund oder dem Ehemann gibt, habe ich natürlich auch ein offenes Ohr.“ Neben einer ehrenamtlichen Kraft, die bei der Vorbereitung des Raums hilft, ist eine städtische Kinderkrankenschwester die zweite zentrale Ansprechpartnerin. Sie wiegt die Kinder regelmäßig und berät bei Gesundheitsfragen. „Normalerweise“, sagt Ilona Schroeder, „wäre das nicht immer ganz einfach, weil das Thema Gesundheit doch sehr privat ist.“ Aber die Kinderkrankenschwester kenne die meisten Eltern ohnehin

schon von den Babybegrüßungsdiensten, bei denen sie auch für das Schnullercafé werbe. „Dadurch entsteht natürlich ein tolles Vertrauensverhältnis. Darüber hinaus bleiben wir in Kontakt mit den Eltern, was manchmal gar nicht so einfach ist.“

Seine Popularität verdankt das Schnullercafé der zentralen Lage und leichten Zugänglichkeit. Der Besuch erfordert keine Anmeldung, alle sind willkommen. „Wenn die Leute in der Stadt sind, fällt ihnen unser Angebot gleich ins Auge“, erklärt Ilona Schroeder. Daneben machen sie regelmäßig Werbung mit Flyern. „Es ist ganz wichtig, dass wir auf die Leute aktiv zugehen. Man muss an die Leute ran.“ Aus dem regulären Schnullercafé ist mittlerweile auch ein

zweites Angebot entstanden. Jeden Mittwoch gibt es für eine Gruppe von Kindern ab dem ersten Lebensjahr eine besondere Förderung zur Bewegung, Sprache und musikalischen Erziehung. Ilona Schroeder denkt schon einen Schritt weiter: „So etwas bräuchten wir auch für Kinder von unter einem Jahr.“

„Für die Präventionskette im Kreis Düren ist das Schnullercafé ein wichtiger Baustein“, so Angela Stefan, Koordinatorin von „Kein Kind zurücklassen!“ im Kreis Düren. Es bilde eine Brücke zwischen dem Babybegrüßungsdienst und der Kita. „Das Schnullercafé ist eine wichtige Anlaufstelle für junge Familien und vermittelt im Bedarfsfall unkompliziert weitere Unterstützungsleistungen.“ Durch die Begleitung könnten Unsicherheiten abgebaut und die Eltern im Umgang mit ihren Kindern gestärkt werden. Finanziert wird das Angebot in Teilen durch das Landesprogramm „Elternstart NRW“. Das Konzept des Schnullercafés ist universell auf andere Kommunen übertragbar und damit ein ideales niederschwelliges Angebot, um Familien mit Hilfebedarf zu erreichen. „Seit den Sommerferien haben wir in der Gemeinde Kreuzau ein weiteres Schnullercafé eingerichtet“, erklärt die Leiterin des katholischen Trägers, Helga Conzen. Dort ergänze es die Angebote eines Familienzentrums. „Im kommenden Jahr wollen wir dann ein Schnullercafé in Jülich, der zweitgrößten Kommune im Kreis Düren, eröffnen“. Dabei müsse es, laut Koordinatorin Angela Stefan, nicht bleiben. „Wenn andere Kommunen Interesse haben, würden wir uns natürlich sehr freuen. Wir sind von dem Ansatz sehr überzeugt und sehen regelmäßig, dass es einen positiven Einfluss auf die Familien hat.“

Mutter Jennifer ist vom Schnullercafé begeistert. „Ich habe hier viele Freunde gefunden.“ Der einzige Wermutstropfen: In wenigen Wochen kann sie nicht mehr zum Schnullercafé kommen. „Dann fange ich eine Ausbildung an und mein Sohn geht in die Kita.“ Die schönen Erinnerungen nehme sie aber mit. Und die geschlossenen Freundschaften natürlich auch.

KREIS
DÜREN

258.760
EINWOHNER,
46.180 UNTER
18 JAHREN

A young child with short brown hair, wearing a blue hoodie with the text 'CAN IN 1989 DIVISION' on it, is smiling and looking towards the camera. The child is holding a grey toy car in their right hand and a green toy car in their left hand. In the foreground, there is a wooden play structure with a red roof and a white water tap labeled 'WATER'. To the left, there is a wooden play area with a blue and pink patterned wall and a red toy car on a track. The background is a grey concrete wall.

VON DER FAMILIE IN DIE KITA

VON DER FAMILIE IN DIE KITA

Der Übergang von der Familie in ein außerfamiliäres Betreuungsangebot stellt sowohl für die Kinder als auch deren Eltern eine Zeit dar, die von vielen starken Gefühlen geprägt ist. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Betreuung in einem eher familiären Rahmen bei einer Tagespflegeperson oder aber in einer größeren Gruppe umgesetzt wird.

Die positive Gestaltung dieses Übergangs und die Begleitung von Kindern und Eltern ist eine wichtige pädagogische Aufgabe, denn eine erfolgreiche Bewältigung erhöht zugleich die Wahrscheinlichkeit für das Gelingen weiterer Übergänge, wie etwa dem in die Grundschule. Ein zentrales Element in der Übergangsgestaltung ist die Eingewöhnung der Kinder, die als Qualitätsstandard gilt. Kinder werden eine bestimmte Zeit lang noch von ihrer Bezugsperson, meistens der Mutter, in die neue Umgebung und zu der neuen Betreuungsperson begleitet und es werden zunächst nur kurze Trennungsphasen umgesetzt. Wenn sich das Kind in der neuen Umgebung sicher fühlt und diese von sich aus erkundet, werden die Phasen der Trennung länger, bis das Kind es schließlich schafft, alleine in der Kita oder bei der Tagespflegeperson zu bleiben.

Der Übergang kann erleichtert werden, wenn Familien die Möglichkeit bekommen, die Einrichtung frühzeitig kennenzulernen. Insbesondere Familienzentren bieten vermehrt bereits auch Angebote für Familien an, die (noch) kein Kind in der Einrichtung betreuen lassen und werden so schon vor dem Übergang zu Anlaufstellen der Beratung und Unterstützung und zu einem Ort des Vertrauens. Nachfolgend werden gute Ansätze rund um die Phase des Übergangs von der Familie in die Kindertageseinrichtung aus den „Kein Kind zurücklassen!“-Modellkommunen Münster, Düsseldorf und Mönchengladbach vorgestellt.

Im Sozialraum Hassels-Nord in **Düsseldorf** werden seit dem Kita-Jahr 2013/2014 **Kita-**

Eingangsuntersuchungen vom Gesundheitsamt durchgeführt. Bei einem festgestellten Förderbedarf können so schneller und passgenauer entsprechende Hilfsangebote installiert werden.

Seit 2007 werden vom Gesundheitsamt der Stadt **Münster** in enger Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe in derzeit 20 Kindertagesstätten in Stadtteilen mit intensivem Unterstützungsbedarf einmal wöchentlich **Hebammensprechstunden** angeboten, um allen Müttern den Zugang zu Informationen und Hilfen im Gesundheitsbereich in einem geschützten Raum zu ermöglichen. Das Angebot erreicht auch Familien, die (noch) kein Kind in der Einrichtung betreuen lassen und kann so die Anbindung an die Kindertageseinrichtung erleichtern.

Die **Familienpatenschaften** sind Teil der Frühen Hilfen in **Mönchengladbach**. Dabei vermittelt der Sozialdienst katholischer Frauen im Auftrag der Stadt ehrenamtliche Familienpatinnen und -paten an junge Eltern. Das Angebot soll Familien mit Kleinkindern vor dem Kita-Alter Unterstützung im Alltag bieten.

„GESUNDHEIT IST EIN GUTER TÜRÖFFNER“

Im Düsseldorfer Stadtteil Hassels-Nord wurde die Kita-Eingangsuntersuchung eingeführt. In drei Kitas arbeiten dabei Erziehungsfachkräfte, eine Ärztin des Gesundheitsamts und die Präventionsmanagerin des Stadtteils mit den Familien Hand in Hand. Dr. Folke Schläger, Kinderärztin, Marina Krejci, Präventionsmanagerin in Hassels-Nord, Stefanie Plata, Kita-Leitung, Klaus Kaselofsky vom Jugendamt der Stadt Düsseldorf und Dr. Michael Schäfer vom Gesundheitsamt der Stadt Düsseldorf sprechen darüber, warum die Untersuchung den Grundstein für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Akteure legen kann.

Frau Dr. Schläger, Sie sind Ärztin beim Düsseldorfer Gesundheitsamt und führen die Untersuchungen in den drei ausgewählten Kitas in Hassels-Nord durch. Was genau wird da gemacht?

Dr. Schläger: Die Untersuchung findet in der Kita statt und dauert zwischen 30 und 60 Minuten. Es ist ein Entwicklungsscreening, bei dem die Eltern mit dabei sind. Seh- und Hörvermögen, die Grobmotorik und die Auge-Hand-Koordination werden getestet, ebenso die visuelle Wahrnehmung und die Sprache. Aber auch Parameter wie Konzentration und Aufmerksamkeitsfähigkeit oder emotionale Stabilität sind Untersuchungsgegenstand. Ich fülle dann einen Untersuchungsbogen aus, in dem die Ergebnisse des Screenings und die Anamnese festgehalten werden. Die Daten werden durch die Befragung der Eltern erhoben. Am Ende checke ich die Kinder noch einmal körperlich durch. Die begleitende Kinderkrankenschwester des Gesundheitsamts prüft das Impfbuch, misst Körperlänge und Körpergewicht und errechnet den Body Mass Index.

Welche Befunde machen Sie in so einer Untersuchung?

Dr. Schläger: Entwicklungsstörungen können durch viele Faktoren beeinflusst werden. Ich

möchte da nicht alles über einen Kamm scheren. Aber vielen Kindern fehlt Bewegung. Manche Vierjährige werden noch im Buggy zur Kita gebracht. Durch einen von den Eltern im Vorhinein ausgefüllten Fragebogen haben wir festgestellt, dass einige Kinder sogar schon vor der Kita fernsehen. Dies könnte eventuell ein Grund für Aufmerksamkeitsprobleme oder Übergewicht sein. Fehlernährung spielt oft auch eine Rolle. Da greifen Kinder sogar während der Untersuchung in Mamas Handtasche nach der Chipstüte. Manchmal liegt es aber auch an physischen Vorerkrankungen: Wir stellen beispielsweise Seh- oder Hörschädigungen fest, die Sprachstörungen verursachen können.

Frau Plata, Sie leiten die Kita und das Familienzentrum „In der Donk“ in Hassels-Nord. Wenn Frau Dr. Schläger bei einem Kind Ihrer Kita so etwas feststellt, was passiert dann?

Plata: Das sind dann Themen, die wir mit den Eltern besprechen, um zusammen das weitere Vorgehen zu planen. Als Familienzentrum haben wir natürlich tolle Möglichkeiten, um Unterstützung anzubieten. Hier im Haus gibt es Angebote einer Erziehungsberatungsstelle, wir haben Bewegungsangebote, Ernährungs- oder Rucksack-Sprachförderungskurse. Und wir haben Frau Krejci, die Präventionsmanagerin, mit im Boot.

DÜSSELDORF

597.102
EINWOHNER,
92.050 UNTER
18 JAHREN



Frau Krejci, was ist denn Ihre konkrete Aufgabe als Präventionsmanagerin im Rahmen der Untersuchung.

Krejci: Ich bediene die sozialpädagogische Seite und koordiniere das gesamte Projekt. Ich behalte die Entwicklung der Kinder weiter im Auge. In regelmäßigen Rücksprachen mit den Kita-Leitungen und in Fallbesprechungen erkundige ich mich, wie sich die Kinder weiter entwickelt haben. Wenn es über das Angebot des Familienzentrums hinaus noch Unterstützungsbedarf gibt, suche ich für die Familien nach passenden Angeboten im Sozialraum. Ich bin mit Akteuren hier in Hassels-Nord vernetzt und weiß, wo es die passenden Ansprechpartner und Angebote gibt.

Inwieweit stoßen Sie beim Vermitteln der Angebote auf Gegenwehr seitens der Eltern?

Plata: Es ist wichtig, wie man es rüberbringt. Ich begegne den Eltern wertschätzend und partnerschaftlich. Wenn ich sagen würde: „Sie haben da was nicht im Griff“, würde ich die Familien verärgern. Aber wenn ich sage, „das ging mir mit meinem Sohn damals ähnlich“ und dass mir ein bestimmtes Angebot sehr geholfen habe, dann ist die Bereitschaft der Eltern zur Zusammenarbeit höher.

Können Sie ein Beispiel nennen, wo Ihnen das gelungen ist?

Plata: In der Kita ist uns ein Kind aufgefallen, das kaum gesprochen hat. Die Eltern wollten aber keine Unterstützung in Anspruch nehmen. Bis wir Dr. Schläger dazu holen konnten. Sie hat den Eltern angeboten, nach Hilfe für das Kind zu suchen. Das hat den Fokus verlagert: Weg von der Angst, das Kind könnte behindert sein, hin zu einer Hilfsperspektive. Jetzt geht das Kind in eine andere Einrichtung mit passender Unterstützung. Das ist mein Lieblingsbeispiel aus der letzten Zeit. Das hätten wir nicht erreicht, wenn wir nicht so eng mit Frau Dr. Schläger zusammenarbeiten würden.

Sie, Frau Krejci, begleiten ja die weitere Entwicklung der Kinder nach der Untersuchung. Inwiefern konnten Sie feststellen, dass Ihr Vorgehen Wirkung zeigt?

Krejci: Man merkt den riesigen Unterschied, wenn man einige Monate nach der Untersuchung mit den Erzieherinnen und Erziehern spricht. Im Bereich Bewegung, Grobmotorik und Sprache hat sich zum Beispiel durch Bewegungs-, Spiel- und Tobeangebote des Familienzentrums oft schon viel zum Positiven verändert. Die Eltern werden auch immer offener für Unterstützung, je besser die vertrauensvolle Beziehung zwischen Eltern und den Kolleginnen

und Kollegen in den Kitas ist. Wenn sich dann etwa die Grobmotorik eines Kindes verbessert und es in diesem Bereich zusätzlich in der Kita oder im Stadtteil gefördert wurde, vermute ich, dass die getroffenen Maßnahmen die positive Entwicklung in jedem Fall unterstützt haben.

Dr. Michael Schäfer vom Düsseldorfer Gesundheitsamt, Sie stehen dem Düsseldorfer Programm „Zukunft für Kinder“ vor. Welcher Ansatz steckt hinter dem Konzept der Kita-Eingangsuntersuchung?

Dr. Schäfer: Frühe Hilfen helfen meistens – später oft nicht mehr so gut. Mit diesem Allgemeinplatz kann man das schon beantworten. Je früher eine Hilfe etabliert wird, desto besser können wir die Kinder vor der Einschulung unterstützen und Chancengleichheit im Bereich Entwicklung und Bildung herstellen.

Inwiefern ergänzt die Kita-Eingangsuntersuchung die regulären Vorsorgeuntersuchungen?

Dr. Schäfer: Wenn sie in eine Kinderarztpraxis gehen, bekommen Eltern Ergebnisse und Erkenntnisse geliefert. Damit werden sie dann nach Hause geschickt, müssen sich selbstständig auf die Suche nach Hilfe machen. Bei der Kita-Eingangsuntersuchung ist die weitere

persönliche Begleitung wesentlich. Frau Krejci bekommt mit, was kinderärztlich befunden wird und kann den Familien passende Unterstützung in Wohnortnähe anbieten.

Herr Kaselofsky, Sie sind kommunaler Koordinator von „Kein Kind zurücklassen!“ in Düsseldorf. Inwiefern lässt sich die Kita-Eingangsuntersuchung in das Leitbild von vorbeugender Politik einfügen?

Kaselofsky: Mit der Kita-Eingangsuntersuchung haben wir einen neuen Baustein für eine lückenlose Präventionskette geschaffen, um Kinder einerseits im Bereich Gesundheit, andererseits im Bereich Bildung frühzeitig individuell zu stärken. Durch die Koordination und Kooperation vor Ort arbeiten wir effektiv und effizient zusammen. Das schont Ressourcen. Das Thema Gesundheit ist ein guter Türöffner für die Zusammenarbeit mit den Eltern. Wir bauen quasi Hemmnisse ab, damit die Familien ihre Kräfte entfalten können.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft, Frau Krejci?

Krejci: Ich wünsche mir, dass die Zusammenarbeit mit den Akteuren im Sozialraum weiterhin gut gelingt und das gesundheitliche Aufwachsen der Kinder langfristig noch besser unterstützt werden kann.

INFORMIERTE ELTERN, GESUNDE BABYS

Unkomplizierte Beratung über Gesundheitsthemen und gerne noch ein paar Tipps für Unterstützungsangebote: Die erhalten junge Eltern in Münster in insgesamt 20 Kitas. In ausgewählten Stadtteilen mit besonderem Unterstützungsbedarf schauen wöchentlich Hebammen vorbei und beantworten die Fragen der Familien. In einem Zusatzangebot werden die Hebammen monatlich durch eine Sozialarbeiterin unterstützt.

Einmal in der Woche ist Hebammen-Sprechstunde in vielen münsterschen Kitas. Eltern erhalten dabei Zugang zu Informationen und Hilfen rund um das Thema Gesundheit für sich und ihr Baby. Ziel des Projekts ist, unter anderem Schwangere und junge Mütter dafür zu sensibilisieren, Vorsorgeuntersuchungen für ihre Kinder in Anspruch zu nehmen. Sechs – zum Teil interkulturell geschulte – Hebammen beraten zu typischen Themen, wie Schwangerschaft, Geburt, Nachsorge, das Stillen und die Babyernährung und -pflege, aber auch zu Säuglingssterblichkeit und Impfungen. Oft ging es auch um die Familienplanung, Verhütung oder die Rollenaufteilung zu Hause. Weil die Kitas teilweise als Familienzentren arbeiten und im Stadtteil vernetzt sind, können die Familien so ganz einfach an Deutschkurse, Babykurse, die Erziehungs- oder die Schuldnerberatung weitervermittelt werden. Das Angebot richtet sich insbesondere an Mütter, die nicht vom herkömmlichen Hilfesystem erreicht würden.

In ausgewählten Kitas, die vermehrt von Familien in prekären finanziellen Verhältnissen, Arbeitslosigkeit und mit wenig Wissen um Unterstützungsangebote in Anspruch genommen werden, gibt es monatlich das Tandem: Dabei wird die Hebamme von einer Sozialarbeiterin aus der Beratungsstelle Frühe Hilfen des Gesundheitsamts begleitet, um Fragen zu beantworten und um Unterstützung bei Sorgen und Nöte anzubieten. Unaufdringlich wird den Familien nebenbei das Beratungs-, Diagnostik- und Frühförderungsangebot der Beratungsstelle

vorgestellt. Mögliche Berührungsängste mit dem Gesundheitsamt soll der geschützte Raum im Kindergarten abbauen. Oft machten sich Mütter Sorgen um die Entwicklung ihres Kindes, hätten aber Bedenken, mit der Beratungsstelle Kontakt aufzunehmen, so das Gesundheitsamt. Wenn die Sozialarbeiterin im Tandem mit der Hebamme auftrete, könne dies Schwellenängste abbauen.

Die Hebammen-Sprechstunden kommen bei den Eltern gut an. Laut Befragungen haben viele Eltern eine tragfähige emotionale Bindung zu den Hebammen aufgebaut und nehmen die Termine gerne wahr. Insbesondere für Mütter sei das Gespräch unter Frauen ein wichtiger und emotional bedeutsamer Austausch. Ein Indiz dafür sei, dass die Frauen das Angebot sogar an Nachbarinnen oder Freundinnen weiterempfehlen, heißt es aus dem Amt. Das Angebot erreicht so auch Familien, die noch kein Kind in der Einrichtung betreuen lassen und kann so potenziell die Anbindung an die Kindertageseinrichtung erleichtern. Auch Familien mit geringen Deutschkenntnissen werden abgeholt. Denn viele der Hebammen haben eine eigene Migrationsgeschichte und sprechen mehrere Sprachen. Dies erleichtert den Zugang zur Hilfe. Durch die niedrigen Schwellen erreicht das Angebot Eltern, die sonst im öffentlichen Raum kaum auftreten.

Das Projekt ist Teil der Initiative „Gesund aufwachsen in Münster“, die Maßnahmen zur Gesundheitsförderung für Kinder und Familien bündelt. Durch die Vernetzung von Gesund-

MÜNSTER

300.267
EINWOHNER,
44.908 UNTER
18 JAHREN

heitswesen und Kitas habe sich eine intensive Kooperation entwickelt. Die verschiedenen Fachleute würden sich untereinander nun eher austauschen und die Abläufe der anderen Einrichtungen besser verstehen, heißt es aus dem Gesundheitsamt. Die Kooperation erfolgt fallbezogen und fallübergreifend. Gesundheit als festes Thema ist im Kita-Alltag etabliert und wird bei allen Angeboten mitgedacht. So geht die Hebamme auch mal in den Sprach-

kurs der Kita oder andere Mitarbeiterinnen des Gesundheitsamts werden themenbezogen hinzugezogen.

Das Konzept der Hebammensprechstunden hat sich bewährt. 2009 wurde es mit dem Gesundheitspreis des Landes NRW ausgezeichnet. Die Hebammensprechstunden wurden inzwischen zu einem von der Stadt finanzierten Regelangebot.



PATIN FÜR EIN JAHR

Die erste Zeit im Zusammenleben mit Kindern kann eine besondere Belastungssituation darstellen. In dieser kritischen Übergangsphase brauchen viele Eltern Unterstützung im Alltag. Der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) vermittelt deshalb in Kooperation mit den Frühen Hilfen des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie der Stadt Mönchengladbach ehrenamtliche Familienpatinnen und -paten an frisch gebackene Eltern und ihre Kinder. Das Angebot richtet sich an Familien mit Kindern bis zu sechs Jahren. Es schafft Entlastung insbesondere in der Zeit vor der Kita und begleitet den Übergang in diese erste Institution. Ein Besuch bei einer Patenfamilie.



Im Garten von Familie Wacker spielt in diesem Sommer das Leben. Emil, vier Jahre, und der sechsjährige Jakob klettern über den Wohnzimmerbalkon runter auf die Wiese und erklimmen das große eingesenetzte Trampolin. Darin sitzt eine ihrer liebsten Spielgefährtinnen und lässt sich durchschütteln: Ihre „Leih-Oma“ Stefanie Koch-Ewald.

Emil war zehn Monate alt, als Corinna Wackers Mutter starb. Der Tod ihrer Mutter riss eine große Lücke in das Herz und den Alltag der Familie. Plötzlich war da keine Oma mehr, die der Mutter helfen konnte, wenn ihr Mann auf der Arbeit war: „Es gab Zeiten, da konnte ich drei Monate lang nicht zum Friseur gehen“, erinnert sich Corinna Wacker. Als dann noch ihr Vater erkrankte, wurde die Situa-

tion immer schwieriger. „Ich hatte das Gefühl, meinen beiden Söhnen nicht mehr gerecht zu werden. Mir war klar, dass ich mir Hilfe holen muss, bevor es zu viel wird!“ Eine neue Oma, das wünschte sich Corinna Wacker. Irgendwo hatte sie schon mal von „Leih-Omas“ gehört und wendete sich mit dieser Frage an den städtischen Fachbereich Kinder, Jugend und Familie. Und tatsächlich: In Mönchengladbach vermit-

telt der SkF „Familienpatenschaften“. Sie sind ein Teil der städtisch finanzierten Frühen Hilfen, um Familien mit ganz kleinen Kindern vor dem Kita-Alter zu unterstützen.

Zur gleichen Zeit etwa ging die Rentnerin Stefanie Koch-Ewald zum Freiwilligenzentrum der Caritas und meldete sich für den Bereich „Kinder“ an. „Ich habe es im Leben immer sehr gut gehabt und nach der Pensionierung wollte ich ein bisschen von dem Guten weitergeben“, erzählt Koch-Ewald. Sie selbst wurde von der Schwiegermutter unterstützt, als ihre zwei Kinder noch klein waren. „Ich fand das so schön, jemanden bitten zu können: „Kannst Du mal kommen?“ Das wollte ich gern auch anderen zuteilwerden lassen.“

MÖNCHEN-GLADBACH

255.188
EINWOHNER,
42.060 UNTER
18 JAHREN



Mit ihrer Bewerbung wurde Stefanie Koch-Ewald an Antje Rometsch vom SkF vermittelt, die die Familienpatenschaften koordiniert. Qualifizierte Ehrenamtliche – geschult durch regelmäßige Fortbildungen – übernehmen dabei für einige Stunden in der Woche die Betreuung der Kinder, bieten Hilfestellungen im Alltag, bei der Suche nach einem Kita-Platz oder bei Behördengängen. Sie haben ein offenes Ohr bei Problemen und machen Mut. Antje Rometsch filtert die Interessen der Bewerber heraus und schaut, wer zu welcher Familie passen könnte. „Manche geben gern Sprachtraining, um die Kinder auf die Kita vorzubereiten, andere gucken gern durch die Papiere oder wollen durch Fahrdienste helfen.“ Corinna Wacker hat mit Stefanie Koch-Ewald die perfekte Patin gefunden.

Im Jahr 2012 lernten sich die beiden kennen: „Steffi war die Erste und blieb die Einzige. Wir haben uns sofort prima verstanden“, sagt Corinna Wacker. Ab diesem Tag zog frischer Wind ins Leben der Familie und ihrer neuen Patin ein. „Als Mutter hat man so viel im Kopf“, weiß Stefanie Koch-Ewald. „wenn ich hierher komme, stehen die Kleinen im Mittelpunkt.“ Während die Patin mit den Kindern spielte, vorlas oder tobte, konnte die Mutter Wäsche waschen oder ihren kranken Vater besuchen. Ein Spielesachmittag in der Kita oder der Kindergeburtstag: die „Leih-

Oma“ war zur Stelle. „Fährt man allein mit den Kindern in den Zoo, ist das ein Gewaltakt. Zu zweit war es richtig schön“, erinnert sich Corinna Wacker. Sollte sich während einer Patenschaft herausstellen, dass die Familien intensivere pädagogische Unterstützung brauchen, vermitteln die Frühen Hilfen an den Sozialen Dienst ihres Fachbereichs. Für die Wackers war die „Leih-Oma“ Entlastung genug.

Auch die Patin hat viel durch ihr Ehrenamt gewonnen. Die pensionierte Bautechnikerin hatte mit dem sozialen Beruf vorher nichts zu tun: „Da kam plötzlich Wärme in mein Leben. Wenn ich auf dem Fahrrad hierher fahre, strahle ich über das ganze Gesicht.“ Sie krabbelte barfuß in das kleine Plastikzelt der Kinder im Garten: Das Spielen und Toben mit Emil und Jakob macht der Patin sichtlich Freude. Den Kindern auch: „Am liebsten spiele ich mit Steffi mit meinem großen Puzzle“, sagt Emil, der aus dem Zeltfenster hinaus grinst.

Nach einem Jahr enden die „Familienpatenschaften“ offiziell. Stefanie Koch-Ewald kommt trotzdem noch regelmäßig vorbei. Sie sind Freunde geworden. „Wenn ich die beiden Kleinen heute so ansehe, dann bilde ich mir ein, auch einen kleinen Teil zu ihrer Entwicklung beigetragen zu haben“, sagt die Patin und liest den beiden Jungen weiter vor.

INFO

Der SkF sucht Ehrenamtliche, die sich im Patenschaftsprojekt für Familien engagieren wollen.

Weitere Infos unter:
familienpaten@skf-mg.de
und
fruehe-hilfen@moenchengladbach.de



**VON DER KITA
IN DIE GRUND-
SCHULE**

VON DER KITA IN DIE GRUNDSCHULE

Der Übergang von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule stellt üblicherweise den ersten Bildungsübergang im Leben eines Kindes dar, der mit einer Fülle von Veränderungen für das Kind einhergeht: Es kommt in eine neue Umgebung und lernt mit Lehrerinnen und Lehrern sowie Mitschülerinnen und Mitschülern viele neue Menschen kennen.

In der Schule gibt es andere Regeln, an die sich die Kinder anpassen müssen. Daneben herrscht dort ein anderer, stärker geordneter Tagesrhythmus, der den Bewegungsdrang deutlich beschränkt. Es gibt weniger Zeit, die das Kind frei gestalten kann. Umso wichtiger ist es, dass sowohl Kinder als auch Eltern an diesem Übergang von der Kita in die Grundschule gut begleitet werden. Dies gelingt am besten, wenn die beteiligten Einrichtungen zusammenarbeiten und der Übergang von den Fachkräften gemeinsam gestaltet wird. Ein weiterer Erfolgsfaktor ist die Einbindung von Eltern in die Übergangsgestaltung.

Der Übergang zur Grundschule gelingt gut, wenn bereits während der Zeit in der Kita zwischen Eltern und Fachkräften eine Erziehungspartnerschaft entsteht, in der beide Seiten vertrauensvoll im Sinne des Kindes zusammenarbeiten und den Blick auf das Erleben des Kindes richten. Aus dieser Perspektive heraus kann die bestmögliche Förderung des Kindes erfolgen, die durch den Austausch mit den Lehrkräften auch nach dem Wechsel in die Grundschule nahtlos fortgesetzt werden soll. Nachfolgend werden gute Ansätze aus der Praxis der Modellkommunen Gelsenkirchen, Gladbeck und Hamm vorgestellt.

Der **Gelsenkirchener Entwicklungsbegleiter** stellt eine effektive und individuelle Entwicklungsdokumentation dar. Dadurch können die Kita-Fachkräfte auf einen Blick sehen, wie sich die Kinder entwickeln. Berücksichtigt werden hier verschiedene Faktoren, die beim Aufwach-

sen eine Rolle spielen. Gleichzeitig wird möglicher Förderbedarf frühzeitig erkannt. Dadurch können Unterstützungsangebote entwickelt werden, die den Kindern helfen.

Der **Kooperationskalender** der Stadt **Hamm** gibt einen Überblick und Anregungen für begleitende Angebote zur Unterstützung des Übergangs Kita-Grundschule. Er zeigt Einzelmaßnahmen und gemeinsame Angebote der beteiligten Einrichtungen. Als gemeinsames Angebot wird das Schuleingangsgespräch empfohlen. Das ist ein Austausch aller Bildungspartner – also Elternhaus, Kita und Grundschule – kurz nach der Schulanmeldung. Für die Inhalte dieses Gesprächs enthält der Kalender einen strukturierten Leitfaden.

In **Gladbeck** haben sich alle Kitas und Grundschulen im Rahmen einer **Vereinbarung zur sprachlichen Bildung** für Kinder von 0-10 Jahren auf eine geregelte Zusammenarbeit in fünf Bildungsräumen geeinigt. Die Vereinbarung ist in einem zweijährigen Prozess gemeinsam entwickelt und von den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern der Kita-Träger und den zuständigen Schulrätinnen und Schulräten unterzeichnet worden. Wichtiger Bestandteil der Gladbecker Bildungsvereinbarung ist ein gemeinsames Verständnis von sprachlicher Bildung von Kindern.



DIE ENTWICKLUNG DER KINDER BEGLEITEN

In Gelsenkirchen profitieren Kinder in städtischen und freien Kitas von einer individuellen Entwicklungsdokumentation. Aber auch die Eltern und Fachkräfte haben einen Vorteil: Förderbedarfe und Potenziale werden frühzeitig erkannt. Dadurch können passgenaue Unterstützungsangebote entwickelt werden.

Holle Weiß sieht sich bestätigt. Neben Kitas freier Träger nutzen knapp 1.000 Erzieherinnen und Erzieher in 66 städtischen Kitas den Gelsenkirchener Entwicklungsbegleiter, an dem die Geschäftsbereichsleitung der Gelsenkirchener Kindertagesbetreuung (GeKita) mitgearbeitet hat. Die Erfahrungen sind durchweg positiv: „Es ist für uns die richtige Methode, um die Entwicklung von Kindern zu dokumentieren“, so Holle Weiß. Ziel sei es bei der Einführung im Jahr 2004 gewesen, ein Instrument zu entwickeln, mit dem Erzieherinnen und Erzieher im Kita-Alltag in kurzer Zeit die Entwicklung der

Jungen und Mädchen im Blick haben können. Mit dem Entwicklungsbegleiter sei dies problemlos möglich.

Stimmen die Eltern zu, wird ihr Kind während des Kita-Besuchs in den Bereichen Sprache, kognitive Entwicklung, soziale Kompetenz, sowie Fein- und Grobmotorik beobachtet. Dadurch wird festgehalten, wie es sich entwickelt. So sehen die Erzieherinnen und Erzieher direkt, ob sich das Kind dem Alter angemessen entwickelt oder ob noch Unterstützungsbedarf besteht. Auch Potenziale werden hier erkannt.

GELSEN-
KIRCHEN

258.766
EINWOHNER,
42.660 UNTER
18 JAHREN



Die Spannweite reicht vom Zeigen sechs verschiedener Körperteile über das Schließen dauerhafter Freundschaften bis hin zu einem 20 cm hohen Sprung aus dem Stand. Ist ein Kind so entwickelt, wie es allgemein für die Altersgruppe zu erwarten ist, machen die Fachkräfte ein Kreuz hinter die Fähigkeit. Die Gefahr von Fehleinschätzungen wird dabei konsequent vermieden. „Es schaut nicht nur eine Fachkraft auf das Kind, sondern ein ganzes Team“, erklärt Holle Weiß von GeKita. Im Alltag habe sich der Gelsenkirchener Entwicklungsbegleiter sehr bewährt. Am Ende der Kita-Zeit wird die Dokumentation den Eltern übergeben, die das Dokument dann der Grundschule vorlegen können, aber nicht müssen.

Eine Bildungsdokumentation, die auch die sprachliche Entwicklung berücksichtigt, ist inzwischen für alle Kitas vorgesehen. Für die Kitas sei eine solche Entwicklungsdokumentation sehr hilfreich, so Holle Weiß: „Oft ist das Bauchgefühl bei der Einschätzung des Entwicklungsstands eines Kindes schon richtig. Aber bei der Dokumentation gab es häufig noch Fragestellungen oder Unklarheiten.“ Hält das Kind den Malstift richtig? Wie ausgeprägt ist die feinmotorische Bewegung? Mit dem Entwicklungsbegleiter gibt es nun ein standardisiertes Verfahren, das

bei Kindern ab drei Jahren bis zum Wechsel in die Grundschule eingesetzt wird, und mit sehr wenig Aufwand dokumentiert, welche Fortschritte die Jungen und Mädchen machen. Bei möglichen Unterstützungsbedarfen können – nach Rücksprache mit den Eltern – Kinderärzte oder Erziehungsberatungsstellen direkt einbezogen werden. Um einen klassischen Entwicklungstest handele es sich aber nicht, erklärt Holle Weiß. „Wir schaffen keine konkrete Testsituation, sondern nehmen konkrete Alltagsbeobachtungen auf.“ Überhaupt sei der Entwicklungsbegleiter vielmehr ein Instrument, von dem nicht nur Kinder, sondern auch Eltern und Fachkräfte profitieren sollen.

Simone Koch nutzt den Entwicklungsbegleiter im Alltag seit vielen Jahren in der Kita Vinkestraße im Gelsenkirchener Norden. Die Arbeit sei für sie deutlich leichter geworden. Das liege auch daran, dass der Entwicklungsbegleiter ein Instrument aus der Praxis für die Praxis ist. „Wir führen zwei Mal im Jahr ein Elterngespräch durch. Hier hilft uns diese Dokumentation wirklich sehr, denn der Entwicklungsbegleiter ist ein guter Ausgangspunkt für das Gespräch“, so Koch. Für Eltern sei es wichtig, dass sie so etwas schwarz auf weiß sehen könnten, wenn man über das eigene Kind spricht. Dadurch könnten sie und ihre

Kolleginnen und Kollegen positive Entwicklungen hervorheben, aber auch zeigen, wo der Schuh drücke. „Die Eltern sind in der Erziehung der Kinder wichtige Partner für uns. Oft kennen sie den Entwicklungsstand ihres Kindes von zu Hause bereits sehr gut. Aber manchmal sind sie auch von Dingen überrascht.“ Hierzu zählten dann vor allem motorische Fähigkeiten, wie Seilchen springen, einen Ball fangen oder auf einem Bein stehen. Und wenn der Nachwuchs noch nicht alles kann, was der Entwicklungsbegleiter vorgibt, ist das kein Grund zur Sorge: „Bloß keine Panik“, erklärt Erzieherin Koch. Das gebe sich in der Regel noch. „Insgesamt haben wir mit der Dokumentation bislang nur gute Erfahrungen gemacht.“ Eingesetzt wird der Entwicklungsbegleiter in allen sieben Gruppen der Kita Vinkestraße.

Für Dagmar Eckart, Koordinatorin von „Kein Kind zurücklassen!“ in Gelsenkirchen, reiht sich die Dokumentation sehr gut in die lokale Präventionskette der Stadt ein. „Diagnostik ist immer Grundlage für eine passgenaue und optimale Förderung. Nur wenn wir wissen, wo das Kind in seiner Entwicklung steht, können wir zielgerichtet unterstützen.“ Man wollte mit der städtischen Präventionsstrategie schließlich eins sicherstellen: das

gelingende Aufwachsen aller Kinder – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Der Entwicklungsbegleiter sei für die vorbeugende Arbeit sehr nützlich. „Er ist in der Benutzung sehr einfach und wird auch von den Eltern verstanden, die nicht unbedingt alle ein Pädagogikstudium absolviert haben“, so Eckart. Kann die Stadt Gelsenkirchen – trotz des hohen Datenschutzes – etwas mit den Angaben anfangen? „Ja“, erklärt Koordinatorin Eckart: „Eine anonymisierte Auswertung kann eine wichtige Steuerungsinformation darstellen. Besonders die sozialräumliche Analyse im Zusammenhang mit anderen Daten zeigt uns, wo wir noch unterstützend tätig werden oder unsere Angebote nachbessern müssen.“ Entwickelt wurde der Entwicklungsbegleiter von der achtköpfigen Arbeitsgruppe „Früherkennung“ der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Gelsenkirchen. Der Fokus der Entwicklungsdokumentation soll in Zukunft auch auf Kinder unter drei Jahren ausgeweitet werden. „Frühkindliche Bildung fängt ja schon fast dann an, wenn das Baby den Mutterleib verlässt“, findet Eckart. Die Entwicklung eines U3-Entwicklungsbegleiters sei deshalb die logische Konsequenz und ergänze die lokale Präventionskette um ein wichtiges Element der Früherkennung.

„SINNVOLLE KOOPERATIONEN ZWISCHEN KITA UND GRUNDSCHULE“

Wie können Kita-Kinder nach dem Wechsel in die Schule optimal weiter begleitet und vorhandenes Wissen über die Kinder in der neuen Institution genutzt werden? Das zeigt jetzt der Übergangskalender aus Hamm, den Sabine Schilhabel-Henning von der Selmigerheideschule aus der Arbeitsgruppe Grundschul-Alter und Achim Helbert vom Jugendamt aus der Arbeitsgruppe Kita-Alter mitentwickelt haben. Sie sprechen über Sinn und Zweck des Kalenders und wie damit der Übergang ab zwei Jahren strukturiert begleitet werden kann.

Frau Schilhabel-Henning, was verbirgt sich hinter dem Hammer Übergangskalender?

Schilhabel-Henning: Alle Akteure, die mit dem Übergang beschäftigt sind – insbesondere das pädagogische Personal in den Kitas und Grundschulen – erhalten darin einen Überblick und Anregungen für begleitende Angebote zur Unterstützung des Übergangs Kita-Grundschule. Die Einzelangebote mit den beteiligten Akteuren werden in der handlichen Broschüre am Anfang in einer kurzen Übersicht aufgeführt. Im Hauptteil werden sie dann genauer vorgestellt. Darunter sind Tipps für gemeinsame Arbeitsgruppen und Netzwerke, Ausflugsvorschläge, Lernvorhaben und Unterrichtsprojekte, die sich ohne Weiteres jahrgangs- und institutionsübergreifend organisieren und durchführen lassen.

Was genau kann man sich unter diesen Angeboten vorstellen, die der Übergangskalender empfiehlt?

Schilhabel-Henning: Das Verständnis vom Zusammenwirken ist Basis des Kalenders. Beispiele für sinnvolle Kooperationen zwischen Kita und Grundschule sind die Kontakt-

aufnahme zwischen Schulleitung und Leitung der Kindertageseinrichtung ein Jahr vor der Einschulung oder der „Tag der offenen Tür“ in der Grundschule im Herbst vor der Einschulung. Daneben gibt es auch Angebotstipps, die nur von einer Institution ausgehen, so etwa die Bildungsdokumentation, die die Kita und die Eltern beim Austritt aus der Kita erstellen. Das Herzstück des Kalenders ist der Leitfaden zum Schuleingangsgespräch, das Eltern und Lehr- und Kitafachkräfte gemeinsam führen können.

Herr Helbert, was genau brauchen Kinder denn am Übergang?

Helbert: Natürlich ist es wichtig, dass Kinder beim Übergang unterstützt werden, die Schule kennenlernen, Ängste genommen werden. Im Übergangskalender geht es mehr darum, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie das vorhandene Wissen an die Grundschulen weitergegeben werden kann. Das Kind ist eine Anzahl von Jahren in der Kita gewesen, wurde dort individuell gefördert. Was in dieser Institution begonnen wurde, soll in der Schule weitergehen. Dafür gibt der Kalender Empfehlungen.

HAMM

176.037
EINWOHNER,
31.660 UNTER
18 JAHREN



Wie soll das gelingen? Was empfiehlt der Übergangskalender, damit die Institutionen sinnvoll miteinander kooperieren?

Helbert: Gemeinsame Fortbildungen von Erzieherinnen und Erziehern sowie den Lehrkräften können gemeinsame Leitbilder und Förderkonzepte schaffen. Den Wissensaustausch fördern etwa Hospitationen von Lehrkräften in der Kita und eben das Schuleingangsgespräch, für das unser Interviewleitfaden Gestaltungstipps gibt. Datenschutzaufgaben verhindern, dass Kitas die Infos einfach an die Schule weitergeben können. Beim Schuleingangsgespräch aber tauschen sich die Eltern und die Kita- und Grundschulfachkräfte gemeinsam aus: darüber, was das Kind bisher geleistet hat, was es gern mag oder in welchen Bereichen es inte-

ressiert ist. Die Eltern können erzählen, was wichtig ist und die Lehrerin oder der Lehrer können sich notieren, was da eigentlich für ein Kind kommt.

Welchem Problem soll der Übergangskalender langfristig vorbeugen?

Helbert: Hinter dem Kalender steht kein Negativaspekt. Wir gehen davon aus, dass viele Kitas und Grundschulen schon wissen, wann es Sinn macht, zu fördern. Aber noch setzt es individuelle Absprachen voraus. Was gut läuft, ist zurzeit noch ins Belieben der Handelnden gesetzt. Der Übergangskalender soll es strukturieren und Orientierung geben – durch die gesammelten guten Ideen aller Beteiligten.

Der Übergangskalender wurde im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!“ in den Arbeitsgruppen Kita und Grundschule erarbeitet und an alle Grundschulen und Kindertagesstätten in Hamm verteilt. Online ist er auf www.hamm.de zu beziehen. Der Leitfaden wurde gesondert an alle Einrichtungen verschickt und kann ebenfalls heruntergeladen werden.

SPRACHE ALS SCHLÜSSEL ZUR INTEGRATION

Im Rahmen einer Bildungsvereinbarung arbeiten in Gladbeck Fachkräfte amts- und institutionsübergreifend an der Verbesserung der Sprachbildung von Kindern zwischen null und zehn Jahren. Im Mittelpunkt stehen gemeinsame Standards und ein klares Bekenntnis zur Mehrsprachigkeit. Eltern und Familien sind dabei zentrale Bildungspartner.

„Sprache ist Grundvoraussetzung für eine gelingende Bildungsbiografie von Kindern und Jugendlichen“, erklärt der Erste Beigeordnete der Stadt Gladbeck, Rainer Weichelt. „Denn gute Sprachkenntnisse sind der Schlüssel zu allen Bildungsebenen.“ Damit alle Kinder Chancen auf gute Bildung haben, wird in Gladbeck die methodische Begleitung und Förderung der Kinder in Kitas und Grundschulen stadtweit aufeinander abgestimmt. „Unser Ziel ist es, alle Kinder in ihrer Sprachentwicklung von frühester Kindheit an zu begleiten und zu unterstützen“, so Weichelt. Fast jedes zweite Kind wachse in Gladbeck nicht mit der Muttersprache Deutsch auf.

Die zentrale Säule bei diesem Bestreben ist die Gladbecker Bildungsvereinbarung, die über das Programm „Lernen vor Ort“ von Recklinghausen nach Gladbeck transferiert wurde. Die Besonderheit der Bildungsvereinbarung liegt in ihrer Struktur: Leitlinien und Vereinbarungen werden stadtweit über eine Entwicklungsgruppe abgestimmt, die genaue Ausgestaltung wird jedoch vor Ort in den sogenannten Bildungsräumen festgelegt. So entsteht ein gemeinsamer Qualitätsrahmen, der aber auch Raum für die Besonderheiten im Quartier zulässt. Die Bildungsvereinbarung dient im Alltag als Orientierungshilfe für das pädagogische Handeln der Fachkräfte im Sprachbereich und ermöglicht gleichzeitig Transparenz der Angebote in den verschiedenen Einrichtungen. Marion Purrnhagen, Fachberaterin der städtischen Kindertageseinrichtungen in Gladbeck, erklärt: „Wir haben mit der Bildungsvereinbarung auf bereits bestehende Strukturen aufgebaut, um keine Parallelstrukturen zu schaffen. Die Bildungsräu-

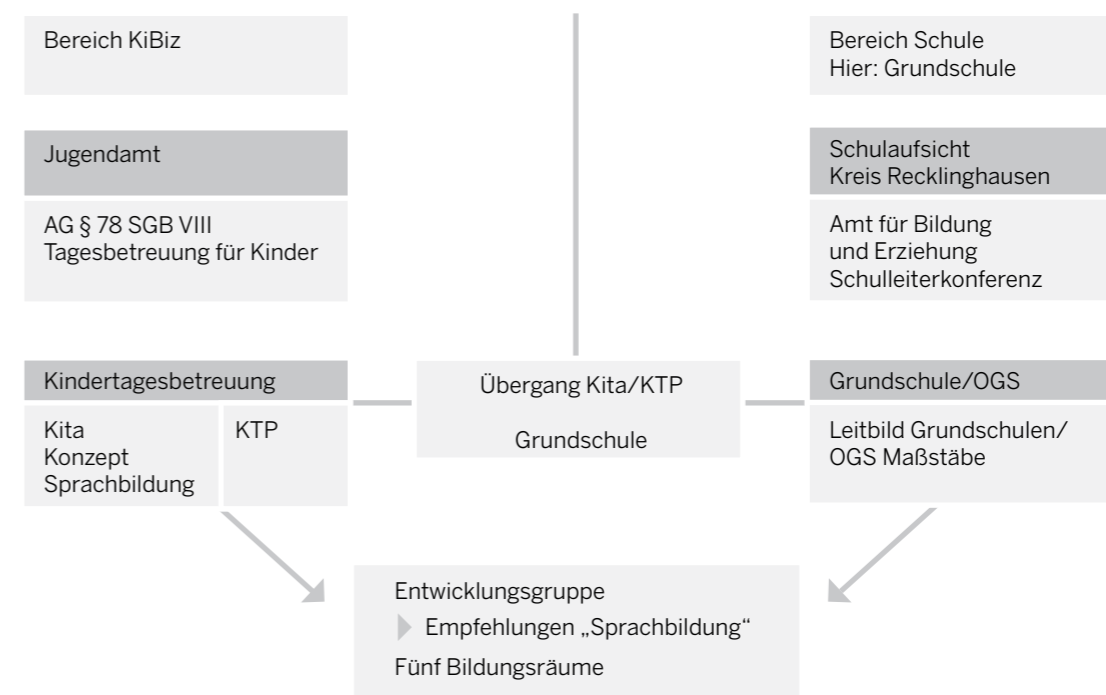
me sind bewusst rund um bereits kooperierende Schulen und Kitas geschaffen worden.“

Im Dezember 2014 haben alle Bildungsträger die Bildungsvereinbarung unterzeichnet. In insgesamt fünf Bildungsräumen, die mit 48 Kitas und Grundschulen die ganze städtische Bildungslandschaft in diesem Bereich abdecken, steht die sprachliche Entwicklung von Kindern zwischen null und zehn Jahren im Mittelpunkt. Durch die Bildungsvereinbarung ist das Thema in der Stadt nun fest verankert. Der Erste Beigeordnete, Rainer Weichelt, freut sich besonders über das Bekenntnis zur Mehrsprachigkeit: „Sprache ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und gute Bildung.“ Aber natürlich solle die Muttersprache weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Kontakt zur deutschen Sprache muss laut Bildungsvereinbarung aber auch gesucht werden. Dies könne auch durch gemeinsame Freizeitaktivitäten gelingen. Eine Sensibilität für Fremdsprachen, in denen keine Artikel verwendet werden, ermöglicht einen anderen Blick auf die Sprachbildung. „Wenn Lehrkräfte wissen“, so Marion Purrnhagen, „dass ein Kind mit so einer Muttersprache aufgewachsen ist, kann man hier entsprechende Hilfestellung geben. Da sind falsche Artikel am Anfang überhaupt nicht schlimm.“ Die fünf Bildungsräume sollen nach dem Wunsch der Fachkräfte mit der vorhandenen Organisationsstruktur mittelfristig zum Beispiel auch für das Thema „MINT“ genutzt werden.

Das Konzept bewirkt, dass Kitas und Grundschulen miteinander ins Gespräch kommen und

MINT ist eine zusammenfassende Bezeichnung von Fächern und Berufen aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik.

Gladbecker Bildungsvereinbarung Sprachbildung/Sprachförderung



sich enger vernetzen. In ganz Gladbeck werden jetzt darüber hinaus in den Bildungsräumen Vereinbarungen für eine gelingende Übergangsgestaltung getroffen, die bis September 2014 in einem Modellprojekt in der Stadtmitte entwickelt wurden. „Im Alltag zählen dazu unter anderem ein intensiver fachlicher Austausch, die Nutzung eines Kooperationskalenders zwischen Kita und Grundschule sowie eine umfassende Bildungsdokumentation“, berichtet Marion Purrnhagen. „Die Fachlichkeit der Maßnahmen soll regelmäßig an die aktuellen wissenschaftlichen Entwicklungen angepasst werden, unter anderem durch regelmäßig stattfindende Fachtage oder gemeinsame Fortbildungen. Hierdurch entsteht eine gemeinsame Verantwortung der Systeme für eine gelingende Bildungsbiografie der Kinder.“

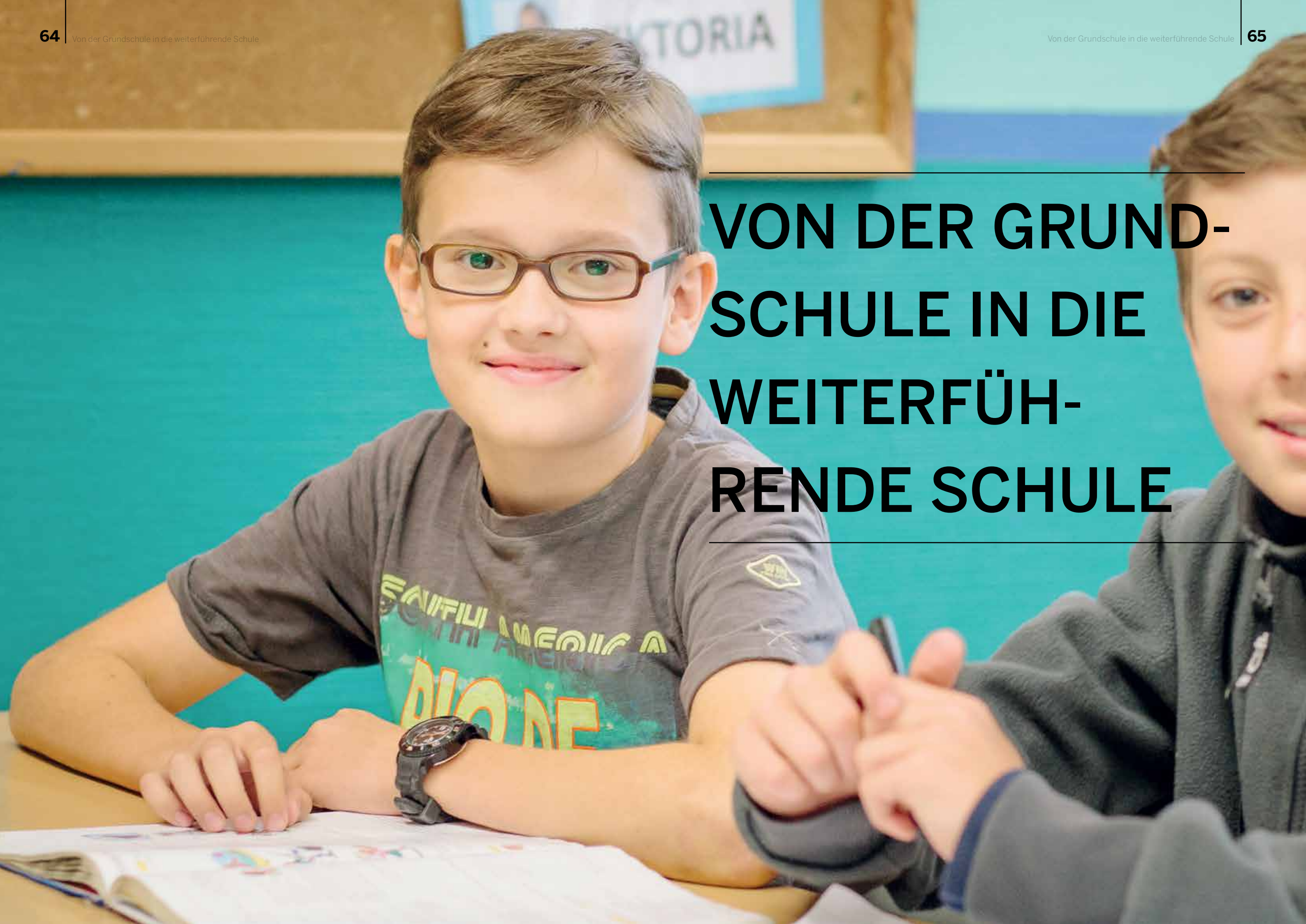
In den einzelnen Bildungsräumen wird die Organisation gemeinsamer Treffen von den Kitas und Grundschulen im Wechsel wahrgenommen. Der Austausch in den eingerichteten Bildungsräumen findet mindestens zwei Mal im Jahr statt. Die Entwicklungsgruppe, die die Bildungsvereinbarung auf den Weg gebracht hat, wird von der Stadt Gladbeck koordiniert. Zur Entwicklungsgruppe gehören unter anderem das Amt für Bildung und Erziehung, das Amt für Jugend und Familie sowie das Amt für Integration und

Sport. Daneben waren auch die Grundschulen, der Offene Ganzttag sowie die Träger und die Leitungen der Kitas und die Kindertagespflege eingebunden. Die Entwicklungsgruppe tauscht sich regelmäßig mit den Bildungsräumen aus und entwickelt Qualitätskriterien und Standards der Vereinbarung weiter.

Gladbeck arbeitet seit Jahren an einer abgestimmten guten Sprachbildung und hat mit seinen Bemühungen großen Erfolg. „Das Kreisgesundheitsamt Recklinghausen hat uns 2013 bescheinigt, bei der Sprachbildung die schlechtesten Voraussetzungen zu haben, aber die besten Ergebnisse zu erzielen.“ Demnach können 48 Prozent aller Kinder, die in Familien aufwachsen, in denen die Muttersprache nicht Deutsch ist, die deutsche Sprache altersgemäß sprechen. Damit liegt die Stadt Gladbeck über dem Niveau des Kreises Recklinghausen (40 Prozent). Es zeigt sich: Die alltagsintegrierte Sprachbildung, Projekte wie „Griffbereit“, Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration und die intensive Zusammenarbeit zwischen Kitas und Grundschulen wirken. Eltern spielen hierbei eine zentrale Rolle. „Sie sind bei unserem Bestreben wichtige Erziehungspartner“, erzählt Fachberaterin Purrnhagen. „Sie werden eng in den Prozess mit eingebunden.“

GLADBECK

73.974
EINWOHNER,
12.800 UNTER
18 JAHREN



VON DER GRUND- SCHULE IN DIE WEITERFÜH- RENDE SCHULE

VON DER GRUNDSCHULE IN DIE WEITERFÜHRENDE SCHULE

Der Übergang von der Grundschule in eine weiterführende Schule stellt für die Bildungsbiografie von Kindern und Jugendlichen einen der bedeutendsten Übergänge dar. Er hat weitreichenden direkten und indirekten Einfluss auf den individuellen Bildungsweg und den späteren Zugang zu weiterführenden Bildungs- und Berufsmöglichkeiten.

Bei den Kindern stehen nicht nur Sorgen um ihre zeitliche Belastbarkeit und die Eignung für die neue Schulform im Vordergrund, sondern auch um die mit dem Wechsel verbundenen äußeren Veränderungen. Vor allem der Umgang mit neuen Mitschülerinnen und Mitschülern sowie Lehrkräften ist zunächst mit Unsicherheiten behaftet.

Aber auch die Eltern spielen eine wichtige Rolle, sind sie es doch, die alleine darüber entscheiden, welche Schulform ihr Kind zukünftig besuchen soll. Das Bildungswesen hat sich seit der Schulzeit der Eltern massiv verändert. Daher ist es wichtig, dass den Familien das aktuelle Anforderungsprofil der einzelnen weiterführenden Schulformen und auch das Leistungsprofil ihres Kindes transparent gemacht werden. Eltern – vor allem aus bildungsfernen Schichten – sollen die Übergangsentscheidung nicht aus Unkenntnis und damit letztlich aus Angst vor dem Unbekannten treffen.

Die Schulen selbst bemühen sich zunehmend darum, den Kindern den Übergang zu erleichtern, indem sie schulformübergreifend zusammenarbeiten. Durch Hospitationen oder gemeinsame Fortbildungen suchen sie engen Kontakt untereinander. Dadurch erfahren die Schulen erheblich mehr voneinander, so dass sie die Situation der Kinder und die Bedingungen der abgebenden und der aufnehmenden Schulen besser erfassen können.

Der **Dormagener Übergangsordner** liefert verschiedene Anregungen und eine Samm-

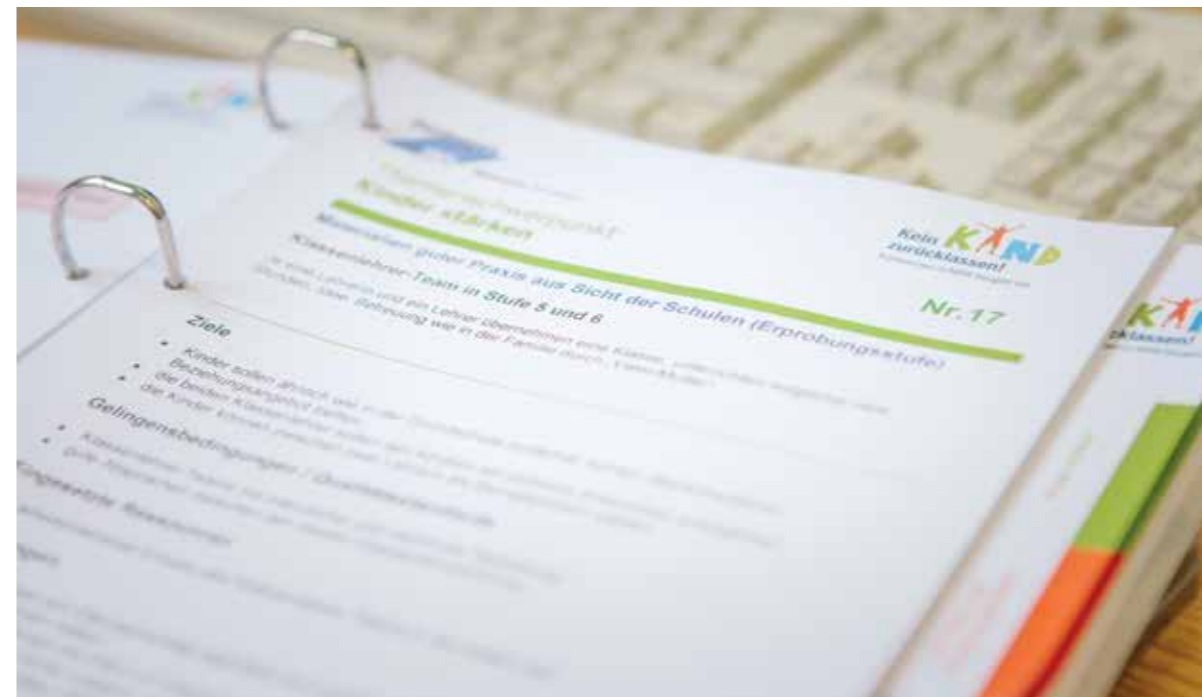
lung von Praxisbeispielen, um sowohl die Schüler und ihre Eltern zu stärken als auch die Lehrkräfte und Kooperationspartner zu sensibilisieren und zu unterstützen. Besonders wichtige Maßnahmen werden als Qualitätsstandard vorgeschlagen. Durch diesen permanent angelegten Wissenstransfer profitieren alle Schulen im Stadtgebiet.

In **Oberhausen** arbeiten Grund- und weiterführende Schulen im Netzwerk „**Schulen im Team**“ zusammen. Im Rahmen der Netzwerkarbeit haben sich beide Schulformen im Rahmen von Hospitationen und gemeinsamen Fortbildungen besser kennengelernt. Sie sind nun dafür sensibilisiert, wie der jeweils andere Schultyp arbeitet. Das gemeinsame Ziel: einen gelingenden Übergang für alle Kinder ermöglichen.

In **Wuppertal** bilden sich Grundschulen mit dem Programm „**Sprachschätze**“ zu aktuellen Themen im Umgang mit Mehrsprachigkeit fort. Die Expertinnen und Experten der Kommunalen Integrationszentren NRW bringen dabei ihre langjährige Erfahrung im Themenfeld „Durchgängige Sprachbildung“ ein und erarbeiten gemeinsam mit den Grundschulen zukunftsfähige Konzepte einer inklusiven Schulentwicklung. Das Ziel ist die Verbesserung der Sprachkompetenz, um so den Bildungserfolg aller Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen. Damit verfolgt die Maßnahme letztlich das Ziel, gerechte Startvoraussetzungen für den Übergang in die weiterführende Schule zu schaffen.

GEBÜNDELTES WISSEN HILFT ALLEN

In Dormagen profitieren Schülerinnen und Schüler beim Wechsel von der Grundschule in die weiterführende Schule seit diesem Schuljahr von einem Übergangsordner. Hier finden die Lehrkräfte aller Schulen der Stadt konkrete Beispiele, wie der Übergang besonders gut gestaltet werden kann. Die Entwicklung des Übergangsordners hat daneben zu einem intensiven Austausch zwischen den Schulen geführt.



Das fünfte Schuljahr ist für Kinder eine Premiere: neue Umgebung, neue Fächer, neue Gesichter – eben ein ganz anderes Lernumfeld. Aber mit Beginn des Schuljahres 2015/2016 hat sich auch der Alltag der Dormagener Lehrerinnen und Lehrer verändert. Seit dem Spätsommer nutzen alle Grundschulen und weiterführenden Schulen den sogenannten Übergangsordner. Der Handlungsleitfaden stellt in kompakter Form erprobte Inhalte und Methoden vor, die Lehrkräfte für die Übergangsgestaltung einsetzen können. Für die Handlungsfelder „Kinder

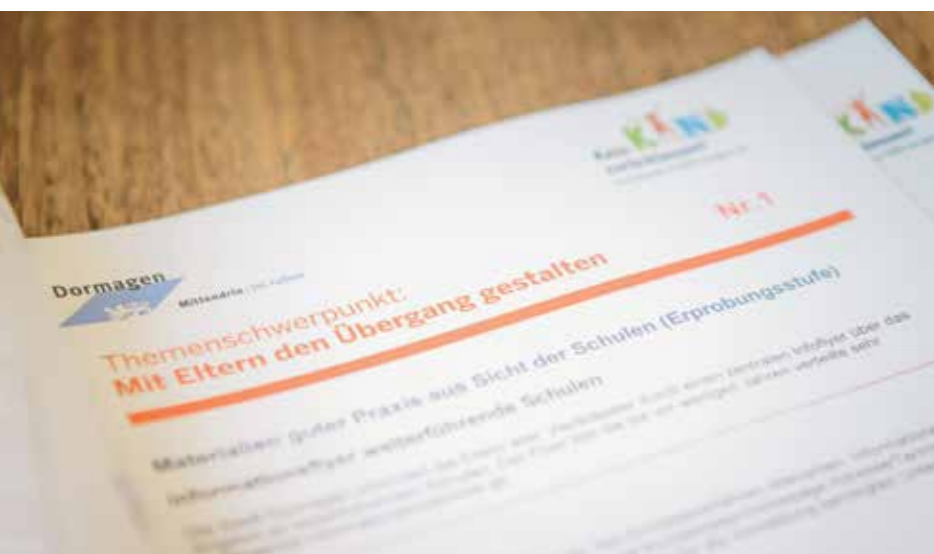
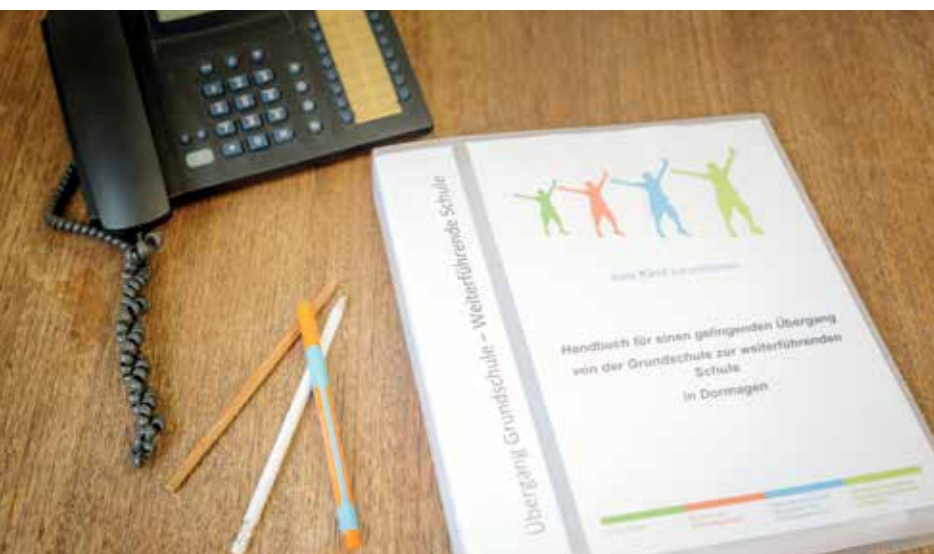
stärken“, „Mit Eltern den Übergang gestalten“, „Fachkräfte der Grundschulen und weiterführenden Schulen gestalten den Übergang gemeinsam“ sowie „Mit Kooperationspartnern den Übergang unterstützen“ gibt es knapp 70 praktische Tipps für einen erfolgreichen Schulwechsel. Dabei wird empfohlen, ausgewählte Methoden als Qualitätsstandard in den Schulen einzuführen.

Die Schulleiterin der Erich-Kästner-Grundschule, Monika Scholz, unterrichtete bis zu den

DORMAGEN

62.208
EINWOHNER,
10.500 UNTER
18 JAHREN

Sommerferien ein viertes Schuljahr. Sie freut sich sehr, dass der Übergangsordner nun eingesetzt wird. „In der Vergangenheit hatten einige Schülerinnen und Schüler an der weiterführenden Schule Startschwierigkeiten.“ Scholz hat selbst zweieinhalb Jahre an der Entwicklung des Übergangsordners mitgearbeitet. Dadurch konnte sie schon vor dessen Einführung einige Methoden der Sammlung im Schulalltag nutzen. „Ich bin auf einen Einschätzungsbogen als Grundlage für Elternberatungsgespräche gestoßen. Den

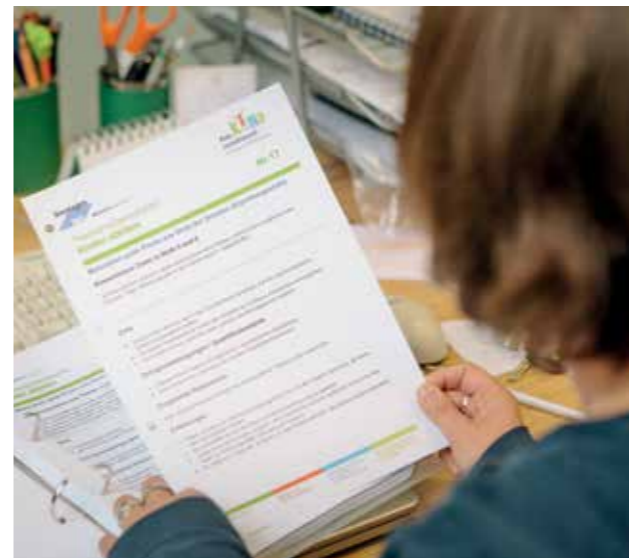


setzen wir bei uns jetzt auch erfolgreich ein. Dadurch haben wir eine sehr strukturierte Grundlage für die Elterngespräche.“ Für die Schulleiterin hat sich aber auch das Klima zwischen den Schulen über die gemeinsame

Arbeit an dem Ordner zum Positiven gewandelt: „Da herrscht viel Vertrauen zueinander. Und durch unseren engen Austausch wissen wir nun viel mehr übereinander.“ Mittlerweile kommen regelmäßig Englischlehrerinnen des benachbarten Bettina-von-Arnim-Gymnasiums zu Besuch, um den Kindern einen ersten Eindruck von dem zu vermitteln, was sie in der weiterführenden Schule erwartet.

Birgitta Hagen unterrichtet Deutsch und Englisch am Norbert-Gymnasium. Da sie ebenfalls an der Entwicklung des Übergangsordners mitgewirkt hat, kennt sie die Sammlung sehr gut. „Der Übergangsordner ist ein Steinbruch für alle Lehrerinnen und Lehrer“, erzählt Hagen. Man könne direkt sehen, wie andere Schulen den Übergang begleiten und dafür sorgen, dass die Schülerinnen und Schüler einen guten Start haben. Am Norbert-Gymnasium werden seit Schuljahresbeginn fünf Ordner genutzt. Als Einrichtung, die jedes Schuljahr neue Kinder aufnimmt, wollen die Lehrerinnen und Lehrer möglichst früh wissen, welche Schülerinnen und Schüler in ihre Schule wechseln. Birgitta Hagen: „Ein ganz wichtiges Kriterium für die Klassenzusammenstellung ist das soziale Verhalten. Deswegen ist es gut, wenn wir uns durch Übergangsprotokolle und Gespräche mit den Kindern, Eltern und Lehrern selbst ein Bild machen können.“ Wenn Kinder besondere Unterstützungsmaßnahmen benötigen, könne man hier passgenau helfen.

Für Uwe Sandvoss, Dormagener Koordinator von „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“, ist mit dem Übergangsordner ein wichtiges Ziel im Rahmen des Landesmodellvorhabens erreicht: „Das war ein zentraler Punkt für uns.“ Das Problem sei, dass Wissen häufig zwar vorhanden ist, aber nicht weitergegeben werde. Dabei helfe nun der Übergangsordner. „13 Grundschulen, fünf weiterführende Schulen und eine Förderschule profitieren unmittelbar von der Methodensammlung“, so Sandvoss. Der Übergang spiele deswegen eine besondere Rolle, weil hier ein neuer Lebensabschnitt für die Kinder beginne. „Sie kommen vom Kindesalter nun langsam ins Jugendalter. Wenn ich aber mit großen Ängsten oder anderen Problemen in die neue Schule gehe, entsteht



ein Teufelskreis, der sich auch auf die weitere Entwicklung auswirkt.“

Entstanden ist der Übergangsordner in einem zweieinhalbjährigen kooperativen Qualitätsentwicklungsprozess im Rahmen von NeFF, dem Dormagener Netzwerk für Familien. Beteiligt waren Grundschulen, weiterführende Schulen sowie die Jugendhilfe, Eltern und auch Kooperationspartner, wie Fachkräfte der Jugendzentren. „Es ist unheimlich wichtig, dass sich die Leute kennen und wissen, was andere Einrichtungen und Institutionen machen. Deswegen war der gemeinsame Arbeitsprozess sehr wichtig.“ In zwei Jahren wird in einer Selbstevaluation überprüft, ob sich der Einsatz gelohnt hat. Uwe Sandvoss ist optimistisch: „Der Einsatz des Übergangsordners ist nicht verpflichtend, aber wir haben mit dem Prozess nun eine Auseinandersetzung mit der Qualität des Übergangs angestoßen.“

„Die Schulen können mit Hilfe des Übergangsordners über den eigenen Tellerrand schauen“, resümiert Karl-Heinz Kaup von der Landeskoordinierungsstelle „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“. Als schulfachlicher Berater weiß er, wie wichtig es ist, vom Kind her zu denken. „Meistens gibt es neben den Sorgen um Überforderungen bei den Schülerinnen und Schülern auch Ängste vor äußeren Veränderungen oder andere Unsicherheiten. All das kann den Start in der neuen Schule erschweren.“ Durch die kom-



pakte Methodenübersicht könnten Lehrkräfte jetzt schnell Lösungen finden, die an anderen Schulen bereits erprobt wurden.

Am Norbert-Gymnasium möchte Lehrerin Birgitta Hagen demnächst Selbstevaluationsbögen und das Ich-Portfolio in der fünften Klasse einführen. Die Ideen hat sie im Übergangsordner gefunden. „Es ist unheimlich wichtig, dass Kinder ihre Stärken und ihre Fähigkeiten richtig einzuschätzen lernen“, erklärt sie. Daneben setzt Hagen eine individuelle Wochenplanung fort, die die Schülerinnen und Schüler bereits aus der Grundschulzeit kennen. Dadurch soll eine selbständige Lernorganisation der Kinder weiter unterstützt werden. Ihre Kollegin Monika Scholz von der Erich-Kästner-Grundschule will noch stärker auf Hospitationen mit den Lehrkräften aus weiterführenden Schulen setzen. „Dieser Austausch ist für uns Lehrer absolut sinnvoll.“ Beide Schulen haben durch den Übergangsordner viel gelernt, aber auch selbst Dinge angestoßen. So hat das Norbert-Gymnasium ein Tutorenprogramm von älteren Schülern für jüngere und das Konzept der Bus-Obacht-Leute in den Übergangsordner eingebracht. Die Erich-Kästner-Grundschule hingegen stellt unter anderem ein Konzept zur Streitschlichtung, zu gewaltfreiem Lernen oder auch den Kindersprechtag vor. „Durch diesen Wissenstransfer haben wir viel gelernt“, findet Birgitta Hagen. Dies komme den Kindern im Schulalltag direkt zugute.

SCHÜLER PROFITIEREN VON NETZWERKARBEIT

In Oberhausen arbeiten 19 Schulen – darunter Grundschulen, Gymnasien, Real- und Gesamtschulen – im Netzwerk „Schulen im Team – Übergänge gemeinsam gestalten“ zusammen. Das Ziel: Alle Kinder sollen den Schulwechsel problemlos schaffen. Die gemeinsame Arbeit lohnt sich, denn die Kinder profitieren und erleben einen gelungenen Start in ihrer neuen Schule.

Oberhausen-Mitte. Der Gong ertönt zur zweiten Stunde. Es ist neun Uhr. Durch die langen blauen Vorhänge an den Fenstern scheint die morgendliche Sommersonne in den dritten Stock. An einem der zahlreichen Tische sitzt die 10-jährige Fiona. Sie geht in die Klasse 4a der Adolf-Feld-Schule. Heute ist ein besonderer Tag: Sie bekommt zum letzten Mal ihr Grundschulzeugnis. „Ich freue mich schon auf die neue Schule“, erzählt Fiona strahlend. Sie war bereits an ihrem neuen Gymnasium und hat sowohl ihre Mitschülerinnen und Mitschüler als auch ihr Klassenzimmer kennengelernt. „Dort gibt es auch eine Bläserklasse, in der ich Saxophon spielen kann.“ Unsicherheit ist bei der jungen Schülerin nicht zu spüren. Sie weiß, was auf sie zukommt.

Die Adolf-Feld-Schule ist eine von insgesamt 19 Bildungseinrichtungen in Oberhausen, die sich im Netzwerk „Schulen im Team – Übergänge gemeinsam gestalten“ zusammengeschlossen haben. Unterstützt von der Mercator Stiftung wird dabei der Wechsel in die weiterführende Schule durch eine bessere Kooperation der Institutionen erleichtert. Seit fünf Jahren stimmen knapp die Hälfte aller Oberhausener Schulen dabei Inhalte und Methoden konzeptionell aufeinander ab, so dass der Übergang erleichtert wird. Vorhandene Potenziale werden genutzt und verbindliche Netzwerkstrukturen aufgebaut. Zusammen entwickeln die 19 Grund- und weiterführenden Schulen auch einen kommunalen Handlungsplan, der dabei helfen soll, das Projekt in der Kommune strategisch zu verankern.

Judith Gärtner ist Klassenlehrerin der 4a und steht heute zum letzten Mal vor ihren Schülerinnen und Schülern. Sie weiß, warum die Kooperation zwischen Schulen wichtig ist: „Wir haben lange Zeit zu wenig über die Methoden der weiterführenden Schulen gewusst. Das beeinflusst natürlich den Wechsel der Schülerinnen und Schüler.“ Durch die Kooperation bei „Schulen im Team“ sei der Kontakt nun sehr eng.

Im Schulalltag bedeutet die Kooperation eine engere Zusammenarbeit beider Schulformen. Bei einem stadtweiten Lehrersprechtag tauschen sie sich über die neuen und alten Schülerinnen und Schüler aus. Dort erfahren die Lehrkräfte der weiterführenden Schule, welche Unterstützungsmaßnahmen für die Schülerinnen und Schüler notwendig sind, so dass die Kinder passgenau und ohne Unterbrechung weiter gefördert werden können. Daneben gibt es gemeinsame Fortbildungen und Unterrichtsbesuche, in denen die Fachkräfte der weiterführenden Schule Fragen der Grundschülerinnen und Grundschüler beantworten. Auf einem Einschätzungsbogen können die Schülerinnen und Schüler in der vierten Klasse ihre eigenen Fähigkeiten notieren. Auch das hilft in der neuen Schule.

Fünf Minuten Fußweg entfernt besucht Maximilian seit einem Jahr das Heinrich-Heine-Gymnasium. Der 10-Jährige trägt ein graues T-Shirt, auf dem die südamerikanische Metropole Rio de Janeiro zu sehen ist. Er sitzt mit drei Freunden am Tisch. Der Übergang lief für ihn problemlos. Seine alte Grundschule, die Luisenschule, ist ebenfalls Teil von „Schulen im Team“, dem auch sein Gymnasium angehört. „Eine Gruppe von Gymnasiasten hat uns

in der vierten Klasse öfter bei einer Vorlesestunde besucht.“ Das habe ihm geholfen, sich an Ältere zu gewöhnen. Auch einige Lehrerinnen und Lehrer des Gymnasiums hätten an der Luisenschule vorbeigeschaut. „Für mich hat sich an der neuen Schule eigentlich nicht viel verändert.“

Marcus Kortmann sitzt an einem Besprechungstisch im ersten Stock. Wenn der stellvertretende Schulleiter des Heinrich-Heine-Gymnasiums Maximilians Aussage hört, freut er sich. „Es ist ganz wichtig zu zeigen, dass der Wechsel der Schule eben kein Bruch sein muss“. Man könne ganz klar sehen, dass es in Klassen mit Kindern, bei denen der Übergang gut vorbereitet worden ist, viel weniger Unterstützungsbedarf gebe. „Mit den Grundschulen und weiterführenden Schulen haben wir ein offenes Verhältnis und ein Klima der Wertschätzung und Akzeptanz. Und der Austausch bringt neue Impulse.“ So habe eine Kollegin am Heinrich-Heine-Gymnasium ein Ritual mit einem Gong und eine spezielle Musik für das Aufräumen der Klasse übernommen. „Die Kinder kennen das aus der Grundschule. So etwas macht dann natürlich auch bei uns Sinn“, erklärt Kortmann.

Das Regionale Bildungsbüro im Oberhausener Rathaus koordiniert das Netzwerk „Schulen im Team“. Silke Becker ist mit den Ergebnissen sehr zufrieden: „Die Motivation ist bei allen sehr hoch.

Das liegt auch daran, dass die Themen in den Netzwerken selbst eingebracht und umgesetzt wurden.“ Mit Beginn des Schuljahres 2015/2016 ist das Projekt in die zweite Phase gestartet und wurde für andere interessierte Schulen in Oberhausen geöffnet. Neue Netzwerke mit neuen Themen zum Übergang können gebildet werden. „Die erarbeiteten Instrumente bieten wir nun allen Schulen im Stadtgebiet an“, so Becker. „Dadurch können alle voneinander lernen.“



OBERHAUSEN

210.216
EINWOHNER,
32.990 UNTER
18 JAHREN



„KINDER SPRACHLICH FIT MACHEN“

Unter dem Titel „Sprachschätze Wuppertal“ ist im September 2013 an fünf Wuppertaler Grundschulen eine Fortbildungsreihe zu „Durchgängiger Sprachbildung“ gestartet. Ziel der Verbundarbeit, die die Stadt Wuppertal in Zusammenarbeit mit der Landesweiten Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren begleitet, ist es, allen Kindern einen geeigneten Sprachschatz zu verschaffen – für Chancengleichheit beim Start in die weiterführende Schule. Wie dies gelingen soll, erklären Christine Roddewig-Oudnia, Leiterin des kommunalen Zentrums für Integration, Bildung und Kulturelle Vielfalt in Wuppertal und Wolfgang Paulssen aus der landesweiten Koordinierungsstelle kommunaler Integrationszentren.



anschließend für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt oder die Hochschule geschaffen werden.

Roddewig-Oudnia: „Sprachschätze“ setzt in allen Unterrichtsfächern an. Nicht erst am Nachmittag oder nur im Deutschkurs. Über jedes Kind wird ein Sprachprofil erstellt und die Fachlehrerinnen und -lehrer geben dann im Unterricht Hilfestellungen, damit alle Kinder denselben Stand entwickeln.

Welchen Paradigmenwechsel wollen Sie bei den teilnehmenden Schulen einleiten?

Paulssen: Viele Kinder beherrschen die Alltagssprache. Die Bildungssprache aber nicht. Damit alle mitkommen, unterrichten Lehrkräfte oft im alltagssprachlichen Jargon. Man wunderte sich dann, dass der Sprachschatz der Kinder den Anforderungen nicht mehr genügte. Dabei ist doch klar: Wenn die Kinder im Unterricht nicht mehr in Kontakt kommen mit der Bildungssprache, dann wird das Sprachvermögen nicht

Herr Paulssen, Frau Roddewig-Oudnia, welches Konzept verbirgt sich hinter dem Ansatz von „Sprachschätze Wuppertal“?

Paulssen: Beim Ansatz der „Durchgängigen Sprachbildung“ geht es darum, Kinder frühzeitig, also schon in der Grundschule, sprachlich fit zu machen, um Schulkarriere und Beruf meistern zu können. So sollen gerechte Startvoraussetzungen für die weiterführende Schule und



plötzlich in den Klausuren explodieren. Dafür ein Bewusstsein zu schaffen, ist ein wesentliches Ziel der „Sprachschätze“-Lehrerseminare.

Roddewig-Oudnia: Durch ein Monitoring haben wir auch festgestellt, dass insbesondere der Sprachförderbedarf von Kindern ohne Migrationsgeschichte steigt. Ich kann viele Beispiele dafür nennen: Vor einem Ausflug zum Landtag hat ein Schüler gefragt, was er denn zum Picknick mitbringen solle. Er dachte, es ginge um einen Ausflug aufs Land. Oder im Sachkundeunterricht hat der Begriff „Lösung“ Irritationen hervorrufen. Eine Lösung kann ein Ergebnis sein oder eben eine chemische Lösung. Diese mehrdeutigen Fachbegriffe kennen nicht alle Kinder von vornherein und verstehen dann schon die Aufgabenstellung nicht. Die Lehrkraft muss deshalb vor jeder Unterrichtsstunde überlegen, welche Worte benutzt werden und wo Stolpersteine liegen könnten.

Und wie bringen Sie den Ansatz in die fünf Grundschulen?

Roddewig-Oudnia: Das gesamte Kollegium, die Schulleitung, alle Mitarbeitenden der offenen Ganztagschule und der Schulsozialarbeit nehmen an den Fortbildungen teil. In kleineren, professionellen Lerngemeinschaften werden die Ergebnisse dann nachbereitet und konkrete Umsetzungsschritte entwickelt. Wir vom kommunalen Integrationszentrum in Wuppertal begleiten die Schulen dabei und bieten unsere Mithilfe an.

Welche Methodik genau wenden die „Sprachschätze“-Lehrkräfte im Unterricht an?

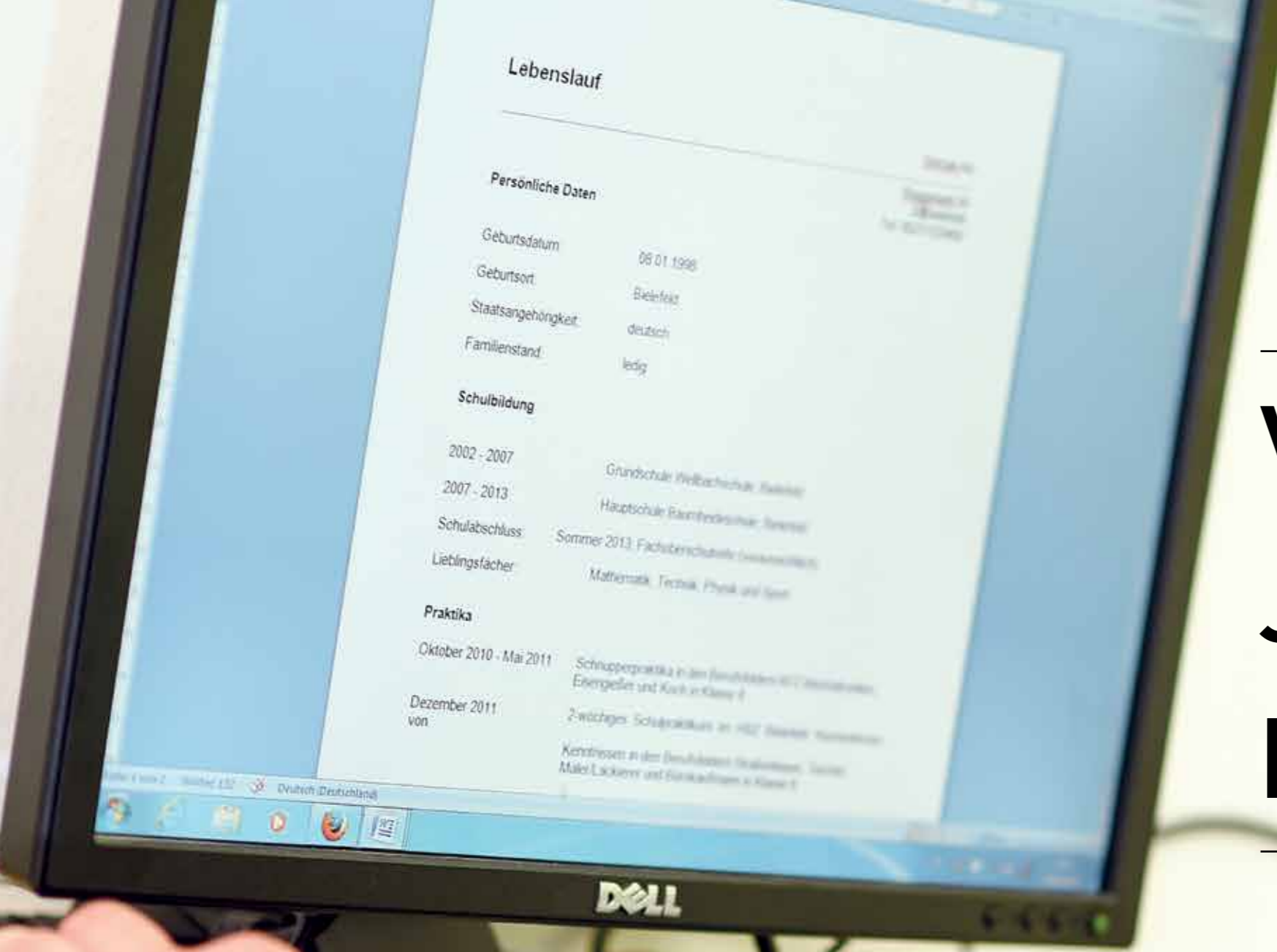
Paulssen: Dahinter steckt die „Scaffolding“-Methode. Man bietet den Schülern ein „Gerüst“, das individuell angesetzt werden kann. Jede Unterrichtsstunde verfolgt ein Sprachziel. Je nach Könnensstufe werden dafür individuell Hilfestellungen gegeben. Es kann sein, dass eine Schülergruppe ein ganzes Gedicht schreibt, die andere setzt Artikel in ein Gedicht ein, wiederum eine andere baut ein Gedicht mit verschiedenen Zeitformen. Jedes Kind wird da abgeholt, wo es steht. Am Ende können aber alle Kinder der Klasse ein Gedicht vortragen.

Sie bieten den Lehrkräften auch Seminare zu Interkultureller Sensibilität an. Worum geht es dabei?

Roddewig-Oudnia: Wir schulen den ressourcenorientierten Blick. In einem Seminar wurde deutlich, dass „Einsprachigkeit“ heutzutage eher die Ausnahme ist. Viele Kinder sprechen parallel zwei oder drei Sprachen. Viel mehr als die meisten Lehrkräfte. Diese Vielfalt und Kompetenz wird oft gar nicht gesehen, sondern nur auf die Defizite im Deutschen geschaut. Durch das Seminar haben die Lehrkräfte die Kinder plötzlich in neuem Licht gesehen und waren sehr beeindruckt.

WUPPERTAL

342.661
EINWOHNER,
56.480 UNTER
18 JAHREN



VON DER JUGENDPHASE IN DEN BERUF

Lebenslauf

Persönliche Daten

Geburtsdatum: 08.01.1998
Geburtsort: Bielefeld
Staatsangehörigkeit: deutsch
Familienstand: ledig

Schulbildung

2002 - 2007: Grundschule Wellenbruch, Bielefeld
2007 - 2013: Hauptschule Baumfelderstraße, Bielefeld
Schulabschluss: Sommer 2013: Fachabitur in Informatik
Lieblingsfächer: Mathematik, Technik, Physik und Sport

Praktika

Oktober 2010 - Mai 2011: Schlupferpraktika in der Berufshilfe (B1) in den Bereichen
Energieleit- und Koch in Klasse 1
Dezember 2011 von: 2-wöchiges Schulpraktikum an der H20 in der
Kochpraxis in der Berufshilfe (B1) in den Bereichen
Müll-Lackern und Bürschwämmen in Klasse 1

VON DER JUGENDPHASE IN DEN BERUF

Der Übergang junger Menschen von der Schule in Ausbildung-Studium-Beruf wird in Nordrhein-Westfalen seit November 2011 durch ein einheitliches Landesvorhaben unter dem Titel „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule-Beruf NRW“ umgesetzt.

Ziel des Landesvorhabens ist, Schülerinnen und Schüler aller Schulformen frühzeitig zu Fragen der Berufs- und Studienwahl zu beraten und diese so lange zu unterstützen, bis Anschlüsse in Ausbildung oder Studium gelungen sind. Bei der Umsetzung dieses einheitlichen Übergangssystems spielen die Kommunen eine zentrale Rolle. Die Einrichtung kommunaler Koordinierungsstellen ist ein wichtiges Element des Vorhabens. Diese sollen dafür sorgen, dass alle Aktivitäten, die den Übergang betreffen, vor Ort gebündelt werden. Darüber hinaus soll die zentrale Koordinierung eine Anlaufstelle für alle wichtigen Partner sein. Nach dem Start mit sieben Modellkommunen (darunter auch die Modellkommunen von „Kein Kind zurücklassen!“ Bielefeld und Dortmund) konnten inzwischen in allen 53 Kreisen und kreisfreien Städten in NRW kommunale Koordinierungsstellen eingerichtet werden. Die Praxisbeispiele zum Übergang in Ausbildung-Studium-Beruf aus den Modellkommunen Arnsberg, Bielefeld und den Kommunen im Kreis Unna fügen sich mit unterschiedlichen Schwerpunkten in die Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ein.

Die **Gesamtschule Fröndenberg/Ruhr** wurde 2011 von der Stiftung Weiterbildung im **Kreis Unna** mit dem „Qualitätssiegel Schule-Beruf“ ausgezeichnet. Die sogenannten Siegelschulen zeichnen sich dadurch aus, dass sie ihren Auftrag der Berufsorientierung in besonderer Weise wahrnehmen. Seit der Einführung des Landesprogramms „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ist unter anderem das zuvor freiwillige Orientierungspraktikum am Ende der Klasse 8 zu einem verbindlichen Standard geworden.

Im Beteiligungsprojekt „Generation Zukunft“ der Stadt **Arnsberg** haben Jugendliche mit Stadt und Wirtschaft gemeinsam Ideen für sinnvolle Angebote in der Kommune entwickelt. Ein Ergebnis des Workshops „Karrieremarketing“ ist der **Leitfaden zur Berufsorientierung**. Der Leitfaden soll Jugendlichen helfen, sich besser auf dem kommunalen Ausbildungsmarkt zu orientieren und Arbeitgeber darüber informieren, wie sie Nachwuchs gewinnen können.

In einem „offenen Laden“ **Bielefeld** erhalten Jugendliche unkomplizierte und schnelle Hilfe bei Bewerbungsfragen. Der Laden ist ein Baustein der **Jugendberufsagentur**, wohinter mehrere Beratungsangebote stecken. Im Jahr 2009 haben sich darin Jobcenter, die Agentur für Arbeit und die REGE mbH zusammengesetzt, um Jugendliche bei der Berufsorientierung, der Stellenrecherche, in Ausbildungsfragen und bei der Bewerbung gemeinsam und koordiniert zu unterstützen.

Das Landesprogramm „**Kein Abschluss ohne Anschluss**“ schafft ein einheitliches und effizient gestaltetes Übergangssystem in NRW. Weitere Informationen unter: www.keinabschlussohneanschluss.nrw.de



„ALLEN KINDERN EINE PERSPEKTIVE BIETEN“

Die Gesamtschule Fröndenberg/Ruhr ist von der Wirtschaftsförderung Kreis Unna für ihre erfolgreiche Arbeit in der Berufsvorbereitung von Schülerinnen und Schülern zum zweiten Mal mit dem Siegel „Beruf-Schule“ ausgezeichnet worden. Im Interview sprechen Schuldirektor Klaus de Vries, die Fachbereichsleiterin „Familie und Jugend“ des Kreises Unna, Sandra Waßen, und der Leiter der sozialen Einrichtung Schmallenbach-Haus, Heinz Fleck, darüber, wie Kinder und Jugendliche gut auf den Berufseinstieg vorbereitet werden können.

Welche Rolle spielt das Thema „Berufsorientierung“ an Ihrer Schule?

de Vries: Wir setzen bei uns ein schlüssiges Konzept um, das auch das Thema Inklusion umfasst. Wichtig ist: Berufsorientierung ist ein Prozess, sie kann nicht nur punktuell erfolgen. Angesichts der Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt müssen wir als Schule bei dem Thema kontinuierlich dranbleiben. Kinder sollen auf den Wechsel in den Beruf gut vorbereitet sein, so dass erst gar keine Ängste entstehen. Wir zeigen ihnen das ganze Spektrum auf und stellen dabei die Kompetenzen in den Mittelpunkt, die wir bei den Schülerinnen und Schülern wahrnehmen.

Wie schlägt sich dieser Ansatz im Schulalltag nieder?

de Vries: Wir haben verschiedene Angebote integriert, die alle sehr gut bei den Schülerinnen und Schülern ankommen. Beim „Kick-off Beruf“ geht es darum, die eigenen Interessen und Fähigkeiten wahrzunehmen, unser „Klar-Projekt“ stellt verschiedene Berufsfelder vor und am „Werkstatt-Tag“ können die Schülerinnen und Schüler einmal in der Woche fest in einem Betrieb arbeiten. Im achten Jahrgang starten wir mit der verbindlichen Berufsorientierung. Wir orientieren uns jetzt an der Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Da sind

KREIS UNNA

391.622
EINWOHNER,
63.736 UNTER
18 JAHREN

Punkte wie ein Orientierungspraktikum verbindlich vorgesehen. Das haben wir übernommen. Im neunten Schuljahr findet dann das wichtige dreiwöchige Betriebspraktikum statt.

Wie gehen Sie dabei auf Kinder mit besonderem Förderbedarf ein?

de Vries: Da müssen wir einfach eine vertiefte Berufswahlorientierung gewährleisten, um ihnen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt geben zu können. Deshalb kann die Inklusionsklasse zum Beispiel in einem kleinen Lädchen im angrenzenden Seniorenzentrum Schmallenbach-Haus einmal pro Woche erste Berufserfahrungen sammeln.

Was können die Schülerinnen und Schüler von der Arbeit im Schmallenbach-Haus lernen?

Fleck: Sie lernen bei uns die elementaren Grundlagen eines Betriebs kennen. Dazu gehören die Preisauszeichnung, Warenkontrolle und natürlich der Verkauf. Wichtig ist mir aber auch, dass die Jugendlichen lernen, auf Menschen zuzuge-



hen. Sie werden mit Menschen konfrontiert, die unterschiedlich geprägt sind. Das ist aus unserer Sicht eine wichtige Lebenserfahrung.

de Vries: Durch diese enge Verbindung zwischen unserer Schule und dem Schmallenbach-Haus haben die Schülerinnen und Schüler einen leichten Zugang zu späteren Praktikumsstellen. Die

Berührungsängste nehmen ganz erheblich ab. Und wenn wir das unter dem Inklusionsaspekt von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf sehen, gibt es ja kein schöneres Schonraumpraktikum.

Wer kann beim Lädchen mitarbeiten?

Fleck: Eine ganze Klasse übernimmt jeweils das Lädchen für ein ganzes Jahr einmal in der Woche für eine Stunde – auch in den Ferien – und die Schülerinnen und Schüler werden in Gruppen aufgeteilt. Das heißt: Jeder weiß im Vorfeld, wann gearbeitet werden muss. Ich erlebe immer wieder, dass die Schülerinnen und Schüler, die neu eingearbeitet werden, bei ihrer ersten Schicht sehr schüchtern sind. Aber Sie werden schnell viel selbstbewusster.

Welche anderen Kooperationen gibt es zwischen Ihrer Schule und externen Firmen?

de Vries: Wir arbeiten unter anderem mit der Jugendhilfe, der Sparkasse Fröndenberg, den lokalen Stadtwerken oder einer Apotheke im Ort zusammen. Daneben haben wir eine gute Kooperation mit externen Partnern im MINT-Bereich. Im Moment planen wir hier einen MINT-Forscherpark in unserem Außengelände. Das wird ein Naturlehrpfad mit einem Kräutergarten. Vielleicht produzieren wir demnächst den Fröndenberger-Kräutertee. Der Naturlehrpfad wird dann auch in den naturwissenschaftlichen Fächern vorbereitet.

Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit den Betrieben?

de Vries: Die Kooperation ist sehr gut. Ich fände es schön, wenn wir auch noch mehr Unternehmen

für eine Zusammenarbeit gewinnen könnten. Kontinuität und regelmäßiger Austausch verbessern die Chancen für eine gelingende Berufsorientierung.

Waßen: Das Engagement der Gesamtschule war ein Grund, warum sie erneut mit dem Qualitätssiegel „Schule-Beruf“ des Kreises ausgezeichnet

MINT ist eine zusammenfassende Bezeichnung von Fächern und Berufen aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik.



net worden ist. In Fröndenberg/Ruhr hat die Zusammenarbeit der verschiedenen Systeme Tradition. Wir haben eine enge Kooperation, die schon vor den Kitas und Schulen ansetzt.

Welche Ergebnisse stechen im Schulalltag besonders heraus?

de Vries: Wir konnten bei zwei Kindern einer integrativen Lerngruppe den sonderpädagogischen Förderbedarf aufheben. Die Kinder sind jetzt also auf Regelschul-Niveau unterwegs. Das ist ein toller Erfolg. Es wird deutlich, dass wir schon eine Menge Bausteine eingepflanzt haben, die den Jungen und Mädchen helfen. Kein Kind verlässt unsere Schule, ohne dass wir über die Perspektive gesprochen haben. Da beziehen wir die Eltern auch eng mit ein.

Die Eltern sind also Bildungspartner?

Waßen: Ja, absolut. Es ist ganz wichtig, auch die Eltern von Anfang an mitzunehmen. Die Kinder merken oft, dass sie für bestimmte Entscheidungen in diesem Alter noch ihre Eltern brauchen. Sei es nur, weil sie bei der Berufsorientierung beratend zur Seite stehen. Die Eltern spielen eine wichtige Rolle.

Was unternimmt der Kreis Unna noch, um kein Kind zurückzulassen?

Waßen: Prävention – und dazu gehört auch der Übergang in den Beruf – ist im Kreis Unna



Chefsache. Wir arbeiten über Ressortgrenzen hinweg und haben eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen dem Kreis, so unter anderem in der Jugendhilfe mit dem Kinder- und Jugendbüro, der „Windmühle“ und der Schulsozialarbeit. Wir haben mit allen Schulen eine Kooperationsvereinbarung in Sachen Kinderschutz getroffen. Daneben bieten wir eine Berufsmesse für Schülerinnen und Schüler an.

Wie fügen sich die Anstrengungen der Gesamtschule Fröndenberg/Ruhr in die Präventionskette der Kommunen des Kreises Unna ein?

Waßen: Wir haben im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!“ genau diese Lücke identifiziert, an der hier so gut gearbeitet wird. Deswegen haben wir die Versäulung zwischen den einzelnen Akteuren aufgehoben und eine intensive Beteiligung – von Eltern, Schule, Wirtschaft und Jugendhilfe – initiiert. Wir wollen allen Kindern eine Perspektive bieten.

de Vries: Wir als Schule merken, dass wir in unserer Arbeit eine sehr gute Reaktionsgeschwindigkeit haben. Wenn wir bei einer Problemlage eine Fachkraft brauchen, finden wir sie ziemlich schnell. Wir verstehen uns als Schulform, die niemanden zurücklässt und jedem Kind zu seinem bestmöglichen Abschluss verhelfen will. Das steckt im Bewusstsein aller Beteiligten.

KOMPASS IM AUSBILDUNGS- DSCHUNDEL

Im Beteiligungsprojekt „Generation Zukunft“ der Stadt Arnberg haben Jugendliche mit Stadt und Wirtschaft gemeinsam Ideen für sinnvolle Angebote in der Kommune entwickelt. Ein Ergebnis des Workshops „Karrieremarketing“ ist der „Leitfaden zur Berufsorientierung“. Andreas Wolff, Entwickler des Projekts, erzählt, wie der Leitfaden Jugendlichen und Arbeitgebern helfen kann, sich besser auf dem kommunalen Ausbildungsmarkt zu orientieren.

Herr Wolff, Sie haben im Projekt „Generation Zukunft Arnberg“ Kinder und Jugendliche zu ihren Wünschen befragt und mit ihnen gemeinsam Umsetzungsmöglichkeiten dafür entwickelt. Ein Ergebnis ist der Leitfaden zur Berufsorientierung. Welchen Zweck erfüllt er?

Wolff: Zusammen mit Arbeitgebern, Schulen, Jugendlichen, Vereinen und Vertretern der Verwaltung der Stadt Arnberg wurde festgestellt, dass in Sachen Berufsorientierung für alle Seiten viel Intransparenz herrscht. Das betrifft Projekte, Maßnahmen und Ansprechpartner in dem Feld. Insbesondere die Jugendlichen wissen gar nicht, was für Maßnahmen zur Berufsberatung und welche Ausbildungsmöglichkeiten es gibt. In der Schulzeit hatten sie nur sehr wenig Kontakt zur Berufsberatung. Viele stehen nach dem Abschluss vor einem Fragezeichen oder können die Einzelinfos der Akteure nicht mehr bündeln. Auch die Unternehmen haben Informationsbedarf – danach, wie sie geeigneten Nachwuchs finden. Deshalb geben wir eine Version für die Schulen und eine für die Arbeitgeber heraus.

Wie genau soll der Leitfaden bessere Orientierung geben?

Wolff: Der Leitfaden zeigt passende Ansprechpartner bei der Berufsberatung und wie die insgesamt über 240 von Arbeitgebern

und Schulen gesammelten Maßnahmen, die in 22 Kategorien aufgeführt sind, genutzt werden können. Ein Beispiel ist die Ausbildungsmesse in Arnberg. Viele Jugendliche und Eltern wussten gar nicht, dass dort viele heimische Arbeitgeber mit ihren Angeboten auf einem Fleck vertreten sind. Wir weisen auch auf Betriebsbesichtigungen, Bewerbertrainings, den „Boys' Day“ und den „Girls' Day“ oder „Speed Dating“-Veranstaltungen hin: Da können sich Schülerinnen und Schüler und Betriebe in kurzen Gesprächen über Angebote und Chancen austauschen. Mit im Leitfaden stehen auch intensivere Unterstützungstipps, wie etwa der Berufswahlpass oder die Ausbildungspaten, die die Schülerinnen und Schüler beim Eintritt in die Berufswelt begleiten. Dabei ist auch noch eine Checkliste, mit der sich Schulen, Arbeitgeber, Eltern und Jugendliche im Verlauf der Berufsorientierung einordnen können.

In Nordrhein-Westfalen wird mit dem Programm der Landesregierung „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAOA) versucht, die Wege in Beruf und Studium für junge Menschen nachhaltig zu verbessern. Inwiefern ist der Leitfaden in KAOA eingebettet?

Wolff: Teile des Programms KAOA haben wir auch in den Leitfaden integriert. Wir zeigen den Schulen etwa die Möglichkeiten der Potenzialanalysen im Rahmen des Programms auf. Damit können die Jugendlichen eigene

ARNBERG

74.383
EINWOHNER,
12.800 UNTER
18 JAHREN



Interessen, Neigungen und Möglichkeiten erforschen und so ihre Kompetenzen entdecken. Ebenfalls empfehlen wir den Schulen die KAOA-Berufsfelderkundungstage nach den Ergebnissen aus den Analysen auszurichten. Und den Arbeitgebern raten wir, diese Schnupperpraktika im eigenen Betrieb durchzuführen – um in Kontakt mit potenziell geeigneten Nachwuchskräften zu kommen.

Warum ist es gerade in Arnberg so wichtig, dass Jugendliche besser über Ausbildungsmöglichkeiten informiert werden?

Wolff: Viele Jugendliche wandern ab. Das belegen regionalstatistische Daten und die

meisten finden den Weg nach der Ausbildung auch nicht mehr zurück. Dabei würden viele gern vor Ort eine Ausbildung machen. Je höher die Schulform ist, umso weniger kennen die Jugendlichen das lokale Angebot. Gymnasien informieren tendenziell meist nur über universitäre Perspektiven: Das ist ein Problem für die lokale Wirtschaft, das den demographischen Wandel noch zusätzlich verstärkt. Wir wollen da präventiv eingreifen und denselben Kenntnisstand für alle schaffen. Für die Schulen lohnt es sich natürlich auch. Denn perspektivisch wird ihnen durch die Abwanderung der Jugend auch bald der Nachwuchs ausgehen.

Der Leitfaden wurde in allen Schulen verteilt und liegt in der Agentur für Arbeit aus. Zum Download bereit steht er unter:

www.arnsberg.de/bildung

ERFOLGREICHER START IN DEN BERUF

Im „offenen Laden“ der Jugendberufsagentur in Bielefeld erhalten Jugendliche unkomplizierte und schnelle Hilfe bei Bewerbungsfragen. Der Laden ist ein Baustein der sogenannten Jugendberufsagentur, in der sich Jobcenter, Agentur für Arbeit und die REGE mbH als Trägerin der Jugendberufshilfe zusammengeschlossen haben und gemeinsam Jugendliche auf ihrem Weg in den Beruf beraten und begleiten.

„Ja, das sieht gut aus!“, sagt Beraterin Ute Menn, während sie am Bildschirm durch Mohammeds⁷ Bewerbungsanschreiben scrollt. „Jetzt müssen wir nur noch die Änderungen am Lebenslauf vornehmen!“ Die freundliche Beraterin lächelt Mohammed an. Doch der schaut weiterhin ver-

Mohammed bekam den Laden vom Jobcenter empfohlen. Er ist froh über das offene Angebot: „In der Schule hatte ich zwar Bewerbungstraining, aber ich habe noch nicht alles dabei verstanden.“ Mit Ute Menn gemeinsam hat er seine Unterlagen gecheckt und immer weiter verfeinert. Mohammeds Bewerbung kann bald rausgehen.

Am Nachbartisch sitzt Maria⁸ mit Beraterin Yvonne von Louisenthal und feilt noch an ihrem Anschreiben. Maria will unbedingt Polizistin werden und ein duales Studium beginnen. An der Hochschule herrschen strenge Aufnahmekriterien. „Mein Anschreiben soll begeistern, deshalb habe ich mir im Laden Hilfe geholt, damit ich zum Auswahlverfahren eingeladen werde“, erzählt sie. Yvonne von Louisenthal ist von Marias Anschreiben beeindruckt: „Das ist richtig schön lebendig geschrieben. Ich spüre, dass Du diesen Beruf wirklich spannend findest“, sagt sie. Die erste Bewerbung ist aufregend und Marias Unsicherheit teilweise auch in den Text geflossen. „Alle Konjunktive, wie hätte oder würde, kannst Du durch den Indikativ zu ersetzen“, rät von Louisenthal, „das wirkt überzeugender.“ Die Beraterin kitzelt Marias Stärken heraus, lobt ihr soziales Engagement als Babysitterin. Als Polizistin brauche sie einen weiten Horizont, denn sie werde vielen verschiedenen Menschen begegnen – auch mal in brenzligen Situationen, sagt die Beraterin. Da fällt Maria ein Seminar zu interkultureller Verständigung ein, das sie mal besucht hat. Das kommt auch noch rein.

^{7,8}Namen von der Redaktion geändert

BIELEFELD

326.870
EINWOHNER,
55.940 UNTER
18 JAHREN

unsichert auf den Bildschirm. „Mein Computer ist kaputt. Ich habe es nur ausgedruckt dabei.“ Ute Menn lächelt geduldig. Da hilft jetzt nichts. Der 16-Jährige hat gerade die Hauptschule abgeschlossen und braucht bis zum Ende der Sommerferien einen Ausbildungsplatz. Wenn Mohammed Maschinen- und Anlagenführer werden will, muss er es nochmal abtippen.

Im Jahr 2009 haben sich Jobcenter, die Agentur für Arbeit und die REGE mbH zusammengetan, um Jugendliche bei der Berufsorientierung, der Stellenrecherche, in Ausbildungsfragen und bei der Bewerbung gemeinsam und koordiniert zu unterstützen. Schnelle Hilfe aus einer Hand, unabhängig von Zuständigkeiten, das ist das Konzept der Jugendberufsagentur. Ein Baustein der Jugendberufsagentur in Bielefeld ist der „offene Laden“ mit mehreren Beratungsangeboten, die pro Halbjahr rund 300 Jugendliche genutzt haben.

Eine Etage über dem Laden sitzen Matthias Löckener von der Agentur für Arbeit, Beate Scigalla aus dem Jobcenter und Claudia Hilse von der REGE mbH zusammen. Sie vertreten die drei Rechtskreise der Jugendberufsagentur und stimmen sich monatlich ab. Heute geht es um ein Schreiben an mehrere Schulen, in denen das Jobcenter Schülerinnen und Schüler zukünftig ergänzend beraten will. „Aus Sicht des Jobcenters ist es von Bedeutung, dass alle Partner ihr Knowhow und ihre Stärken einbringen, diese miteinander koordinieren, um im Sinne der jungen Menschen den Übergang von der Schule in den Beruf erfolgreich zu gestalten“, sagt Beate Scigalla.

Neben der Beratung an Schulen ist ein weiterer Schwerpunkt der Jugendberufsagentur, mehr Unternehmen dazu zu motivieren, Ausbildungsplätze zu schaffen. Bei der Ausbildungsinitiative der Stadt Bielefeld wurden Unternehmen ange-regt, insbesondere benachteiligten Jugendlichen und Flüchtlingen mit geringen Sprachkenntnissen eine Chance zu geben. In Langzeitpraktika können sich die potenziellen Azubis und die Unternehmen kennenlernen und Vorurteile abgebaut werden. Als weitere Fördermöglichkeiten bietet die Agentur für Arbeit sowohl Jugendlichen als auch Arbeitgebern „ausbildungsbegleitende Hilfen“ und „assistierte Ausbildung“ an.

Da die REGE mbH für die Stadt Bielefeld auch das Landesvorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAOA) umsetzt, arbeiten Kommunale Koordination und Jugendberufsagentur eng vernetzt. „Die beteiligten Akteure der Jugendberufsagentur setzen die Standardelemente von KAOA um, zum Beispiel bei der Nutzung des Berufswahlkompasses und der Berufsfelderkundung, aber auch bei strategischen Themenfeldern, wie der Nachwuchsförderung im demografischen Wandel“, erläutert Claudia Hilse.

Mohammed und Maria haben mit der Beratung im „offenen Laden“ einen Teil der Jugendberufsagentur genutzt, die für weitere Unterstützung auch intensivere Bewerbungstrainings und vertiefte Beratung anbietet. „Es gibt viele Wege zum erfolgreichen Einstieg in den Beruf und gemeinsam arbeiten wir daran, dass diese Wege für die Jugendlichen kürzer werden“, sagt Claudia Hilse.



Matthias Löckener von der Agentur für Arbeit:

„Die Jugendberufsagentur ist ein weiterer wichtiger Meilenstein der langjährigen Beratungsarbeit der Agentur für Arbeit an allen Schulen der Stadt und optimiert die Unterstützungsmöglichkeiten für alle Jugendlichen.“



ZIELGRUPPEN- BEZOGENE ÜBERGÄNGE



ZIELGRUPPENBEZOGENE ÜBERGÄNGE

Bei den zuvor in diesem Kapitel beschriebenen Übergängen handelt es sich um Phasen der Veränderung, die von nahezu allen Menschen im Lauf ihres Lebens bewältigt werden müssen.

Daneben gibt es aber auch Übergänge, die nicht alle Menschen in ihrem Lebenslauf betreffen. Dazu zählen zum Beispiel der Verlust der Arbeitsstelle oder eine Veränderung der Familienstruktur durch Trennung und Scheidung. Das freiwillige oder unfreiwillige Verlassen des eigenen Heimatlands aufgrund von Armut, Kriegen oder religiöser Verfolgung sind ebenfalls Ereignisse, die nur einige Menschen betreffen und unter dem Stichwort „Flucht und Migration als Übergang“ zusammengefasst werden können. Diesen Menschen sollen zwei positive Ansätze aus den Modellkommunen Dortmund und Duisburg den Übergang in ihr neues Umfeld erleichtern.

Unter den Flüchtlingen und Zuwanderern finden sich viele Familien mit Kindern. Allein in der Gruppe der Asylbewerber, die 2014 staatliche Leistungen erhalten haben, waren mehr als ein Drittel minderjährig. Das entspricht knapp 28.000 unter 18-Jährigen. Viele Flüchtlinge und Zugewanderte leben in Armut, haben Sprachprobleme und haben keine Krankenversicherung. Dies trifft auch für die große Zahl von Migrantinnen und Migranten aus Südosteuropa zu. Die Modellkommunen Dortmund und Duisburg haben Ansätze entwickelt, die die Integration dieser Gruppe in die Gesellschaft erleichtern sollen. In **Dortmund** fußt das **Konzept** auf drei Bausteinen: Ein Beratungsmobil, muttersprachliche Familienbegleiterinnen und spezielle Kinderstuben in der Nordstadt. Sie sollen den Familien beim Start in das unbekannte System behilflich sein. Die Stadt **Duisburg** bietet zusammen mit dem Deutschen Roten Kreuz und dem Kommunalen Integrationszentrum verschiedene Kurse an, die den Menschen aus Bulgarien und Rumäni-

en den Start in Deutschland erleichtert. Dazu gehören der **Rucksack-Kurs**, der Mehrsprachigkeit und Elternkompetenz fördern soll sowie der **Eltern-Kind-Kurs** und das Angebot **Bärenstark und Bärensclau**, bei denen das spielerische Erlernen der Themen Ernährung, Bewegung und Entspannung im Mittelpunkt steht.

Neben der Zielgruppe geflüchteter Menschen stellen auch Kinder mit einem individuellen Unterstützungsbedarf im Bereich des Verhaltens, des Lernens, der Motorik, der Sprache oder anderer Sinnesfunktionen und deren Eltern eine spezielle Zielgruppe dar, die an den Übergängen im Bildungssystem besonders in den Blick zu nehmen ist.

Im **Kreis Warendorf** wurde für Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf ein spezielles Übergangsmanagement von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule eingeführt. Bereits vor der Einschulung werden auf der Grundlage einer individuellen Förderplanung geeignete Angebote und Maßnahmen für das Kind umgesetzt, die dann nach dem Übergang in die Grundschule in der Schuleingangsphase fortgesetzt werden sollen. Dadurch soll eine Förderlücke vermieden werden. Neben der Förderung im schulischen Alltag gehört auch die Bereitstellung und Durchführung geeigneter individueller und kleingruppenbezogener Angebote durch den durch den Träger des Offenen Ganztags zum Warendorfer Ansatz. Eingebettet sind diese Maßnahmen in das kreisweite **Rahmen- und Handlungskonzept „Jugendhilfe-Schule“**, das für die beiden Säulen fachliche Orientierung und institutionelle Selbstverpflichtung darstellt.



HILFEN IN EIN NEUES LEBEN

Armut, Kriege, politische oder religiöse Verfolgung: Es gibt viele Gründe, warum Familien ihre vertraute Heimat verlassen müssen und in der Fremde Schutz suchen. So stranden auch in Nordrhein-Westfalen viele Familien, die ein neues Leben beginnen müssen. Um sie beim Übergang in das deutsche Bildungssystem und den Arbeitsmarkt nicht alleinzulassen, hat die Stadt Dortmund in der Nordstadt ein dreigliedriges Konzept umgesetzt, das Familien beim Start behilflich sein soll.

In der Dortmunder Nordstadt haben in den letzten Jahren viele Familien aus Südosteuropa Zuflucht gesucht. Waren es 2006 noch insgesamt 95 Menschen aus Rumänien und Bulgarien, liegt die Zahl im Jahr 2015 bei 2.350. Davon sind 442 Kinder unter 14 Jahren. Diese Familien leben laut Jugendamt oft in tiefer Armut, haben Sprachprobleme, es fehlt an Krankenversicherungsschutz und sie haben Schwellenängste

vor Behörden. Um die Familien zu erreichen und ihre Integration zu gewährleisten, hat die Stadt Dortmund deshalb ein Konzept aus drei Bausteinen entwickelt, die vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert werden:

Den ersten Baustein bildet eine aufsuchende mobile Elternberatung in der Dortmunder Nordstadt. Um mit den betroffenen Familien in

DORTMUND

571.143
EINWOHNER,
89.680 UNTER
18 JAHREN



Kontakt zu kommen, fährt das Beratungsmobil zwei Mal in der Woche durch den Stadtbezirk und hält an zentralen Punkten. Mit an Bord sind Mitarbeitende des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) und immer eine muttersprachliche Fachkraft. Die Beraterinnen und Berater hören den Menschen zu und bieten konkrete Hilfen an. Das kann die Vermittlung zu verschiedenen Angeboten sein, wie etwa kostenlose medizinische Versorgung beim Gesundheitsamt für Kinder und Erwachsene, die Dortmunder Tafel, die Kleiderkammern oder Mieter- und Wohnberatung. Sie versorgen die Menschen vor Ort bei Bedarf auch mit kostenlosen Hygieneartikeln, Windeln, Säuglingsnahrung sowie Schul- und Spielmaterial. Das Projekt soll den Kontakt zu Familien ermöglichen, die sonst nicht erreicht würden, den Kinderschutz sichern und Eltern in ihrer Elternrolle stärken. Laut Projektbeteiligten konnte die Hemmschwelle gegenüber dem Jugendamt durch die Spiel- und Bastelangebote und die kleinen Geschenke abgebaut werden.

Dieselben Ziele verfolgt auch der Einsatz von muttersprachlichen Fachkräften als Familien-

begleiterinnen. Die sechs Familienbegleiterinnen arbeiten im Auftrag des Jugendamts bei freien Trägern und lernen die Familien am Beratungsmobil oder durch die Vermittlung des ASD kennen. Die Hilfe beruht auf Freiwilligkeit und ist für jeden offen, um den Familien bei den ersten Schritten in einem für sie ungewohnten System zu helfen. Dies umfasst konkrete Hilfen bei der Versorgung, Förderung und Erziehung der Kinder. Die Fachkräfte begleiten die Familien zu anderen Unterstützungs- und Integrationsangeboten, geben Informationen zu schulischen Fragen und helfen den Eltern bei der praktischen Umsetzung. Der Einsatz von muttersprachlichen Fachkräften als Familienbegleiterinnen kann über die zugehende und zwanglose Begleitungsform sprachliche und kulturelle Hemmnisse bei der Annahme von Bildungs- und Förderangeboten abbauen.

Die Stadt Dortmund ist vom Erfolg des Konzepts überzeugt und möchte mit weiteren Kooperationspartnern langfristig ein Netzwerk von ehrenamtlichen und professionellen Helfern im Stadtbezirk zur Begleitung der Familien aufbauen. Die Familienbegleiterinnen seien

ein wesentlicher Bestandteil des Unterstützungssystems für die südosteuropäischen Zuwanderer geworden, heißt es von der Stadt. Durch ihre sprachliche und kulturelle Kompetenz trügen sie dazu bei, den Kindern dieser Familien den Einstieg in die Gesellschaft zu erleichtern.

Die Einrichtung von drei speziellen Kinderstuben bildet den dritten Baustein. Die Dortmunder Kinderstuben sind vom städtischen Träger FABIDO initiierte und begleitete Großtagespflegestellen, die präsent im Stadtteil verortet sind. Kinder zugewanderter Familien aus Südosteuropa im Alter von bis zu fünf Jahren erhalten dort eine umfassende Betreuung, Sprachförderung und Versorgung, bis sie in die Kita oder die Schule gehen. Ab dem ersten Tag üben die Betreuerinnen und Betreuer mit Bildkarten und Symbolen deutsche Worte, machen die Kinder schrittweise mit der neuen Sprache vertraut. Jedes Kind, das eine Kinderstube besucht, bekommt die Garantie, anschließend auch einen Platz in einer Kindertageseinrichtung zu bekommen. Die sozialpädagogische Fachberatung der

Kinderstuben vermittelt diese Plätze, die Tagespflegekräfte begleiten die Kinder und Eltern beim Übergang in die Tageseinrichtung. Die Kinderstuben bieten eine vertrauensvolle und wohnungsähnliche Atmosphäre, in der auch die Eltern bei den Tagespflegekräften Rat und Unterstützung suchen. Die gut geschulten Betreuerinnen helfen ihnen bei allen Fragen und Belangen und leiten die Eltern zu den Beratungsangeboten weiter. Die Besonderheit des Projektansatzes besteht laut Jugendamt in der gleichzeitigen Bildung der Kinder, die optimal auf einen Wechsel in die Grundschule vorbereitet werden und parallel der Eltern, um frühzeitig möglichen Negativentwicklungen in Familien vorzubeugen.

Es gibt im Jugendamt einen Koordinator für die Arbeit mit den südosteuropäischen Familien. Alle Initiativen sowohl der städtischen als auch der zivilgesellschaftlichen Akteure werden im Dortmunder Netzwerk EU-Armutswanderung gebündelt. Das Projekt ist zunächst bis Ende 2016 befristet.

SPIELEND IN DER GESELLSCHAFT ANKOMMEN

In Duisburg bekommen Familien aus Rumänien und Bulgarien in fast 30 Kursen der Duisburger Elternschule und des Kommunalen Integrationszentrums (KI) Unterstützung in den Bereichen Erziehungskompetenz und Sprachförderung. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer gelungenen Integration.

Naima ist 41 Jahre alt. 2006 ist sie aus Marokko nach Deutschland gekommen. Bei ihrer Ankunft hat Naima an einem Integrationskurs der Stadt teilgenommen. „Ich weiß, wie es ist, wenn man sich in einem Land fremd fühlt und die Sprache nicht spricht“, erzählt sie. Heute, neun Jahre später, arbeitet die Marokkanerin als pädagogische Honorarkraft beim DRK in Hochfeld und Marxloh. Sie engagiert sich in einem Eltern-Kind-Kurs für Zuwanderinnen und Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien.

Von ihnen erleben nicht alle Migrantinnen und Migranten einen so positiven Start in der neuen Gesellschaft. Viele haben keinen Zugang zu einer Gesundheitsversorgung, zu angemessenen Wohnverhältnissen oder einer Grundversorgung mit Lebensmitteln. Aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse ist auch der Zugang zum deutschen Bildungssystem extrem schwierig.

In Duisburg ist der Migrationsanteil an der Bevölkerung mit mehr als 35 Prozent überdurchschnittlich hoch. Vor diesem Hintergrund ist der Zuzug von Menschen aus Südosteuropa eine große Herausforderung. Duisburgs Oberbürgermeister Sören Link: „Die Aufgabe, diese Menschen zu integrieren, kann die Stadt nicht alleine bewältigen. Deshalb freut es uns sehr, dass das Land NRW uns im Rahmen des Landesmodellvorhabens hierbei unterstützt.“

In Duisburg engagiert sich ein gut funktionierendes Netzwerk aus Jugendamt, KI und Freier Wohlfahrtspflege. Anna Zalac ist

Fachbereichsleiterin im DRK-Familienbildungswerk unter anderem für Projekte mit dem Schwerpunkt Südosteuropa. „Wir wollen allen Menschen in Duisburg eine Perspektive aufzeigen“, erklärt sie. Das DRK bietet mit Eltern-Kind-Kursen und dem Angebot „Bärenstark und Bärensclau“ spezielle niederschwellige und kostenlose Angebote für Eltern und Kinder bis zu 6 Jahren an. Hier lernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer spielerisch Wichtiges über die Themen Ernährung, Bewegung und Entspannung. Daneben gibt es die Rucksack-Kurse des KI. Das Rucksack-Projekt ist ein Angebot, das sich an Eltern mit 3- bis 6-jährigen Kindern richtet. Im Mittelpunkt stehen die Stärkung der Elternkompetenz und die Förderung der Mehrsprachigkeit. Betreut werden sie von bis zu drei Muttersprachlerinnen aus Südosteuropa. Seit Projektbeginn Anfang 2015 haben in beiden Stadtteilen mehr als 100 Eltern mit ihren knapp 300 Kindern die Angebote besucht. Anna Zalac: „Während der Projektlaufzeit bis Ende 2016 wollen wir insgesamt 2.000 Menschen erreichen.“ Da viele Migrantinnen und Migranten nicht mobil seien, fänden die Angebote direkt im Sozialraum statt.

Für Thomas Krützberg, Jugend- und Bildungsdezernent in Duisburg, sind die Kurse vor Ort das Ergebnis einer guten Kooperationsstruktur: „Wir sind hier aufgrund der großen Herausforderungen seit vielen Jahren sehr gut vernetzt.“ Durch die Kooperation habe man eine gemeinsame Angebotsstruktur geschaffen. „Unser langfristiges Ziel ist die Integration der Südosteuropäer in die

DUISBURG

488.468
EINWOHNER,
81.130 UNTER
18 JAHREN



regulären Strukturen der Bereiche Bildung, Gesundheit und Jugendhilfe.“

Doch oft muss erst einmal Vertrauen aufgebaut werden. Dafür engagiert sich Leila Ahkim vom KI. Sie koordiniert die Rucksack-Kurse und weiß, wie Eltern und Kinder am besten erreicht werden können und wie Mehrsprachigkeit gefördert werden kann: „Durch zwei interkulturelle Berater in beiden Stadtteilen sprechen wir die Menschen direkt an und klären sie über unsere Angebote auf. In den Rucksack-Kurse lernen die Mütter den Wert von Kommunikation, Liedern, Spielen und Literatur für die Entwicklung ihrer Kinder kennen“, so Ahkim. Bei den Teilnehmenden sorgte der Besuch für deutliche Verbesserungen in der Kommunikation mit ihren Kindern. „Die Mütter werden selbstbewusster und die deutsche Sprache wird von Woche zu Woche besser. Viele trauen sich jetzt, Deutschkurse und weitere Beratungsangebote wahrzunehmen.“

Die 27-jährige Snezha aus Bulgarien besucht einen Rucksack-Kurs. „Wir fühlen uns hier wohl

und lernen viel“, sagt sie. Mit ihren Kindern schaut sie einmal in der Woche vorbei. Sie nimmt seit acht Wochen regelmäßig am Eltern-Kind-Kurs teil und ist merklich stolz: „Ich bin schon viel sicherer im Umgang mit meinen Kindern.“ Ihren Freundinnen hat sie erst kürzlich die Teilnahme am Kurs empfohlen. Sie selbst hat durch eine Bekannte von dem Angebot erfahren.

Die Marokkanerin Naima freut sich über den Erfolg des Eltern-Kind-Kurses. „Ich war selbst einmal in so einer Situation. Neues Land, fremde Sprache, Unsicherheiten im Alltag. Durch den Kurs gewinnt man schnell Selbstvertrauen und kann dabei noch die eigenen Deutschkenntnisse verbessern.“ Das habe auch ihr damals beim Start in Duisburg geholfen. Nun wolle Sie dabei helfen, dass andere Familien ebenfalls einen einfachen Start haben. Naima findet: „Das klappt bei vielen schon sehr gut.“

PRÄVENTION ZAHLT SICH AUS

Ein neues Förderkonzept für den Übergang Kita-Grundschule unterstützt seit dem Schuljahr 2015/2016 im Kreis Warendorf Kinder mit besonderem Förderbedarf. Das Angebot ist eine Ergänzung der Präventionskette, die in Warendorf sehr erfolgreich arbeitet und mit geringen finanziellen Investitionen sehr viele Menschen erreicht. Das Ergebnis: Langfristig präventiv zu arbeiten lohnt sich.

Auch im Kreis Warendorf gibt es Kinder mit Beeinträchtigungen in der emotionalen und sozialen Entwicklung. Bedingt durch den Wegfall von Förderschulen nimmt die Zahl dieser Kinder in den Regelschulen zu. Beim Wechsel von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule stehen diese Kinder und auch ihre Eltern vor besonderen Herausforderungen. Kommen negative soziale, wirtschaftliche, biografische oder medizinische Faktoren hinzu, können besondere Unterstützungsmaßnahmen helfen, damit der Übergang in die Schule gelingt. Hierfür hat der Kreis Warendorf zusammen mit der Schulaufsicht, den Schulleitungen, dem Allgemeinen Sozialen Dienst des Jugendamts und den Trägern von Offenen Ganztagschulen ein Förderkonzept entwickelt, das die individuelle Hilfe in solchen Situationen sicherstellen soll.

Daniel Bögge ist beim Amt für Kinder, Jugendliche und Familien im Kreis Warendorf Sachgebietsleiter des Bereichs „Soziale Prävention und Frühe Hilfen“. Er unterstreicht, wie wichtig es ist, in der Präventionsarbeit in einem großen Netzwerk zusammenzuarbeiten: „An der Entwicklung von Kindern sind viele Personen beteiligt. Alle tragen zum gelingenden Aufwachsen bei.“ Deswegen sei ein offener und transparenter Umgang aller Beteiligten von großer Bedeutung. Durch das Förderkonzept solle auf der Basis einer individuellen Förderplanung für Kinder eine gelingende Bildungsbiografie ermöglicht werden.

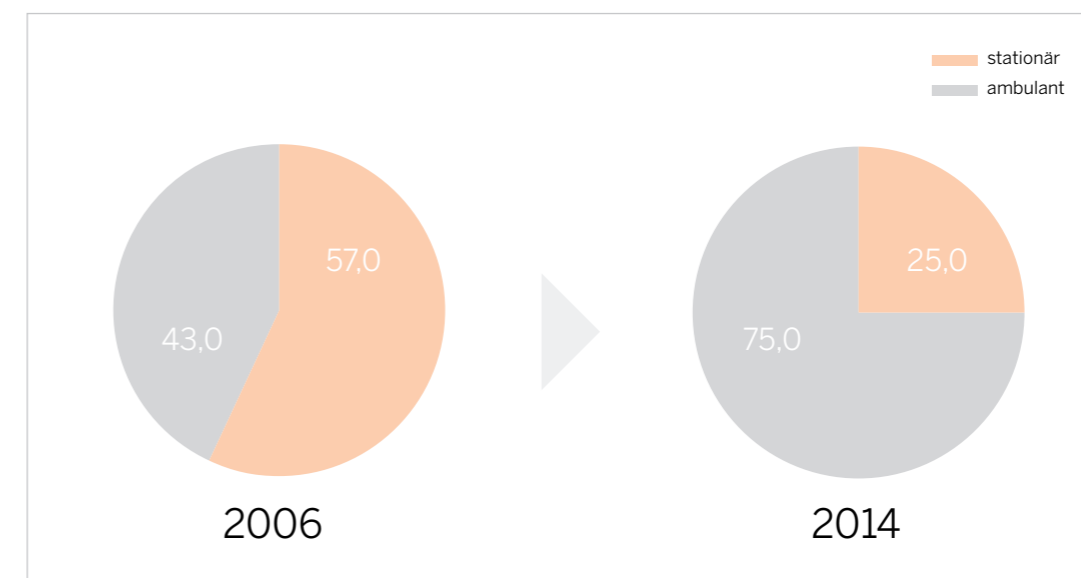
Die frühzeitige Hilfe durch den Förderplan setzt mit Beginn der Grundschulzeit ein. Die Phase ab der Einschulung wird intensiv begleitet. Auf Grundlage der vorliegenden Informationen aus der Kita, von den begleitenden Fachkräften oder auch der Schuleingangsuntersuchung wird ein individueller Förderplan erstellt. „Ziel ist es, zu vermeiden, dass es in der Schullaufbahn zu unnötigen oder zu späten Interventionen beim Kind kommt“, so Bögge. Die Eltern und die beteiligten Institutionen, wie Schulaufsicht, Gesundheitsamt oder Jugendamt, sollen dabei eng zusammenarbeiten. Kleine und individuelle Angebote von Trägern Offener Ganztagschulen kommen unterstützend hinzu. Insgesamt gibt es zunächst knapp 30 Förderplätze für Kinder der Schuleingangsphase. Daneben werden Eltern in Gruppenangeboten unterstützt und in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt. Fachkräfte werden in Workshops und durch Fortbildungen zum Schwerpunkt gemeinsamer Förderplanung weiterqualifiziert. „Diese individuelle Förderung wird zusätzlich von einer Fachkraft im Jugendamt koordiniert“, erklärt Daniel Bögge. „Bei ihr laufen alle Fäden zusammen.“ Perspektivisch sollen so auch spätere Übergänge, wie der von der Schule in den Beruf, begleitet werden.

Das Konzept, Kinder mit besonderem Förderbedarf beim Übergang von der Kita in die Grundschule zu unterstützen, ist Teil des kreisweiten Rahmen- und Handlungskonzepts „Schule-Jugendhilfe“. Ziel ist nicht nur die Kooperation

KREIS
WARENDORF

272.623
EINWOHNER,
49.997 UNTER
18 JAHREN

Positive Entwicklung des Verhältnisses Ambulante/Stationäre Maßnahmen (in Prozent)



Quelle:
Kreis Warendorf

von Jugendhilfe und Schule langfristig verbindlich zu gestalten, sondern auch weiterzuentwickeln und überprüfbar zu machen. „Die beiden Institutionen sind tragende Säulen im Bildungs- und Entwicklungsprozess von Kindern und Jugendlichen“, so Wolfgang Rüting, Leiter des Kreisjugendamts Warendorf. Das Konzept gebe einen gemeinsamen Orientierungsrahmen für eine gelingende Kooperation. Vier Handlungsfelder sind zentral: Übergangmanagement, Sprach- und Bildungsteilhabe, Elternpartnerschaft sowie der Schutzauftrag für das Kind. „Wir wollen dabei den Besonderheiten unserer ländlichen Region Rechnung tragen“, so Rüting weiter. Unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten und unterschiedlichen Zuständigkeiten zeige das Konzept, dass es sich lohne, in Prävention zu investieren.

Die Präventionsarbeit im Kreis Warendorf zahlt sich aus: „Wir erreichen hier im Kreis mit relativ geringem finanziellen Aufwand eine große Zahl an Menschen.“ 2014 wurden für rein ambulante Fördermaßnahmen im Offenen Ganztage für 200 Kinder insgesamt etwa 600.000 Euro ausgegeben. Das entspricht einer jährlichen Summe von 3.000 Euro pro Kind. Das Verhältnis von stationären Maßnahmen, wie einer Heimunterbringung, zu ambulanten Maßnahmen, wie der Sozialpädagogischen Familienhilfe oder dem

ERFOLG DES KOOPERATIONSKONZEPTS „OFFENER GANZTAG“

Mit geringem finanziellen Aufwand werden viele Kinder erreicht

Jahresaufwand 2014:
600.000 Euro
200 Kinder werden erreicht

seit 2007 umgesetzten Förderkonzept in der Offenen Ganztagsgrundschule, hat sich stark verbessert: „57 Prozent unserer Maßnahmen waren 2006 stationär und 43 Prozent ambulant. Im Jahr 2014 lagen die ambulanten Maßnahmen bei 75 Prozent und die stationären bei nur noch 25 Prozent.“

Das Ergebnis jahrelanger präventiver Arbeit ist eine gut ausgebaute Präventionskette auf Kreisebene. Wolfgang Rüting sieht die Anstrengungen des Kreises Warendorf bestätigt. „Die Interessenslage ist bei allen Beteiligten gleich: Wir wollen jedem Kind einen gelingenden Übergang ermöglichen.“ Deutlich wurde aber auch: „Für Prävention braucht man einen langen Atem.“

EVALUATION

Nach zwei Jahren Forschungsarbeit beginnt nun die Phase der Ergebnisauswertung. Das Team der wissenschaftlichen Begleitforschung untersucht im Auftrag der Bertelsmann Stiftung in sechs Modulen, wie und unter welchen Rahmenbedingungen kommunale Präventionsketten wirken. Die Erhebungen in den 18 Modellkommunen werden ergänzt durch Befragungsergebnisse aus ganz Nordrhein-Westfalen.

„BEIM KITAZUGANG IST AM MEISTEN ZU BEWEGEN“

Dr. Kirsten Witte leitet den Programmbereich „Kommunales“ in der Bertelsmann Stiftung. Ein wichtiges Projekt in ihrem Bereich ist „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“



Frau Dr. Witte, wie lautet die Antwort auf die Forschungsfrage: Wie wirken kommunale Präventionsketten?

Eine einfache Antwort auf eine schwierige Frage gibt es nicht. Die Erwartungen an eine wissenschaftliche Begleitforschung gelingender Prävention sind immens. Wir haben uns vor zwei Jahren bewusst entschieden, nicht einzelne Maßnahmen zu bewerten, sondern den Kontext zu untersuchen, in dem Prävention gelingt. Untersucht wurden die Rahmenbedingungen in Kommunen, die hilfreich sind für die Umsetzung von Prävention. Familien wurden befragt, wann und wie sie

Präventionsangebote nutzen und was ihnen dabei wichtig ist. Auch untersucht haben wir den Stellenwert des Themas in den Kommunen und welche Investitionen überhaupt unter Prävention zu fassen sind. Das sind alles Teilantworten auf die Frage, wie kommunale Präventionsketten wirken. Denn *wie* meint ja in welchem Kontext und unter welchen Rahmenbedingungen. Hierzu können wir einiges sagen.

Hat eine Kommune Gestaltungsspielraum, um vorbeugend zu handeln?

Ich meine ja. Die Jugendhilfe folgt zwar aktuell dem Grundsatz, „Was Schaden behebt, ist pflichtig. Was Schaden verhindert, ist freiwillig“. In Zeiten notwendiger Haushaltskonsolidierung bedeutet das, dass präventive Maßnahmen als erste gestrichen werden. Hier muss sich etwas ändern. Bund, Land und Kommunen müssen enger zusammenarbeiten, um Investitionen in Prävention zu ermöglichen. Und trotzdem findet in jeder Kommune auch heute schon vieles statt für Kinder, Jugendliche und Familien. Das Viele besser aufeinander abzustimmen, damit passgenau geholfen wird, ist möglich. Durch bessere Abstimmung in der Verwaltung, durch eine gemeinsame Problemanalyse und die verbindliche Zusammenarbeit mit Partnern und letztlich durch den Ausbau präventiver Angebote direkt an Familienzentren, Kitas und Schulen. Und bei all dem gilt: je früher, desto wirksamer.

INFO

Das wissenschaftliche Leitungsteam zur Evaluation besteht aus:

Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier (Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung an der Ruhr-Universität Bochum ZEFIR), Gerhard Micosatt (Forschungsgesellschaft für Raumfinanzpolitik mbH), Prof. Dr. Jörg Bogumil (ZEFIR), Dr. David Gehne (ZEFIR), PD Dr. Angelika Engelbert (ZEFIR), Annett Schultz (Faktor Familie GmbH) und Volker Kersting (Stadtforschung und Statistik der Stadt Mülheim a.d.R./ZEFIR).

Gibt es Bereiche der Prävention oder bestimmte Ansätze in den Kommunen, die besonders wirksam sind?

Wie gesagt, wir machen kein Ranking einzelner Angebote. Das ist aufgrund der Menge und der mangelnden Übertragbarkeit gar nicht möglich. Aber wir können zeigen, wo die größten Spielräume für Vorbeugung liegen. Hier bestätigen die Untersuchungen nochmal, dass in der frühen Kindheit, etwa beim Kitazugang, am meisten zu bewegen ist. Schon beim Übergang jugendlicher Schulabgänger in den Beruf hat hingegen die soziale und demographische Lage in der Kommune einen viel stärkeren Einfluss.

Das heißt nicht, dass da nichts mehr getan werden kann. Es zeigt nur, dass Prävention kein Allheilmittel ist. Gesellschaftliche Probleme, wie Armut oder Arbeitslosigkeit, können von Kommunen nicht gelöst werden. Wohl aber gibt es vielfältige Möglichkeiten, durch Prävention den Auswirkungen entgegenzuwirken. Und noch einmal gilt: je früher, desto wirksamer.⁹

INFO

⁹Weitere Infos zu den unterschiedlichen Modulen auf: www.kein-kind-zuruecklassen.de/evaluation

In Zusammenarbeit mit:



DIE MODULE IM ÜBERBLICK

Die Begleitforschung untersucht die Wirkungsweise kommunaler Präventionsketten und benennt die Rahmenbedingungen, die für eine erfolgreiche Umsetzung durch Kommunen, Bund und Land zu schaffen sind.

In den Modellkommunen

- Verwaltungsstudie
- Familienbefragung
- Elterninterviews
- Monitoring
- Mikrodatenanalyse
- Fiskalische Evaluation

In ganz Nordrhein-Westfalen

- Erhebung kommunaler Präventionsbudgets
- Dezernentenbefragung zum Stellenwert und Prioritäten kommunaler Präventionspolitik
- Monitoring
- Rechtsgutachten zu Präventionstöpfen

Die vorgestellten Ergebnisse sind „Work in progress“. Ausführliche Informationen zu den Modulen werden in Arbeitspapieren der Begleitforschung veröffentlicht. Erhältlich als Download unter:

www.kein-kind-zuruecklassen.de/evaluation

KOMMUNALE PRÄVENTION – FISKALISCH FOKUSSIERT

Das Erfassen von Kosten und Aufwendungen für kommunale Prävention ist eine der zentralen Aufgaben der fiskalischen Begleitforschung.

Prävention ist kein feststehender Begriff. Um zu beschreiben und zu erfassen, welche Investitionen in Prävention von Kommunen getätigt werden, war eine Festlegung erforderlich, was in diesem Kontext darunter verstanden wird. Ein Blick in die Praxis und in die Forschungsdiskussion führte letztlich zu einer pragmatischen Eingrenzung.

usw.) noch in den Fürsorgebereich (Maßnahmen zur Schadensbegrenzung oder Behebung) fallen.

Angebote und Maßnahmen der Prävention

- richten sich an alle Kinder und Familien
- werden freiwillig in Anspruch genommen
- greifen, bevor ein Defizit eingetreten ist.

In der fiskalischen Evaluation werden unter Prävention ausschließlich Angebote und Maßnahmen gefasst, die weder zu den Grundleistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge (Bereitstellen von Schulen, Kinderbetreuung

Demnach gehören etwa Familienhebammen zu den präventiven Leistungen, Kindertagesstätten und Heimerziehung jedoch nicht. Auf kommunaler Ebene wird der Präventions-

Abgrenzungskriterien Prävention/Reparatur

Kriterium	allgemeine Vorsorge (Früherkennung)	frühzeitige Hilfe (Schadensbegrenzung)	Rehabilitation (gesellschaftliche Kosten)
Zeitbezug	vor Schadenseintritt	bei Schadenseintritt	bei Schadensverfestigung
Zielbezug	allgemeines Angebot Erfassung aller Kinder/Eltern sozialraumbezogen	personenbezogene Maßnahme	personenbezogene Maßnahme
Eingriffsintensität	freiwillige Inanspruchnahme	freiwillige Inanspruchnahme aber mit gesetzlich definiertem Verfahren	freiwillige Inanspruchnahme gesetzliche Eingriffsvorgabe
Maßnahmenart	Beratung und Schulung Einsatz von Instrumenten der Früherkennung	familienergänzende Hilfen individuelle Förderung	familienersetzende Hilfen gesundheitliche Rehabilitation Resozialisierung
primär defizit- oder potenzialorientiert	potenzialorientiert	defizitorientiert	defizitorientiert
Kostenintensität	gering	mittel	hoch

INFO

Weitere Infos: Micosatt, Gerhard und Yilmaz, Elmas (2015): Kommunale Prävention – fiskalisch fokussiert. Materialien zur Prävention. Band 1. Gütersloh.

Kein Kind zurücklassen: Was ist woran zu messen?

INDIKATOREN

1. Vom **Ende** der Jugendphase her gedacht:
Bildungsabschlüsse – Erwerbstätigkeit – Arbeitslosigkeit
2. Vom **Anfang** der Kindheit her gedacht:
Geburt – Sprachentwicklung – Schuleintritt – Übergänge
3. Vom **Aufwand** her gedacht:
Ausgaben für Prävention, frühzeitiges Eingreifen und Rehabilitation
4. Vom volkswirtschaftlichen **Ertrag** her gedacht:
Steuereinnahmen – Sozialabgaben – gesellschaftlicher Fortschritt

ZIELE

- Vermeidung von Schulabbrechern und Verbesserung der Bildungsabschlüsse
▶ Verbesserung der Erwerbsfähigkeit
- Senkung des direkten Hilfe- und Unterstützungsaufwands
- Steigerung sozialer Nutzen

begriff mit der Idee verbunden, durch eine sinnvolle Vernetzung Angebote und Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien effektiver und effizienter zu gestalten. Vorhandene Ressourcen sollen aktiviert werden.

investiert, nur wenig. Durch den kommunalen Finanzausgleich werden höhere Steuereinnahmen durch sinkende Schlüsselzuweisungen stark kompensiert.

In der öffentlichen Debatte geht hier häufig einiges durcheinander, weil der Präventionsbegriff unscharf ist. Aktuelle Herausforderungen wie Armutsmigration, steigende Flüchtlingszahlen oder auch der steigende Bedarf an Erziehungshilfen sind kommunal hoch relevante Themen. Der Definition folgend sind hier Maßnahmen aus den Bereichen Integration bzw. der Schadensbegrenzung oder der Rehabilitation gefragt. Letztere sind bereits Folgekosten. Zu untersuchen ist, inwiefern mit der Einführung bzw. dem Ausbau von Präventionsketten mittel- bis langfristig diese Folgekosten reduziert werden können.

Allerdings kann in belasteten Quartieren viel erreicht werden, mit positiven Wirkungen auf die Standortattraktivität und damit etwa auch auf die Wirtschaft und Immobilienpreise. Dagegen, dass gut ausgebildete Jugendliche einen Job in einer anderen Stadt annehmen, können strukturschwache Kommunen aber wenig tun. Sie bekommen dann nichts zurück von ihrer Investition. Deutliche Entlastungen kann die einzelne Kommune vor allem durch eine Verminderung teurer Rehabilitationskosten erreichen. Darum ist für Kommunen die Frage der Qualität und Steuerung von Erziehungshilfen zentral. Hier muss daher genauer hingeschaut werden.

Das Fazit der Forscher: Ziel von Prävention aus fiskalischer Sicht ist die Aufnahme einer existenzsichernden Erwerbstätigkeit. Die Folgen: steigende Kaufkraft und Steuereinnahmen, steigende Sozialabgaben und weniger Transferleistungen. Das ist gut für die Volkswirtschaft. Doch von diesen Effekten profitiert die Kommune, die mit dem Ausbau der Präventionskette in das gelingende Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen

Gesetzliche Änderungen und steigende Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit decken derzeit vermehrt soziale Problemlagen auf, was wiederum steigende Folgekosten verursacht. Finanzwirtschaftliche Effekte von Prävention werden dadurch möglicherweise überlagert.

EIN BLICK IN DIE VERWALTUNG

Die Studie zur Bedeutung von Prävention in den Modellkommunen und eine landesweite Befragung zeigen, was die Umsetzung voranbringt.

Dass das Thema Prävention in den Kommunen mit anderen Themen konkurriert, bestätigt die landesweit durchgeführte Befragung zum Stellenwert und den Prioritäten kommunaler Prävention. Befragt wurden die zuständigen Dezernentinnen und Dezernenten der 18 Modellkommunen sowie die Verantwortlichen präventionsrelevanter Bereiche der übrigen Städte und Kreise mit eigenem Jugendamt in Nordrhein-Westfalen.

Ergebnis: Mehr als 80 Prozent der Befragten beschäftigen sich intensiv oder sehr intensiv mit Prävention. Die Dezernenten der Modellkommunen tun dies deutlich intensiver als Dezernenten der Nicht-Modellkommunen.

Das Thema hat offensichtlich in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Dies spiegelt sich auch in der Angabe von fast 80 Prozent der Befragten, dass ihre Kommune heute mehr finanzielle Mittel für Prävention aufwendet als vor fünf Jahren. Den größten

Stellenwert haben Präventionsangebote im Kinder- und Jugendbereich.

Sie werden von 88,8 Prozent der Befragten als sehr hoch bzw. hoch bewertet. Zu den Angeboten zählen insbesondere Frühe Hilfen und Elternbesuchsdienste. Auch im Bildungsbereich sind präventive Angebote mit 55,9 Prozent weit verbreitet. Dazu zählen vor allem Schulsozialarbeit und Sprachförderung. Angebote aus dem Sozialbereich (47,7 Prozent) und dem Gesundheitsbereich (42,9 Prozent) sind weniger stark verbreitet.

Konkurrierende Themen sind aktuelle finanzielle Probleme (fast die Hälfte der Kommunen befand sich in Haushaltssicherung), Flüchtlinge/Zuwanderung sowie tagesaktuelle Themen und Themen kommunaler Infrastruktur.

Die Entwicklung von Präventionsstrukturen in den Kommunen im Verlauf der letzten fünf Jahre wird positiv bewertet. Als „mittel“ bis

INFO

Die vollständigen Ergebnisse der Dezernentenbefragung werden im Lauf des Jahres in der Reihe „Materialien zur Prävention“ veröffentlicht.

INFO

Nähere Informationen im Band 4 der Arbeitspapiere der Begleitforschung. Den Werkstattbericht von Prof. Dr. Jörg Bogumil und Marc Seuberlich finden Sie unter:

www.kein-kind-zuruecklassen.de/evaluation

„effizient“ werden sie aktuell bewertet. Diese Strukturen und das Verwaltungshandeln wurden in einem weiteren Modul der Begleitforschung untersucht.

Der Blick auf die Rahmenbedingungen in der Verwaltung, die die Umsetzung der Präventionspolitik fördern, zeigt: Prävention fällt in einen rechtlich nicht abgesicherten Aufgabenkreis und gehört zu den sogenannten freiwilligen Aufgaben. Kommunen haben in diesem Bereich größere Gestaltungsspielräume als bei den Pflichtaufgaben. Das gilt allerdings nur, solange die Finanzlage das erlaubt. Kommunen in Haushaltssicherung können nur unter großen Schwierigkeiten präventive Bereiche von der Einsparung ausnehmen. Insofern verwundert es nicht, dass die Dezernenten von Land und Bund vor allem die finanzielle Unterstützung der Kommunen, die Definition von Prävention als Pflichtaufgabe sowie Gesetzesänderungen im Datenschutz fordern.

Dabei setzen die Kommunen nicht auf ein spezifisches Verwaltungsmodell. Übereinstimmend wird geäußert, dass ein ganzheitliches Verwaltungshandeln die Perspektive sei. Dafür seien nahezu alle Bereiche bedeutsam und eine gute Koordination erforderlich. Am häufigsten wird die Koordinationsfunktion in den Modellkommunen einem (leitenden) Mitarbeiter der Kernverwaltung übertragen und durch die Einrichtung einer abteilungsübergreifenden Lenkungs- und Steuerungsgruppe ergänzt. Als hinderlich für die Umsetzung bereichsübergreifender Präventionsarbeit werden stark fragmentierte Zuständigkeiten und Arbeitsweisen gesehen. Sie erhöhen den Aufwand der Ab-

stimmung und Koordination. Hier sehen besonders Mitarbeiter aus Kreisen große Hürden für die flächendeckende Umsetzung von Prävention.

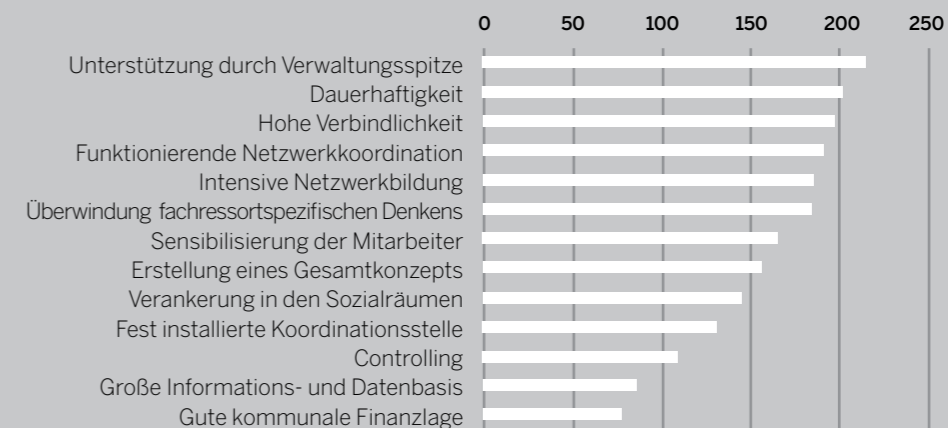
Je stärker kooperativ hingegen die Diskussionskultur eingeschätzt wird, desto stärker ist auch der Präventionsgedanke. Kommunikation kann aber weder verordnet werden, noch entsteht sie über Nacht. Als gangbaren ersten Schritt wird genannt, zunächst bilaterale Kooperationen mit Fachbereichen zu schließen, die ein unmittelbares Interesse am Gegenstand haben und dann nach und nach weitere Partner einzubinden.

Absolute Zahl der Nennungen „trifft voll zu und ganz zu“ zur Frage „Welche Gegebenheiten sind für eine gelingende Präventionspolitik zentral?“. Verwaltungsbefragung der 18 Modellkommunen.

Aufgabentypen in der kommunalen Präventionspolitik

Kommunaler Aufgabentyp	Entscheidungsebene	Steuerbarkeit hinsichtlich des Wirkungsziels	Kommunaler Gestaltungsspielraum (Regelungscharakter)	Beispiele	
Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung	Bund/Land	keine	Ob und Wie sind geregelt, durch Kommune nicht veränderbar	Melderecht, Ausländerwesen, Schulaufsicht	
Selbstverwaltungsangelegenheiten	pflichtig	Kommune	eingeschränkt	Ob ist geregelt, Wie obliegt Kommune	Kitas, JH, Sozialhilfe, Wohngeld, Schule, VHS
	freiwillig	Kommune	groß	Ob und Wie sind Kommune überlassen	Kultur, Sport, Freizeit, Vereine, Jugendeinrichtungen

ERFOLGSFAKTOREN EINER GELINGENDEN PRÄVENTIONSPOLITIK



DIE PERSPEKTIVE(N) DER ELTERN

Die Ergebnisse aus der Familienbefragung und den Elterninterviews werden ausgewertet, um besser zu verstehen, wie es zur erfolgreichen Inanspruchnahme von präventiven Angeboten kommt.

Die Einschätzung der Eltern entscheidet mit darüber, ob sich Eltern aktiv um die Inanspruchnahme eines Angebots bemühen. Denn besonders beim präventiven Angebotsspektrum überwiegen Angebote, die aus freien Stücken genutzt werden – oder nicht. Um zu rekonstruieren, wie der Prozess der Inanspruchnahme im Alltag der Familien funktioniert und wie er in den Familien wirkt, wurden 45 ausführliche Elterninterviews in den Modellkommunen Gelsenkirchen, Dormagen und im Kreis Warendorf durchgeführt.

Eine Übersicht hilft, den Prozess der Inanspruchnahme besser zu verstehen. Auf jeder der genannten Stufen, von der Wahrnehmung eines Problems bis zur Umsetzung im Familienalltag, kann etwas passieren, das die Teilnahme an Präventionsangeboten verhindert. Die Folge: Kinder bleiben zurück, Hilfe kommt nicht bei ihnen an.

Am Interviewmaterial zeigte sich unter anderem, dass dem Inanspruchnahmeprozess ein Abwägungsprozess zugrunde liegt. In diesen Abwägungsprozess fließen drei relevante Komponenten ein: die Bewertung der Situation (abhängig von den Normen der Akteure), die soziale Erreichbarkeit (z. B. örtliche Erreichbarkeit eines Angebots) sowie die Sinnannahme (z. B. Aussicht auf Erfolg bzw. auf den positiven Wert des Angebots). Um die unterschiedliche Erreichbarkeit begrifflich zu fassen, wurden vier Idealtypen gebildet. Hierzu unterscheiden die Forscher zwischen objektiver Belastung und subjektiver Beanspruchung.

Ein Fazit aus den Gesprächen: Eine belastende Situation wird von Eltern sehr unterschiedlich gesehen und bewertet. Persönliche Haltungen, z. B. bezogen auf die Schule oder Behörden, können zu völlig unterschiedlichen Reaktionen

	Belastung (objektive Problemlage)	
	gering	hoch
Beanspruchung (subjektives Problemempfinden)	gering	Typ I „Problemlose“
	hoch	Typ II „Problemtolerante“
		Typ III „Problematisierende“
		Typ IV „Problembewusste“

bei ähnlichen Belastungssituationen führen. Diese Unterscheidung ist wichtig, weil sie die subjektive Seite bei der Entstehung eines Problems in den Blick nimmt, ohne die objektive Seite aus dem Auge zu verlieren.

Es gibt Eltern, die mit einer schwierigen Problemlage konfrontiert sind, dies aber gar nicht so empfinden (Typ II – Problemtolerante). Andere Eltern fühlen sich stark belastet, ohne dass eine objektiv wahrnehmbare Problemlage besteht (Typ III – Problematisierende). Diese Eltern „irren“ sich über sich selbst. Die Folge: Hilfe wird nicht in Anspruch genommen bzw. erreicht Kinder, die sie möglicherweise gar nicht unbedingt brauchen.

Für die Anbieter präventiver Angebote ist das interessant. Je nachdem mit wem sie es zu tun haben, wirken präventiv ausgerichtete Informationen völlig anders. Wie genau wird für alle Typen im Detail untersucht. Typenübergreifend gilt, dass Eltern auf der Suche nach präventiven Angeboten vor allem auf Empfehlungen durch persönliche Kontakte vertrauen. Neben Familie und Freunden sind dies auch andere Eltern. Häufige Ansprechpartner sind auch Erzieherinnen im Familienzentrum, in der Kita (Fragen zur Entwicklung des Kindes) oder Lehrkräfte in der Schule (schulische Probleme) sowie Ärztinnen und Ärzte (Gesundheit, Wohlbefinden). Sie alle haben ein großes Gewicht bei der Vermittlung in präventive Angebote.

Prozess der selektiven Inanspruchnahme (Stufenmodell)

Problem/Förderbedarf vorhanden				100 %
Problem wahrgenommen				Problem nicht wahrgenommen
Hilfe/Förderung gefunden			Keine Information	Unpassende Angebote
Hilfe/Förderung genutzt		Keine Nutzung	Nutzung abgebrochen	Keinen Zugang gesucht
Hilfe/Förderung umgesetzt	Empfehlung nicht befolgt	Störung im Familienalltag	Negative Defintion	Negative Bewertung



AUCH AUF DIE EINRICHTUNG KOMMT ES AN

Die Mikrodatenanalyse zeigt Ansätze der bedarfsgerechten zusätzlichen Mittelsteuerung für Kitas und Schulen auf. Sie nutzt kommunale Prozessdaten, um Einflüsse auf die Entwicklung von Kindern zu analysieren und entwickelt Sozialindizes für die bedarfsgerechte Verteilung zusätzlicher Mittel.

Armut hat einen stark benachteiligenden Einfluss auf die Entwicklung von Kindern. Dies wurde im Werkstattbericht¹⁰ „Der Einfluss von Armut auf die Entwicklung von Kindern“ eindrücklich aufgezeigt.

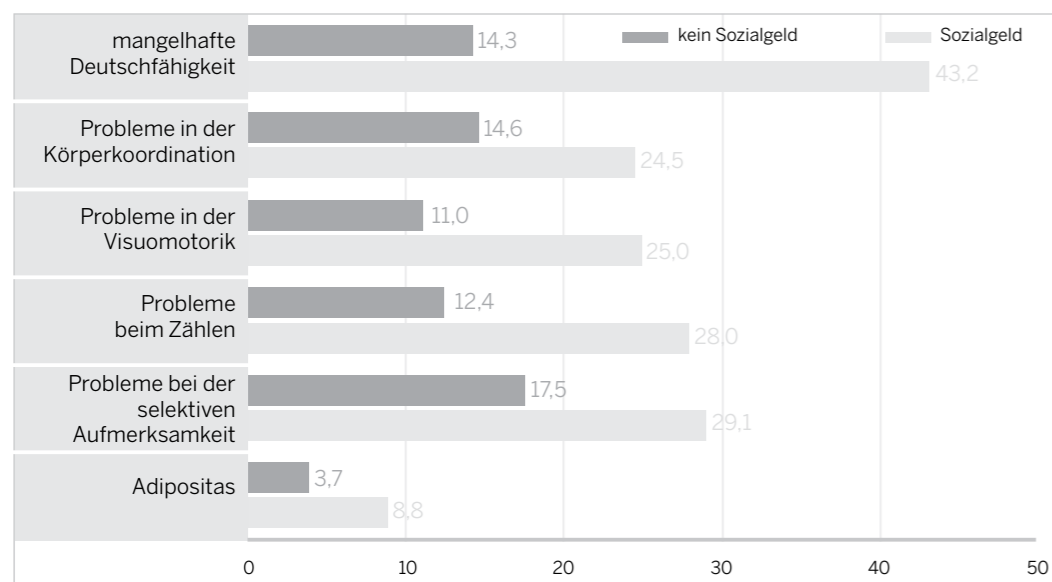
Aber nicht nur die individuelle Armutslage einer Familie kann das gelingende Aufwachsen eines Kindes beeinträchtigen. Eine wichtige Bedingung für mehr Chancengleichheit ist unter anderem eine soziale Heterogenität der Bildungseinrichtung. Diese ist oft nicht gegeben. Vielmehr ist vielerorts eine deutliche Tendenz zur sozialen und ethnischen Homogenität wahrzunehmen. Stark segregierte Wohnquartiere einerseits und die sozial selektive, freie elterliche Kita- und Schulwahl andererseits führen zu einer ausgeprägten Kita- und Schulsegregation.

Um den benachteiligenden Einflüssen einer institutionellen sozialen Segregation zu bege-

gen, werden in NRW seit dem Kindergartenjahr 2014/2015 jährlich im Rahmen der plusKITA-Förderung 45 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um Kitas zu fördern, die von vielen Kindern mit einem „besonderen Unterstützungsbedarf des Bildungsprozesses“ besucht werden.

Diese Mittel müssen von den Kommunen bedarfsgerecht und damit indikatorengestützt vergeben werden. Solch eine datengestützte bedarfsgerechte Mittelverteilung stellt jedoch einige Kommunen vor große Herausforderungen. Die Mikrodatenanalyse hat es sich deshalb zum Ziel gesetzt, Verfahren zu entwickeln, mit dem die sozialen Hintergründe sowohl der Kitas als auch der Schulen bestimmt werden können. Die Ergebnisse¹¹ dieser Sozialindexbildung können als Diskussionsgrundlage für eine einheitliche und vergleichbare bedarfsgerechte Verteilung solcher zusätzlicher Ressourcen dienen.

Entwicklungsmerkmale von Kindern und Sozialgeldbezug (in Prozent)¹²



¹⁰ Der Werkstattbericht ist zu finden unter:

www.kein-kind-zuruecklassen.de/evaluation

¹¹ Die Ergebnisse werden im Verlauf des Jahres in der Reihe der Arbeitspapiere der Begleitforschung veröffentlicht.

¹² Quelle: Schulinganguntersuchung Mülheim an der Ruhr 2009/2010 bis 2012/2013, eigene Berechnung und Darstellung im Band 3 der Arbeitspapiere der Begleitforschung.

GEMEINSAM ANALYSIEREN, GEMEINSAM HANDELN

Kleinräumige Daten schaffen Transparenz über die Lebensbedingungen in den einzelnen Quartieren. Anschaulich aufbereitet können sie wichtige Impulse für die politische und fachliche Auseinandersetzung geben.

Unterschiedliche Bereiche der Verwaltung, Träger von Einrichtungen und deren Mitarbeiter, Erzieherinnen und Lehrkräfte, Ärztinnen und Ärzte und nicht zuletzt die Eltern tragen Verantwortung für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Sie sind Teil der kommunalen Präventionskette oder müssen es werden. Das kann die Umsetzung manchmal ganz schön erschweren, denn unterschiedliche Mitwirkende, Interessen, Herangehensweisen und Blickwinkel treffen aufeinander.

Plädoyer der Begleitforscher an die Kommunen ist daher, eine Grundlage für die Interpretation von Veränderungen zu schaffen. Ein erster wichtiger Schritt: die Lebensbedingungen in den Sozialräumen transparent machen. Je nach Fragestellung kann dann überprüft werden, wie Chancen innerhalb der Stadt tatsächlich verteilt sind. Die Forscher haben hierfür geeignete Indikatoren benannt, mit denen das Aufwachsen von Kindern gut dargestellt werden kann und die 18 Modellkommunen gebeten, die entsprechenden Kennzahlen – soweit verfügbar – kleinräumig zusammenzustellen.

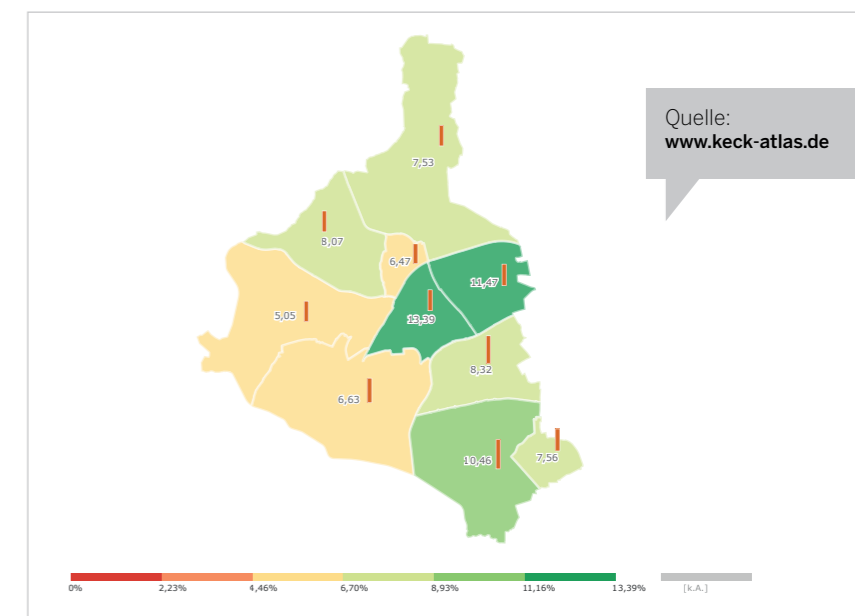
Ein integriertes, kontinuierliches Monitoring liefert erste Hinweise über die Bildungs- und Teilhabechancen von Heranwachsenden. Es liefert aber oft mehr Fragen als Antworten: Warum beispielsweise weisen zwei Quartiere, die ähnlich stark von Armut betroffen sind, so große Unterschiede beim Übergang auf das Gymnasium auf? Wie viele Kitas und Grundschulen mit welchen konzeptionellen Schwerpunkten gibt es in den Quartieren? Diese Fragen sind Ansatzpunkte für eine weitere Diskussion im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!“.

Das hilft noch nicht bei der Beurteilung konkreter Maßnahmen, aber es schafft eine Grundlage

für die Analyse. Die kann genutzt werden, um das Erfahrungs- und Expertenwissen der Akteure im Stadtteil einzubeziehen. So lassen sich die Fakten Stück für Stück einordnen und das Ableiten geeigneter Maßnahmen wird legitimiert.

Die Forscher in diesem Modul arbeiten daran, den Modellkommunen ihre Daten so zurückzugeben, dass eine einfache Visualisierung möglich ist. Wo Daten noch nicht ausreichend kleinräumig vorliegen, wird das Gespräch gesucht, um Lösungen zu finden. Transparenz zu schaffen, Erfahrungswissen einzubeziehen, Vernetzung zu intensivieren und Maßnahmen in gemeinsamer Verantwortung abzuleiten. Das ist der Weg, auf dem die Wissenschaftler die Praktiker unterstützen wollen.

Anteil der Arbeitslosen in unterschiedlichen Sozialräumen und Anteil der unter Sechsjährigen an der Gesamtbevölkerung in Gladbeck



IMPRESSUM

Herausgeber:

Landeskoordinierungsstelle „Kein Kind zurücklassen!
Kommunen in NRW beugen vor“

beim

Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und
Sport des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 4, 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211 837-02
info@mfkjks.nrw.de
www.mfkjks.nrw.de

In Zusammenarbeit mit

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256, 33311 Gütersloh
Telefon: 05241 8181-376
info@kein-kind-zuruecklassen.de
www.bertelsmann-stiftung.de
Verantwortliche Ansprechpartner:
Dr. Kirsten Witte,
Director Programm LebensWerte Kommune
Karl Janssen,
Kommunalexperte der Bertelsmann Stiftung

Träger der Landeskoordinierungsstelle:
Institut für soziale Arbeit e. V.
Stuttstraße 20, 48419 Münster
Telefon: 0251 925 36-0
info@isa-muenster.de
www.isa-muenster.de
Geschäftsführerin: Truda Ann Smith

www.kein-kind-zuruecklassen.de

Redaktion:

Marco Becker, Lena Gilhaus,
Dr. Christina Günther, Christin Jasper,
Karl-Heinz Kaup, Hanna Münstermann,
Dr. Johannes Schütte, Henning Severin,
Dr. Heinz-Jürgen Stolz

Druck:

news-media, Brassertstraße 122, 45768 Marl

Gestaltung:

KÖNIGSPUNKT, Agentur für Innovation und
Markenbildung GmbH, Sachsenring 83, 50677 Köln

Fotocredits:

ISA/Martin Scherag: Titel, 6, 11, 16, 17, 30, 42, 43, 44, 52,
53, 54, 55, 57, 58, 59, 64, 65, 67, 68, 69, 71, 81, 87, 88, 89,
94, 95, 103, 106, 107

ISA/David Sievers: 4

ISA/Henning Severin: 20, 24, 29

ISA/Christoph Jendral: 32, 33, 48, 49, 85, 91

ISA/Mirko Waltermann: 61, 72, 73

ISA/Christian Weische: 74, 75, 82, 83

ISA/Gerd Nolte: 77, 78, 79

Bertelsmann Stiftung/Jörg Dieckmann: 31

Bertelsmann Stiftung/Jan Voth: 96

Stadt Witten: 40

Stadt Dortmund/Simone Brezinski: 89

Fotolia/Kzenon: Seite 34, 35

Thinkstock/Marc Debnam: 37, 38

Thinkstock/Vernon Wiley: 51

Auflage: 5.000

Erscheinungsjahr 2015

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung



www.kein-kind-zuruecklassen.de

Mit finanzieller Unterstützung
des Landes Nordrhein-Westfalen und des Europäischen Sozialfonds

Stand: August 2015